

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Türkei

Michael Martens

DER GESCHEITERTE PUTSCH
UND SEINE FOLGEN

Gülistan Gürbey

ERNEUTE GEWALTESKALATION
IM TÜRKISCH-KURDISCHEN
KONFLIKT

Kristina Karasu

DIE WAHRHEIT HINTER
GITTERN – PRESSE- UND
MEINUNGSFREIHEIT IN
DER TÜRKEI

Markus Dreßler

ERDOĞAN UND DIE „FROMME
GENERATION“ – RELIGION
UND POLITIK IN DER TÜRKEI

Kristina Dohrn

DIE GÜLEN-BEWEGUNG –
ENTSTEHUNG UND
ENTWICKLUNG EINES
MUSLIMISCHEN NETZWERKS

Funda Tekin

QUADRATUR DES KREISES?
HINTERGRÜNDE DER
EU-TÜRKEI-BEZIEHUNGEN

Roy Karadag

DIE ROLLE DER TÜRKEI
IN DER REGION –
(UN-)ORDNUNGSGARANT IN
EINEM NEUEN NAHEN OSTEN

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Türkei

APuZ 9–10/2017

MICHAEL MARTENS

DER GESCHEITERTE PUTSCH UND SEINE FOLGEN

Nach dem Militärputsch vom 15. Juli 2016 stellte sich die türkische Bevölkerung zunächst hinter Staatspräsident Erdoğan. Inzwischen nutzt er den Ausnahmezustand jedoch dazu, den Parlamentarismus abzuschaffen und die AKP-Vorherrschaft langfristig zu sichern.

Seite 04–07

GÜLISTAN GÜRBEY

ERNEUTE GEWALTESKALATION

IM TÜRKISCH-KURDISCHEN KONFLIKT

Die türkische Regierung bedient sich einer erneuten Gewaltstrategie, um die PKK und PYD einzudämmen und die HDP zu demontieren. Damit wird der historische Konflikt um die politische Zukunft der kurdischen Bevölkerungsgruppen jedoch nicht nachhaltig gelöst.

Seite 10–17

KRISTINA KARASU

DIE WAHRHEIT HINTER GITTERN – PRESSE- UND MEINUNGSFREIHEIT IN DER TÜRKEI

Unterdrückung kritischer Journalisten hat lange Tradition in der Türkei. Doch ein so massiver Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit, wie ihn das Land seit dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 erlebt, ist in der Geschichte der Republik beispieillos.

Seite 18–22

MARKUS DRESSLER

ERDOĞAN UND DIE „FROMME GENERATION“ – RELIGION UND POLITIK IN DER TÜRKEI

Der Begriff „fromme Generation“ etablierte sich in den vergangenen fünf Jahren zu einem der wichtigsten programmatischen Slogans der AKP. Er steht für die religiös-konservative Umgestaltung der Türkei angelehnt an ein islamisches Moral- und Wertesystem.

Seite 23–29

KRISTINA DOHRN

DIE GÜLEN-BEWEGUNG – ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG EINES MUSLIMISCHEN NETZWERKS

Die Allianz zwischen der AKP und Gülen-Bewegung war eine der bedeutendsten und einflussreichsten der jüngeren türkischen Geschichte. Der gescheiterte Militärputsch hat dem gesellschaftlichen Wirken der Bewegung in der Türkei nunmehr ein Ende gesetzt.

Seite 30–35

FUNDA TEKIN

DIE QUADRATUR DES KREISES?

HINTERGRÜNDE DER EU-TÜRKEI-BEZIEHUNGEN

Die EU-Türkei-Beziehungen sind heute paradoxerweise so eng, aber auch so schlecht wie schon lange nicht mehr. Kooperation wird nämlich gerade in der Migrationspolitik benötigt, was wiederum Befürchtungen um eine zu große Abhängigkeit der EU von der Türkei hervorruft.

Seite 36–41

ROY KARADAG

DIE ROLLE DER TÜRKEI IN DER REGION – (UN-)ORDNUNGSGARANT IN EINEM NEUEN NAHEN OSTEN

Die Türkei steht im Nahen Osten im direkten Wettbewerb mit Iran, Saudi-Arabien und den anderen Golfmonarchien, die sich allesamt als mögliche Ordnungsgaranten ins Spiel bringen. Gleichzeitig wird sie von innenpolitischen Problemen herausgefordert.

Seite 42–46

EDITORIAL

In der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 scheiterten Teile des türkischen Militärs beim Versuch, die Regierung und Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan gewaltsam zu stürzen. Bei Gefechten in Ankara und Istanbul kamen über 250 Menschen ums Leben. Erdoğan und die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) machten bald die Bewegung des in den USA lebenden Predigers Fethullah Gülen für den Staatsstreich verantwortlich. Fünf Tage nach dem Putschversuch, den Erdoğan als „Geschenk Allahs“ bezeichnete, verhängte die Regierung den Ausnahmezustand über das Land.

Mit dem bis heute andauernden Notstand wurden viele Grundrechte außer Kraft gesetzt: Die Regierung geht mit harter Hand gegen mutmaßliche Gülen-Anhänger vor und hat Tausende Militärs, Polizisten, Richter, Journalisten und Oppositionelle aller Couleur inhaftiert. Kritiker im Inland und in der Europäischen Union beklagen, die Regierung nutze den Putschversuch, um den Weg für ein Präsidialsystem freizumachen, das alle Macht in Erdoğan's Händen vereinen soll. Die türkische Regierung und Teile der Bevölkerung hingegen fühlen sich von der EU im Stich gelassen und werfen ihr mangelnde Solidarität und fehlende Unterstützung im Kampf gegen Putschisten und Terroristen vor.

Angesichts der fragilen innenpolitischen Situation, der Verschärfung des Konfliktes mit den Kurden, des zwiespältigen Verhältnisses zwischen der Türkei und islamistischen Kräften in Syrien sowie der türkischen Annäherung an Russland stellt sich die Frage, inwieweit die türkische Republik noch ein verlässlicher Partner in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sein kann. Zwar ist eine türkische EU-Mitgliedschaft unter diesen Umständen unrealistischer denn je, aber zumindest in der sogenannten Flüchtlingskrise scheinen die europäischen Regierungen auf die Zusammenarbeit mit der Türkei angewiesen zu sein.

Lorenz Abu Ayyash

ESSAY

DER GESCHEITERTE PUTSCH UND SEINE FOLGEN

Michael Martens

Die meisten Menschen in der Türkei schliefen schon, als in Istanbul und Ankara in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 die Panzer auf die Straßen rollten. Es war das erste Mal seit mehr als 35 Jahren, dass die türkische Armee – oder zumindest ein Teil von ihr – gewaltsam die Kontrolle über das Land zu übernehmen suchte. Doch der Putschversuch vom 15. Juli 2016 nahm einen gänzlich anderen Verlauf als der Putsch vom 12. September 1980. Damals hatten die Generäle sich noch auf eine Befehlskette stützen können, die von der Politik unbeeinflusst war, denn die türkische Armee war ein Staat im Staate. In der Türkei des Jahres 2016 war das anders. Nur ein Teil der Streitkräfte schloss sich den Verschwörern an, die Mehrheit aber stand wie der Großteil der Bevölkerung loyal zur gewählten Regierung und zu Recep Tayyip Erdoğan, dem Staatspräsidenten. Auch deshalb brach der Umsturzversuch schon nach wenigen Stunden in sich zusammen.

Diese Stunden waren allerdings dramatisch. Tief in der Nacht, lange nach dem fünften und letzten Ruf des Muezzins, erscholl von den Minaretten noch einmal und zu gänzlich ungewohnter Zeit der Ruf an die Gläubigen: Über Lautsprecher wurden die Türken im ganzen Land aufgerufen, auf die Straße zu gehen, um die Demokratie zu verteidigen. Die türkische Religionsbehörde Diyanet nutzte auf diese Weise ihre bewährten Kommunikationsstrukturen, über die sonst der Text für die Freitagspredigt an alle Imame des Landes verschickt wird, um die Pläne der Putschisten zu vereiteln. Zudem wurden auch an alle türkischen Mobiltelefone Anrufe verschickt, sich den Militärs entgegenzustellen. Erdoğan war in seinem Urlaubsort Marmaris im Südwesten der Türkei, als der Putsch begann und die Drahtzieher die Studios des Staatssenders TRT besetzen ließen. Von Marmaris aus wandte er sich über den Internet-Telefondienst Facetime, der in eine Livesendung des Senders CNN-Türk eingespielt wurde, an seine Landsleute. Spätestens, als er wenige Stunden später in Istanbul eintraf und

sich wiederum an die Öffentlichkeit wandte, war klar: Die Putschisten waren gescheitert.

KEINE INSZENIERUNG

Bis heute sind viele Fragen jener Nacht ungeklärt. Warum bombardierten Kampfflieger das Parlament, nicht aber den Präsidentenpalast, das Zentrum der Macht in der Türkei? Warum versuchten die Putschisten nicht gleich zu Beginn ihres Aufstands, Erdoğan zu verhaften oder zu töten? Das sind wichtige Fragen, doch ist es unwahrscheinlich, dass sie sich in den Prozessen, in denen sich die echten und vermeintlichen Drahtzieher des Komplotts rechtfertigen müssen, werden klären lassen – denn den Verfahren mangelt es an Transparenz.

Fest steht für alle kundigen Beobachter allerdings: Eine Inszenierung war der Putschversuch vom 15. Juli 2016 nicht. Selbst die Oppositionsparteien in Ankara, professionelle türkische Journalistinnen, Menschenrechtler, ausländische Diplomaten oder andere den Machthabern in der Türkei kritisch gesinnte Geister bestätigen das. Allerdings trifft es auch zu, dass die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) schon lange vor dem Putschversuch, den Erdoğan ein „Geschenk Allahs“ nannte, einen Schlag gegen ihre Gegner vorbereitet hatte. Führende AKP-Politiker haben das sogar öffentlich zugegeben. So antwortete der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu in einem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ auf die Frage, ob Listen wie jene mit den Namen von 2700 unmittelbar nach dem Putschversuch suspendierten Richtern und Staatsanwälten nicht schon lange vorher erstellt worden seien: „Selbstverständlich waren diese Namen schon im Voraus identifiziert, und das juristische Verfahren gegen sie war längst im Gange. Nach dem Putschversuch konnten wir aber kein Risiko eingehen, und der Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte traf die Entscheidung, diese Perso-

nen umgehend zu suspendieren. Anders ließen sich die Herrschaft des Rechts und die Unabhängigkeit der Justiz nicht gewährleisten.“⁰¹

Die summarischen Suspendierungen und Verhaftungen Zehntausender bringen den Machthabern in Ankara bis heute viel Kritik von Menschenrechtlern und das Misstrauen insbesondere europäischer Regierungen ein. Während niemand das Recht der türkischen Regierung infrage stellt, gegen die Putschverdächtigen vorzugehen, wirft die mangelnde Verhältnismäßigkeit der staatlichen Reaktion ebenso ernste Fragen auf wie die massive Einschränkung der Rechtsstaatlichkeit durch den fünf Tage nach dem Putsch verhängten Ausnahmezustand. Seither sind viele Grundrechte außer Kraft gesetzt. So haben Verhaftete in den ersten fünf Tagen des Polizeigewahrsams kein Recht auf anwaltliche Betreuung. Wenn sie dann schließlich doch ihren Anwalt sehen können, werden Gespräche zwischen ihnen und dem Rechtsbeistand abgehört, in einigen Fällen gar gefilmt. Der ursprünglich für drei Monate verhängte Ausnahmezustand wurde bisher zwei Mal verlängert. Seither ist Erdoğan das Regieren per Dekret erlaubt. Die Dekrete können vor Gericht nicht angefochten werden.

DREI POLITISCHE GEGNER

Freilich war Erdoğan schon zuvor de facto Regierungschef der Türkei. Formal ist er nach der derzeitigen türkischen Verfassung zwar ein weitgehend auf das Zeremonielle beschränkter oberster Repräsentant des Staates, ganz wie sein von ihm ins Abseits bugsierter Vorgänger Abdullah Gül es war. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Im Grunde ist Erdoğan's Amtsführung seit seiner Wahl 2014 ein permanenter Verfassungsbruch – auf den das Verfassungsgericht jedoch nicht reagiert, da niemand wagt, es deswegen anzurufen.

Unter den Bedingungen des Ausnahmezustands geht die AKP seit Juli 2016 hauptsächlich gegen drei gesellschaftliche Gruppen vor: Zum Hauptfeind hat sie ihren ehemaligen Verbündeten erklärt, die Bewegung des im amerikanischen Exil lebenden islamischen Predigers Fethullah Gülen. Mit dieser international tätigen Gemeinschaft hatte die AKP vor allem in ihren ersten beiden Legislaturperioden noch eng kooperiert. Heute sprechen Erdoğan,

seine Partei und deren Medien von der Gülen-Bewegung nur noch als „Terrororganisation“, die so gefährlich sei wie der „Islamische Staat“. Mit dieser radikalen Lesart kann sich Ankara im Ausland zwar nicht durchsetzen, doch unabhängige Beobachter sehen die Gruppierung durchaus kritisch. Zumindest in der Türkei hat die Gülen-Bewegung in den vergangenen Jahrzehnten in ihrem Machtstreben und ihrer Intransparenz sektiererische Züge erkennen lassen. Es gilt mittlerweile als gesichert, dass ihre Anhänger tatsächlich Teile des türkischen Justizapparats, insbesondere durch Richter, Staatsanwälte und Polizisten, unterwandert hatten. Anfangs geschah dies mit Billigung der AKP, denn der Partei, die schon im Jahr nach ihrer Gründung 2001 an die Regierung gewählt wurde, mangelte es im Machtkampf gegen die kemalistischen Eliten im Staat zunächst an ausgebildeten Kadern.

Der zweite politische Gegner, gegen den die AKP mit den Möglichkeiten des Ausnahmezustands vorgeht, ist die hauptsächlich von der kurdischen Bevölkerungsgruppe in der Türkei sowie einem Teil der türkischen Linken gewählte Demokratische Partei der Völker (HDP). Im September 2016 erklärte Ankara 28 demokratisch gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister für abgesetzt und ließ sie durch vom Innenministerium bestimmte Verwalter ersetzen. Zwei Dutzend Abgesetzte wurden bezichtigt, Verbindungen zur terroristischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) unterhalten zu haben, die anderen vier waren angeblich Anhänger Gülen's. Die meisten Abgesetzten waren als Kandidaten der HDP ins Amt gewählt worden. Zwei Monate später wurde unter ähnlichen Anschuldigungen zudem die HDP-Führung verhaftet. Die Parteivorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yükkeddağ, Fraktionschef İdris Baluken und ein halbes Dutzend weitere Führungsmitglieder der Partei befinden sich seither in Haft. Demirtaş und mehrere andere kurdische Politikerinnen und Politiker werden in einem Gefängnis in Edirne nahe der Grenze zu Bulgarien festgehalten, möglichst weit weg von den Kurdengebieten Südostanatoliens.

Die Voraussetzungen für die Verhaftungen von gewählten Volksvertretern waren indes schon knapp zwei Monate vor dem Putschversuch geschaffen worden: Im Mai 2016 hatte das Parlament in Ankara eine von der AKP eingebrachte Vorlage zur Aussetzung der Abgeordnetenimmunität gebilligt. Die für Verfassungsänderungen nötige Zweidrittelmehrheit erhielt der Vorschlag nur, weil er nicht allein von der AKP, sondern

⁰¹ Interview mit dem Autor, 1.8.2016, www.faz.net/-14365904.html.

auch von der rechtsradikalen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) sowie von Teilen der oppositionellen Republikanischen Volkspartei unterstützt wurde. So half die Opposition mit, die Verhaftung von Parlamentariern rechtlich zu ermöglichen. Hauptopfer war die Fraktion der HDP. Da zudem mehr als 3500 einfache Mitglieder und Aktivisten der Partei verhaftet wurden, vor allem in den Hochburgen der Kurden in Südostanatolien, ist die HDP inzwischen nicht nur an der Spitze, sondern auch an der Basis gelähmt. Umfragen deuten darauf hin, dass sie im Falle von Neuwahlen an der (ohnehin undemokratisch hohen) Zehnprozenthürde scheitern könnte.

Die dritte Gruppe, gegen die im Zuge des Ausnahmezustands vorgegangen wird, ist die kleinste und heterogenste: Es handelt sich um Journalisten, Anwälte, Bürgerrechtler und andere Personen, von denen die meisten weder der Gülen-Bewegung noch der PKK oder der HDP nahestehen, aber im weitesten Sinne und aus unterschiedlichsten Motivationen heraus „oppositionell“ sind. Als beispielhaft kann der Fall des Journalisten Ahmet Şık gelten, der im Dezember 2016 zum zweiten Mal binnen weniger Jahre verhaftet wurde. Das erste Mal hatte ihn die Polizei im März 2011 abgeführt. Damals hatten mutmaßlich unter dem Einfluss der Gülen-Bewegung stehende Staatsanwälte den Journalisten bezichtigt, dass er der Untergrundorganisation Ergenekon angehöre, die einen Putsch gegen die Regierung plane. Der tatsächliche Grund für Şıks Verhaftung wird jedoch in dessen Buchmanuskript mit dem Titel „Die Armee des Imams“ gesehen, das im März 2011 noch nicht einmal erschienen war. Şık beschreibt darin, dass und wie die Gülen-Bewegung die türkische Polizei und Justiz unterwandert habe, um dann wie zur Bestätigung seiner These noch vor Drucklegung des Buches von ebendieser Polizei und Justiz ins Gefängnis gesteckt zu werden. Ein Jahr saß Şık in Haft. Nach seiner Entlassung im März 2012 sagte er in einem Interview mit dem „Tages-Anzeiger“, es sei allgemein bekannt, dass die Anhänger Gülens „sich seit den 70er-Jahren in der Polizei organisieren. (...) Sie besetzen mächtige Schaltstellen in Polizei und Justiz, ihre Leute leiten die Operationen gegen Ergenekon und gegen die angeblichen PKK-Terroristen in der Zivilgesellschaft, Operationen, die total aus dem Ruder gelaufen sind.“⁰² Die Türkei, so Şık sei-

nerzeit, werde de facto von einer AKP-Gülen-Koalition regiert.

Kaum vier Jahre später wurde Şık wieder verhaftet. Die informelle AKP-Gülen-Koalition war längst zerbrochen, Şık aber geblieben, was er war: Ein unabhängiger, investigativer Journalist. Ende 2016 wurde er unter dem Vorwurf festgenommen, Propaganda für die PKK betrieben zu haben. Der Fall Şık ist deshalb so charakteristisch, weil er demonstriert, dass es in der türkischen Justiz ein grundsätzliches Problem gibt, das mit der aktuellen Regierung nur bedingt zu tun hat: Die Justiz in der Türkei ist ein Einschüchterungs- und Disziplinierungsinstrument der jeweiligen Machthaber. Es kann heute eine und morgen die andere Gruppe treffen – je nachdem, wer gerade die Kontrolle über die Justiz ausübt.

AUF ERDOĞAN GEEICHTE VERFASSUNG

Auf absehbare Zeit dürfte diese Dirigentenrolle Erdoğan und der AKP zufallen, die sich per Verfassungsänderung dauerhaft die Macht in der Türkei sichern wollen. Mit Unterstützung des größten Teils der rechtsradikalen MHP im Parlament konnte die AKP im Januar 2017 für ihre 18 Vorschläge zur Änderung der Verfassung die nötige Mehrheit erringen, um noch im Frühjahr eine Volksabstimmung darüber abhalten zu lassen. Erhalten die Vorschläge in dem Referendum die Zustimmung von mindestens 50 Prozent der Abstimmenden (plus einer Stimme), wird der Parlamentarismus in seiner bisherigen Form in der Türkei abgeschafft. Die geplante Verfassung ist auf Erdoğan geeicht, soll aber die Macht der AKP auch darüber hinaus sichern. „Das Präsidialsystem soll über den Mechanismus einer Stichwahl sicherstellen, dass die konservative Mehrheit in der Türkei künftig in jeder Wahl ihren Kandidaten durchbringen kann“, fasst Türkeiexperte Günter Seufert den zum Referendum ausgearbeiteten Entwurf zusammen.⁰³

Bemerkenswert an der Charta ist freilich nicht allein, was sie vorsieht, sondern auch, was sie nicht vorsieht. Neben einer funktionierenden Gewaltenteilung wird man darin auch die Todesstrafe vergeblich suchen. Dabei war in der Türkei nach dem Putschversuch monatelang über deren Wiedereinführung diskutiert worden. Nicht zu-

⁰² „Eine grosse Wunde in mir“, 19.3.2012, www.tagesanzeiger.ch/13987392.

⁰³ Die Türkei in der Ära Erdoğan: Abschied von Europa?, Podiumsdiskussion, Südosteuropa-Gesellschaft, Berlin 17.1.2017.

letzt Erdoğan selbst hatte die Debatte mit zweideutigen Äußerungen befeuert. „Wir sollten nicht von den Realitäten in der Welt losgelöst leben. In wie vielen Ländern gibt es die Todesstrafe, in wie vielen nicht?“, hatte Erdoğan in einem Fernsehinterview gefragt und sich selbst geantwortet: „Nur in Europa gibt es keine Todesstrafe. Ansonsten gibt es fast überall auf der Welt die Todesstrafe.“⁰⁴ Entscheidend sei der Wille des Volkes – und das wolle die Todesstrafe, behauptete der Präsident.

Ob Erdoğan tatsächlich jemals ernsthaft plante, staatliche Hinrichtungen wieder zuzulassen, kann niemand wissen, sicher aber ist: Er hat es nicht getan. Nachdem lange darüber diskutiert worden war, verschwand das Thema still und heimlich aus der Debatte. In den 18 Artikeln zur Verfassungsänderung tauchte es nicht auf, die staatlich kontrollierten Medien erwähnten die Angelegenheit plötzlich nicht mehr. Manche sehen das als Beleg dafür, dass Erdoğan trotz aller Entfremdung die Verbindungen zur EU nicht gänzlich kappen will. Denn aus Brüssel und den Hauptstädten vieler EU-Mitgliedsstaaten war die Türkei unmissverständlich gewarnt worden: Eine Einführung der Todesstrafe bedeute das sofortige Ende der (de facto ohnehin so gut wie eingefrorenen) Beitrittsverhandlungen. Das Ziel eines EU-Beitritts spielt für die türkische Regierung zwar ohnehin keine Rolle mehr, doch scheint es so, als wolle Ankara wenigstens an dem Status eines Beitrittskandidaten festhalten. Das hat auch wirtschaftliche Gründe, denn der Titel eines EU-Beitrittskandidaten hatte der Türkei in früheren Jahren auf den Finanzmärkten billigere Refinanzierungsmöglichkeiten verschafft.

LIRA AUF TALFAHRT

Damit ist es einstweilen aber vorbei. Die Türkische Lira folgt seit Monaten einem Abwärtstrend, dessen Ende nicht absehbar ist. Eigentlich währte der Trend sogar schon seit Jahren, hat sich in jüngster Zeit aber verschärft. Im Juni 2011, als die AKP bei der Parlamentswahl fast 50 Prozent der Stimmen und das bisher beste Ergebnis ihrer Geschichte errang, war der Euro knapp 2,3 Türkische Lira wert. Am Tag des Putschversuchs waren es 3,2 Lira, Ende Januar 2017 dann sogar schon mehr als 4,1 Lira. Verkürzt ließe sich sagen: Mit dem Ni-

veau der Rechtsstaatlichkeit ist auch die türkische Landeswährung auf Talfahrt gegangen, ebenso wie die Kreditwürdigkeit des Landes. Die drei großen amerikanischen Ratingagenturen bewerten die Türkei jedenfalls längst nicht mehr so positiv wie noch vor einigen Jahren. Standard & Poor's senkte die Bonitätsnote bereits wenige Tage nach dem Putsch um eine Stufe, mit negativem Ausblick. Im September 2016 stufte auch Moody's die Türkei auf Ramschniveau herab. Zur Begründung wurden unter anderem Zweifel an der „Berechenbarkeit und Effektivität“ der Rechtsstaatlichkeit und des Staatsapparats angesichts der Entlassungswelle genannt. Ende Januar 2017 folgte dann die Ratingagentur Fitch, indem auch sie die Kreditwürdigkeit der Türkei auf Ramschniveau herabstufte – unter anderem mit der Begründung, sollte das Verfassungsreferendum gebilligt werden, steuere die Türkei auf ein politisches System ohne funktionierende Gewaltenteilung zu. Erdoğan, der in Zeiten der Heraufstufungen nichts gegen die Bonitätsprüfer einzuwenden hatte, wertet deren Entscheidungen nun als politischen Angriff auf die Unabhängigkeit der Türkei und beschuldigt eine nicht näher definierte „Zinslobby“, sie wolle den Aufstieg der Türkei bremsen.

Die türkische Regierung setzt dem Abwärtstrend ein Stabilitätsversprechen entgegen: Die Präsidentschaftsverfassung werde klare Verhältnisse schaffen, die Wirtschaft und die Lira stärken sowie den vielen das Land verunsichernden Terrorakten ein Ende setzen. Politische oder wirtschaftliche Rückschläge dürften Erdoğans Plänen zur Abschaffung des türkischen Parlamentarismus in seiner bisherigen Form jedoch ohnehin kaum schaden. In den türkischen Massenmedien, die fast ausschließlich von der AKP oder mit ihr in Geschäftsbeziehungen stehenden Holdings kontrolliert werden, wird jeder Rückschlag als weiteres Argument für die Präsidentschaftsverfassung angeführt, die allein dem Land Stabilität bringen könne. Zudem habe Erdoğan als erster Staatspräsident der Türkei, der nicht vom Parlament, sondern vom Volk gewählt wurde, das Recht, sein Land nicht nur zu repräsentieren, sondern auch zu regieren. Da die Verfassung dies nicht vorsehe, sei es höchste Zeit, sie der Wirklichkeit anzupassen.

MICHAEL MARTENS

ist Südosteuropakorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.
m.martens@faz.de

⁰⁴ Zit. nach Michael Martens, Was immer das Volk will, 26.7.2016, www.faz.net/-14358797.html.

EUROPA, NIMM DIE SCHEUKLAPPEN AB!

Numan Kurtulmuş

Das Europäische Parlament hat sich am Donnerstag (24. 11. 2016, *Anm. d. Red.*) dafür ausgesprochen, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf Eis zu legen. Ich nehme an, dass das Parlament dachte, es könne mit dieser Entscheidung Einfluss auf die Position der türkischen Regierung nehmen. Stattdessen wird Europa jedoch nur noch mehr isoliert. Europäische Politiker gehen einem konstruktiven Dialog schon seit geraumer Zeit aus dem Weg und schicken stattdessen Beleidigungen in Richtung Türkei. Diese Woche war das nicht anders.

Mit Engagement und Herzblut haben wir unsere Zusammenarbeit mit Brüssel aufrechterhalten. Das Flüchtlingsabkommen mit der EU zur Bekämpfung von illegaler Migration hat uns viel Kraft und politisches Kapital gekostet. Brüssel hat das Abkommen gewollt und einen Freifahrtschein für eine im Kern innenpolitische Krise bekommen. Als Dank für unsere Bemühungen wurde uns versprochen, die Visabestimmungen für Türken aufzuheben. Das ist nicht passiert. Uns wurden drei Milliarden Euro versprochen, um das Abkommen zu finanzieren. Das ist nicht passiert. Und trotzdem halten wir weiterhin unseren Teil der Abmachung ein.

Die EU hat die Türkei in jeder Hinsicht im Stich gelassen. Daher gibt es nicht viele Türken, die die Entscheidung des Parlaments bedauern. Seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli fühlen wir uns durch unsere europäischen Partner verraten. Etwa 250 unserer Landsleute wurden im Kampf um den Schutz der Verfassung vor den Putschisten getötet. Viele Türken vergleichen den Putsch mit dem Anschlag vom 11. September oder dem Attentat im Bataclan.

Wir haben unsere Partner weltweit um Hilfe im Kampf gegen eine ernsthafte Gefahr für unser Land und die gesamte Region gebeten. Wir haben mit internationaler Kooperation gerechnet, um die Putschisten vor Gericht zu bringen. Aber das Einzige, was wir von Europa bekommen haben, sind Vorträge, Verweise und Drohungen. Nach den Anschlägen in Paris kamen Staatsoberhäupter, unter anderem aus der Türkei, zusammen, um Frankreich ihre Solidarität auszusprechen. Nach den Anschlägen in der Türkei herrschte stattdessen Stille. Dann wurde uns von einigen europäischen Politikern vorgeworfen, Nazis zu sein. Der Widerspruch könnte nicht größer sein.

Wir haben belastbare forensische Beweise, die einen direkten Bezug zwischen Fethullah Gülen und dem Coup aufzeigen. Militärische Führungskräfte haben ihre Mitgliedschaft im Gülen-Netzwerk bestätigt. In der Nacht des 15. Juli hatten Putschisten einen der ranghöchsten türkischen Generäle gefangen genommen und ihm angeboten, direkt mit Herrn Gülen zu telefonieren. Einer seiner Entführer beschrieb ihn als ihren „intellektuellen Führer“. Nur wenige Wochen zuvor reisten am Putsch beteiligte Offiziere in die Vereinigten Staaten, um Gülen in seinem Versteck in Pennsylvania zu treffen. Es gibt umfassende Fakten und Informationen, die im Detail beweisen, wie die Gülenisten sich strategische Stellen im türkischen Staat

zu eigen gemacht haben. Das Netzwerk hat sich in Justiz, Gerichte, Schulen, Universitäten und das Militär eingeschlichen. Der „Parallelstaat“ ist kein Mythos – es gibt ihn wirklich. Die Gülenisten hatten ihre eigenen Medienhäuser, wie die Zeitung „Zaman“, die auch weiterhin das Sprachrohr der Bewegung nach Westeuropa ist. Die Bewegung nutzte diese Instrumente, um ihre Macht über die Zukunft der Türkei noch zu erweitern.

Es ist erwiesen, dass Gülen-loyale Staatsanwälte und Richter vor zehn Jahren falsche Beweise nutzten, um Gülen-Gegner fälschlicherweise zu bezichtigen. Niemand in der Türkei streitet das heute ab. Hunderte von Offizieren, Polizisten und Journalisten wurden aufgrund falscher Vorwürfe in Massengerichtsverhandlungen verurteilt. Erst Jahre später wurden sie freigesprochen, nachdem die Originalbeweise durch einen Privatdetektiv zum Vorschein kamen. Während dieser Zeit führten „Zaman“ und andere Gülen-Medien einen unerbittlichen Propagandakrieg, sogar gegen die eigenen Kollegen.

All das und vieles mehr ist öffentlich zugänglichen Informationen zu entnehmen. Namhafte Thinktanks in den Vereinigten Staaten und Europa bekräftigen die Beweislage. Westliche Medien berichten darüber. Wikileaks liegen geheime Aufnahmen vor, in denen amerikanische Diplomaten vor „dem Eindringen der Gülenisten in die National Police (TNP) und Medienhäuser sowie ihrer Gewohnheit, jeden zu verfolgen, der Gülen kritisiert“, warnen.

Trotzdem haben Politiker in Europa beschlossen, dass es sich hierbei um ein an den Haaren herbeigezogenes Märchen handelt. Während wir drei Millionen syrische Flüchtlinge beherbergen, gewährt Europa Tausenden von loyalen Gülenisten Unterschlupf, ohne auch nur einen einzigen Gedanken an die Absichten der Bewegung zu verschwenden. Es ist ein Unterschied, ob man etwas nicht sieht oder nicht sehen will. Türkische Einheiten kämpfen im syrischen Grenzgebiet gegen IS-Terroristen. Wir stehen kurz davor, den strategischen Stützpunkt Al Bab zu befreien. Doch während die Türkei IS-Kämpfer jagt, die von und nach Europa reisen, flirtet Europa mit der kurdischen PKK. Diese Diskrepanz ist nicht vertretbar.

Nicht jeder steckt seinen Kopf in den Sand. In den Vereinigten Staaten stoßen wir vermehrt auf Verständnis. Wir haben enge Beziehungen nach China und Russland. Führende Golfstaaten haben die Gülen-Bewegung als Terrororganisation eingestuft. Großbritannien ermittelt in einem Untersuchungsausschuss des Parlaments durch die Anhörung von Zeugen- und Expertenaussagen zu Gülens Beteiligung am Juli-Putsch. Das ist ein ermutigender Schritt. Es weht ein frischer Wind durch die internationalen Beziehungen. Es wird Zeit, dass Europa aus seinem Schneckenhäuschen hervorkriecht und das akzeptiert.

Dieser Beitrag erschien erstmals in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 26. 11. 2016, S. 10.

NUMAN KURTULMUŞ

ist stellvertretender Ministerpräsident der Türkei.

ERNEUTE GEWALTESKALATION IM TÜRKISCH-KURDISCHEN KONFLIKT

Gülistan Gürbey

Seit Juli 2015 ist der türkisch-kurdische Konflikt wieder aufgeflammt. Rund zweieinhalb Jahre andauernde Friedensgespräche zwischen der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) brachen zusammen. Seit die Regierung am 24. Juli 2015 eine grenzüberschreitende militärische Offensive gegen die PKK startete, eskaliert die Gewalt. Jenseits von Anschlägen auf türkische Sicherheitskräfte und zivile staatliche Einrichtungen trug die PKK erstmals mithilfe ihrer Jugendorganisation, der Patriotisch revolutionären Jugendbewegung (YDG-H), den Krieg in die kurdischen Städte im Südosten hinein, während der Staat monatelang betroffene Städte und Provinzen mit Spezialeinheiten, Militärpanzern und Scharfschützen unter Beschuss nahm. Infolge des erbarmungslos geführten Städtekrieges bis Frühsommer 2016 wurden viele Zivilisten vor allem durch Scharfschützen getötet, darunter Kinder, Frauen und Ältere; mehr als 400 000 Menschen wurden zu Binnenflüchtlingen. Zahlreiche und historische Stadtviertel – darunter auch die historische Altstadt der kurdischen Metropole Diyarbakır – sowie Lebensgrundlagen wurden komplett zerstört.⁹¹

Gleichzeitig geht die Regierung seither bedingungslos auch gegen die kurdische Demokratische Partei der Völker (HDP) und ihre Bürgermeister, die kurdische Presse und Medien sowie kurdisch-zivilgesellschaftliche Organisationen vor. Mit der Eskalationsspirale steigt auch eine antikurdische Stimmung in der Gesellschaft, was sich landesweit in Angriffen auf HDP-Büros und kurdische Geschäfte niederschlägt.

Die wesentlichen Grundlagen der Kurdenpolitik der AKP-Regierung, die Ursachen der erneuten Gewalteskalation und die unterschiedlichen Interessen der Konfliktparteien sollen im Folgenden näher beleuchtet werden.

AMBIVALENTE KURDENPOLITIK DER AKP-REGIERUNG

Die seit 2002 regierende AKP ist nicht nur die stärkste und einflussreichste, sondern auch die politische Kraft, die bisher die weitreichendsten Reformen in der Geschichte der türkischen Republik verabschiedete und Friedensgespräche mit der PKK führte. Allerdings änderten sich die klassischen Ziele der türkischen Kurdenpolitik trotz der Diversifizierung der Mittel grundsätzlich nie. Die Kurdenfrage wurde stets als Gefahr für die nationale und territoriale Integrität wahrgenommen, weshalb die Ziele der Kurdenpolitik von Kontinuität gekennzeichnet sind: Verhinderung der Entstehung eines kurdischen Staates, Bekämpfung der PKK, Eindämmung und Kontrolle kurdischer Forderungen und prokurdischer Politik. Die kurdenpolitische Strategie der AKP-Regierung folgt weiterhin dem Primat eines rigiden türkischen Nationalismus, das seit der Gründung der modernen Republik einen autoritären, omnipotenten Staat anstrebt. Dies ist der gemeinsame ideologische Nenner von AKP-Eliten und kemalistischen sowie (ultra-)nationalistischen Eliten. Die Kurdenfrage wird dabei als Bedrohung wahrgenommen, der mit einem militärisch-sicherheitspolitischen Ansatz begegnet wird.

Gleichzeitig dienen die ideologischen Komponenten Islam und Neo-Osmanismus dazu, die nationale Einheit über „religiöse und historische Brüderlichkeit von Türken und Kurden“ herzustellen, den türkischen Einflussbereich als „Schutzpatron“ der Kurden zu sichern und die regionale Machtposition im Nahen Osten zu untermauern. Diese ideologischen Leitlinien blenden die historische, politisch-nationale Dimension der Kurdenfrage aus und lassen nur eine begrenzte Liberalisierung zu.

So verabschiedete die Regierung zwischen 2002 und 2004 im Zuge des EU-Beitrittsprozesses

Verfassungs- und Rechtsreformen, die zu einer Ausweitung der individuellen Freiheiten führten und positive Auswirkungen auf die Kurdinnen und Kurden hatten. Maßnahmen wie die Genehmigung privater Fernseh- und Rundfunksendungen sowie Kurse in kurdischer Sprache bewirkten ein Ende der Illegalität der kurdischen Identität. Im August 2005 räumte der damalige Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan in Diyarbakir ein, dass der türkische Staat in der Vergangenheit Fehler in der Kurdenpolitik gemacht habe und dass er die Kurdenfrage mit „mehr Demokratie, mehr Bürgerrechte(n), mehr Wohlstand“ lösen werde.⁰² Seine Rede und die verabschiedeten Reformen hatten eine Symbolwirkung und weckten hohe Erwartungen in der kurdischen Bevölkerung.

Mit zunehmender Machtkonsolidierung der AKP-Regierung unter Erdoğan geriet der innere Reformprozess des Landes jedoch immer mehr in den Hintergrund, während die außenpolitische Ambition, eine hegemoniale Regionalmacht zu werden, stärker in den Vordergrund trat. Ankündigungen, leere Versprechen sowie ein autoritärer Kurs prägten immer mehr das Regierungshandeln. Während die politische Konkurrenz zur HDP um die Wählergunst im Südosten des Landes stieg, bestimmten wahltaktische Kalküle den kurdenpolitischen Kurs. Erdoğan und die AKP spielten auf Zeit: Prägnantes Beispiel ist die „demokratische beziehungsweise kurdische Öffnung“ von 2009, die im Kern ein Lippenbekenntnis der Regierung blieb, oder auch das enttäuschende „Demokratisierungspa-

ket“ vom September 2013.⁰³ Selbst die Friedensgespräche mit der PKK waren strategisch motiviert, obwohl die Regierung damit erstmals ein Tabu brach und die staatliche Grundposition, mit Terroristen keine Gespräche zu führen, in Frage stellte.

FRAGILER FRIEDENSPROZESS UND REGIONALISIERUNG DES INTERNEN KONFLIKTES

Im Auftrag der Regierung führte der Nationale Nachrichtendienst (MİT) 2012 Gespräche mit dem inhaftierten PKK-Chef Abdullah Öcalan, was auch signalisierte, dass er als Gesprächspartner und Vertreter der kurdischen Nationalbewegung akzeptiert wurde. Auf kurdischer Seite waren zudem die PKK-Führung und die HDP an den Gesprächen beteiligt. Die HDP vermittelte direkt zwischen Öcalan und der PKK-Führung und tauschte gegenseitige Botschaften aus.⁰⁴ Damit wurde sie von der türkischen Regierung als politischer Arm der PKK angenommen. Der Friedensprozess dauerte bis zum Juli 2015.⁰⁵

In einer Botschaft, die zum Newrozfest am 21. März 2013 in Diyarbakir von der HDP vor Millionen Menschen verlesen wurde, forderte Öcalan die PKK zum Waffenstillstand und zum Rückzug aus dem türkischen Gebiet auf.⁰⁶ Die PKK reagierte und begann im Mai 2013 mit dem Rückzug, der jedoch ab September 2013 zum Stillstand kam. Die PKK-Führung erwartete von der türkischen Regierung, dass sie im Gegenzug politische Schritte zur Liberalisie-

01 Bis heute verweigert die Regierung Menschenrechts- und Nichtregierungsorganisationen sowie dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte den Zugang in die von Ausgangssperren und Sperrzonen betroffenen mehr als 20 Städte, um den Menschenrechtsverletzungen bei Militäraktionen nachzugehen. Ungeklärt sind vor allem schwere Vorfälle in Cizre während der Ausgangssperre zwischen Dezember 2015 und März 2016. Nach Augenzeugenberichten sollen mehr als 100 Menschen – darunter Zivilisten und verletzte Kämpfer – von Sicherheitskräften bei lebendigem Leib in Häuserkellern verbrannt worden sein, wo sie sich verschanzt hatten. Human Rights Watch dokumentierte die Tötung von acht Zivilisten in Cizre als widerrechtliche Tötungen durch Sicherheitskräfte, darunter ein 11- und ein 13-jähriges Kind und ein drei Monate altes Baby. Vgl. Turkey: State Blocks Probes of Southeast Killings. Allow UN to Investigate Cizre Abuses, 11.7.2016, www.hrw.org/news/2016/07/11/turkey-state-blocks-probes-southeast-killings.

02 Recep Tayyip Erdoğan in seiner Rede in Diyarbakir am 12.8.2005.

03 Vgl. Gülistan Gürbey, Der Kurdenkonflikt in der Türkei: Ende der Gewalt?, in: Christiane Fröhlich et al. (Hrsg.), Friedensgutachten 2010, Berlin 2010, S. 181–192; Cuma Çiçek, Elimination or Integration of Pro-Kurdish Politics: Limits of the AKP's Democratic Initiative, in: Turkish Studies 1/2011, S. 15–26; Cengiz Çandar, The Kurdish Question: The Reasons and Fortunes of the „Opening“, in: Insight Turkey 4/2009, S. 13–19.

04 Vgl. International Crisis Group, Turkey and the PKK: Saving the Peace Process, Europe Report 234/2014; dies., A Sisyphean Task? Resuming Turkey-PKK Peace Talks, Crisis Group Europe Briefing 77/2015; Gülistan Gürbey, Öcalan und Erdoğan auf dem Weg zum „osmanischen Frieden“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/2013, S. 21–24.

05 Bereits zuvor führte der türkische Geheimdienst MİT mit Vertretern der PKK in Oslo und Öcalan Geheimgespräche. Die als „Oslo-Gespräche“ bzw. „Oslo-Prozess“ bekannt gewordenen Geheimgespräche wurden zwischen 2009 und 2011 geführt.

06 Vgl. Abdullah Öcalan, historische Erklärung zu Newroz 2013, o.D., www.civaka-azad.org/oecalans-historische-erklaerung-zu-newroz-2013.

rung einleitet.⁰⁷ Zwar verabschiedete die Regierung Ende September 2013 das „Demokratisierungspaket“, das einige Verbesserungen enthielt, etwa die Aufhebung des Buchstabenverbots der im kurdischen Alphabet gebrauchten Buchstaben X, Q und W. Aber substanzielle Fortschritte im Hinblick auf die wesentlichen Forderungen der Kurden wie das Recht auf Erziehung in kurdischer Sprache blieben aus, was Unmut auf kurdischer Seite erzeugte.

Der ins Stocken geratene Friedensprozess drohte im Oktober 2014 zu enden, als die türkische Regierung sich weigerte, einen Hilfskorridor zur syrisch-kurdischen Stadt Kobanê nahe der türkischen Grenze zu öffnen. Kobanê war vom sogenannten Islamischen Staat (IS) eingekesselt, und die syrisch-kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD) und ihre militärischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) leisteten erbitterten Widerstand. Als die türkische Regierung Hunderte freiwillige türkische Kurden, die den Widerstand der syrischen Kurden gegen den IS unterstützen wollten, am Grenzübertritt hinderte, eskalierte die Situation: Der wachsende Unmut der türkischen Kurden entlud sich in schweren gewalttätigen Ausschreitungen in weiten Teilen der Türkei. Öcalan und die PKK-Führung drohten mit dem Ende des Friedensprozesses, sollte Kobanê fallen. Die Ereignisse waren ein Wendepunkt, der zur Regionalisierung des internen Konfliktes beitrug.

Beide Seiten reagierten auf die Eskalation mit der Wiederaufnahme von Gesprächen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 28. Februar 2015 verlasen Regierungsvertreter und eine HDP-Parlamentarierdelegation im Istanbul-Dolmabahçe-Palast eine Absichts- und Zehnpunkteerklärung Öcalans.⁰⁸ Öcalan rief darin die PKK auf, einen außerordentlichen Kongress abzuhalten, auf dem die Entscheidung über die Einstellung des bewaffneten Kampfes getroffen werden soll. Diesen Appell knüpfte er schließlich in

07 Vgl. Interview mit dem Chef der PKK-Guerilla Cemil Bayik, 27. 8. 2013, www.bbc.com/turkce/haberler/2013/08/130827_cemil_bayik_baris_sureci.

08 Die Zehnpunkteerklärung war im Kern allgemein demokratiepolitischer Natur. Sie enthielt keine kurdenspezifischen Forderungen, sondern eine vage formulierte Liste unterschiedlicher Prinzipien. Hierzu gehören u. a. welche zur Identität und zum Staatsbürgertum, zur Etablierung einer neuen Sicherheitsstruktur, Stärkung der lokalen Demokratie sowie zu einer neuen Verfassung als Grundlage für eine demokratische Gesellschaft.

seiner dritten Botschaft zum Newrozfest 2015 an drei Bedingungen: die Übereinkunft über die zehn Punkte als Rahmen für Verhandlungen, die Bildung eines Beobachterkomitees zur Überwachung des bislang nicht formalisierten Friedensprozesses und einer Wahrheitskommission aus Parlamentsmitgliedern und Mitgliedern des Beobachterkomitees. Diese sogenannte Erklärung von Dolmabahçe blieb jedoch aufgrund der Ablehnung Erdoğan's wirkungslos. Vor allem mit Blick auf die bevorstehende Parlamentswahl im Juni 2015 wollte Erdoğan konservative und nationalistische Wählerstimmen nicht verlieren, um die absolute parlamentarische Mehrheit zu erlangen und damit den Weg für die Einführung eines Präsidialsystems freizumachen. Der stagnierende Friedensprozess gelangte somit an sein Ende. Die Fronten verhärteten sich zunehmend, was sich unter anderem darin niederschlug, dass die Regierung seit April 2015 den Kontakt zwischen der HDP und Öcalan nicht mehr erlaubte.

„KRIEG GEGEN DEN TERROR“ UND ESKALIERENDE GEWALT

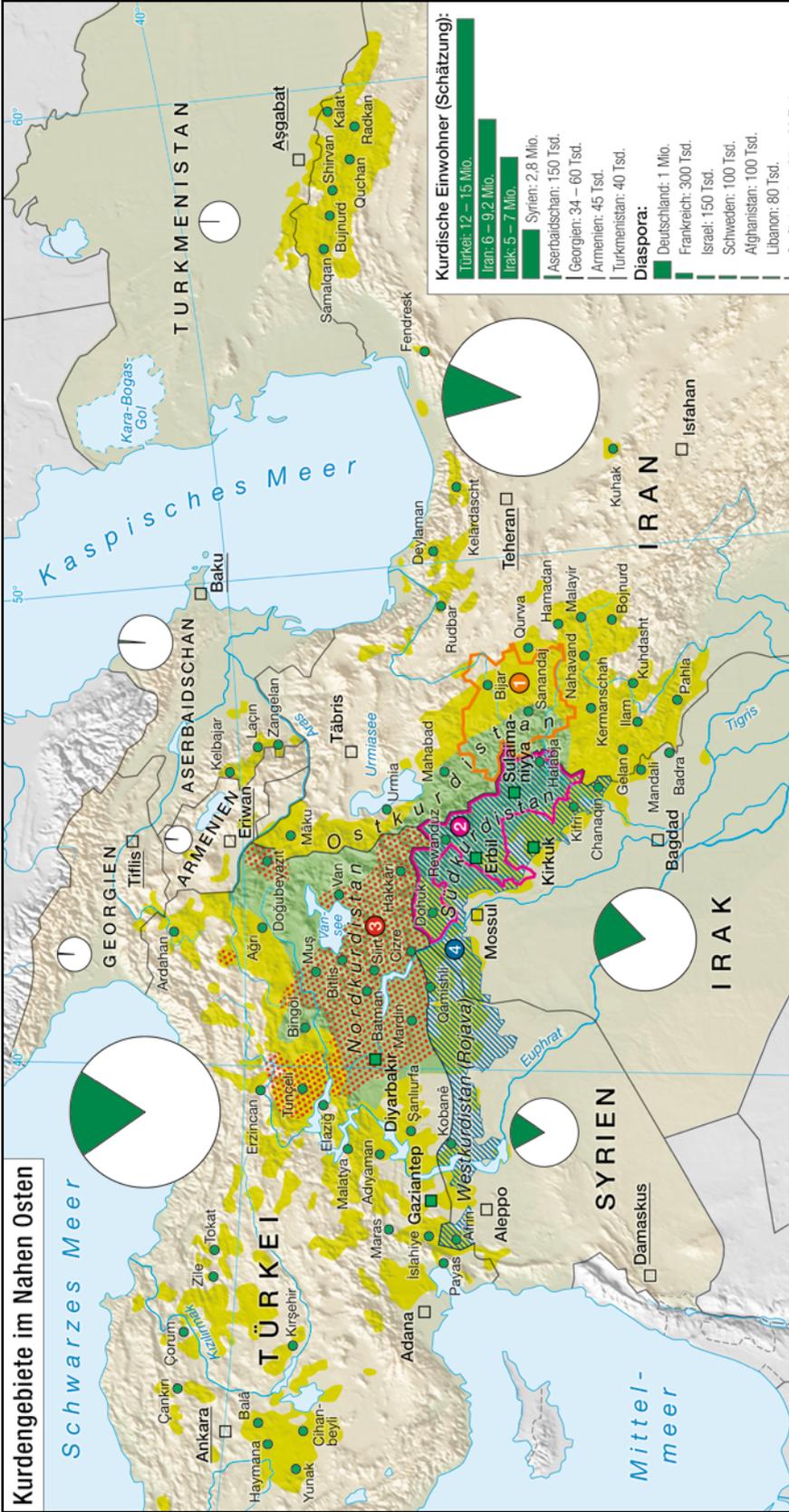
Allen voran drei Faktoren beschleunigten den Ausbruch der Gewalt: *Erstens* gelang es der YPG – unterstützt von Luftangriffen der USA – Kobanê im Januar 2015 zu befreien, während Staatspräsident Erdoğan und die türkische Regierung den Fall Kobanês erwarteten.⁰⁹ Die zunehmende internationale Unterstützung für die Kurden und die steigende Reputation der PKK beziehungsweise PYD lagen nicht im Interesse Ankaras.

Zweitens überschritt die HDP bei den Parlamentswahlen trotz dauerhafter Diffamierung seitens der AKP im Juni 2015 die undemokratische, aber erforderliche Zehnprozenthürde und schaffte erstmals den Einzug in das Parlament. Damit verfehlte die AKP entgegen ihrer Ziele die absolute parlamentarische Mehrheit. Allerdings war die HDP zahlreichen gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt, darunter einem Bombenanschlag während ihrer Abschlusskundgebung in Diyarbakır im Juni.

Drittens befreite die PYD kurz nach den türkischen Parlamentswahlen mithilfe von US-Luftangriffen die syrische Grenzstadt Tall Abyad

09 Siehe Erdoğan: Kobani düştü düsecek! (Erdoğan: Kobanê wird fallen!), 7. 10. 2014, www.haberturk.com/gundem/haber/997321-erdogan-kobani-dustu-dusecek.

Kurdengebiete im Nahen Osten



Stollungsgebiete der Kurden

- Gebiet mit mehr als 75% kurdischer Bevölkerung
- Stadt mit mehr als 50% kurdischer Bevölkerung
- Stadt über 1 Mio. Einwohner
- Stadt mit weniger als 1 Mio. Einwohner

Ankara Hauptstadt

— Staatsgrenze

Anteil kurdischer Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung eines Staates (Schätzung)

- Provinz Kurdistan im Iran
- Autonome Region Kurdistan im Irak
- Gebiete kurdischer Aufstände und Militäroperationen in der Türkei 2016
- Gebiete in Syrien und Irak unter Kontrolle kurdischer Kampfverbände Januar 2017

Kurdische Einwohner (Schätzung):

Türkei:	12 – 15 Mio.
Iran:	6 – 9,2 Mio.
Irak:	5 – 7 Mio.
Syrien:	2,8 Mio.
Aserbaidschan:	150 Tsd.
Georgien:	34 – 60 Tsd.
Armenien:	45 Tsd.
Turkmenistan:	40 Tsd.

Diaspora:

Deutschland:	1 Mio.
Frankreich:	300 Tsd.
Israel:	150 Tsd.
Schweden:	100 Tsd.
Afghanistan:	100 Tsd.
Libanon:	80 Tsd.
Großbritannien:	25 – 80 Tsd.
Niederlande:	70 Tsd.
Schweiz:	60 Tsd.
Österreich:	50 Tsd.
USA:	40 Tsd.

1 : 11 800 000

© mr-kartographie, Gotha 2017

vom IS. Damit war nicht nur eine wichtige Versorgungsroute des IS zur Türkei abgeschnitten, sondern auch eine geografische Zusammenlegung der bis dato voneinander getrennten kurdischen Selbstverwaltungskantone Kobanê und Cezire erreicht. Aus türkischer Sicht läuteten damit endgültig die Alarmglocken. Die türkische Regierung betrachtet die drei kurdischen Selbstverwaltungsgebiete Cizre, Kobanê und Afrin in Nordsyrien, die auf Kurdisch „Rojava“ genannt werden und unter der Kontrolle und Verwaltung der PYD stehen, als Parallelstrukturen der PKK und damit als Bedrohung für die eigene territoriale und nationale Einheit. Ankara befürchtet, dass aus Rojava in Nordsyrien ein kurdischer Staat mit Zugang zum Mittelmeer entsteht. Staatspräsident Erdoğan machte wiederholt deutlich, dass die Türkei eine kurdische Autonomie in Syrien, ähnlich der im Nordirak, niemals akzeptieren werde.¹⁰

Das Kräftemessen zwischen der Regierung und der PKK spitzte sich parallel zu den Erfolgen der PYD und PKK in Syrien und im Irak immer mehr zu. Dies hatte negative Folgen auf den ohnehin stockenden Friedensprozess. Aus türkischer Sicht eskalierte die Situation von Kobanê im Oktober 2014 über die Parlamentswahlen bis zur Befreiung Tall Abyads im Juni 2015 und mündete endgültig am 24. Juli in den sogenannten Krieg gegen den Terror. Mit einer nationalistisch-aggressiven Rhetorik gelang es Staatspräsident Erdoğan und seiner AKP bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 1. November 2015, die verlorene parlamentarische Mehrheit wieder zurückzuerobern. Die HDP schaffte trotz Stimmenverluste erneut den Einzug ins Parlament und erhielt die drittmeisten Sitze.

STÄDTEKRIEG UND ELIMINIERUNG DER PKK/PYD

Kobanê hatte bereits die fundamentalen Interessensgegensätze zwischen der PKK und der Regierung offenbart. Rojava war und ist die „rote Linie“ der PKK und sollte gehalten werden, während die Türkei genau das zu verhindern bestrebt war und nach wie vor ist. Gestärkt durch die Er-

¹⁰ Siehe etwa Cumhurbaşkanı Erdoğan: Kuzey Suriye istemeyiz (Staatspräsident Erdoğan: Wir wollen kein Nordsyrien), 27. 1. 2015, www.radikal.com.tr/politika/cumhurbaskani-erdogan-kuzey-suriye-istemeyiz-1280702.

folge in Rojava setzte die PKK darauf, mithilfe der YDG-H den Krieg in die Städte und Provinzen im Südosten der Türkei hineinzutragen, wo die Unterstützung für die PKK und HDP groß ist, unter anderem in Şırnak, Cizre, Yüksekova, Mardin, Hakkâri und Diyarbakır. Mit dieser Gewaltstrategie versuchte die PKK, die kurdische Bevölkerung in der Türkei zu einem Aufstand anzustacheln und die Regierung dazu zu bringen, die in mehreren Gebieten im Südosten ausgerufenen Selbstverwaltung endlich zu akzeptieren. Das Kalkül der PKK ging nicht auf: Der Staat schlug mit exzessiver Gewalt zurück, indem er betroffene Provinzen und Städte bombardierte, monatelange Ausgangssperren verhängte, viele Orte zu speziellen Sicherheitsregionen erklärte und den medialen Zugang komplett kappte.

Der Städtekrieg hielt monatelang an, bis im Frühsommer 2016 die Regierung die Kontrolle wieder erlangte. Ferner verschärfte der Krieg die staatliche Repression nicht nur im Umfeld der PKK, sondern im gesamten kurdisch-politischen Bereich und hatte zahlreiche Verhaftungen und Verbote von Einrichtungen und Medien zur Folge. Die von der PKK erhoffte Unterstützung aus der Bevölkerung blieb weitgehend aus, da sie kollektiv zur Zielscheibe der Gewalteskalation wurde.¹¹ Viele Kurden kritisieren die neue Gewaltstrategie der PKK, während sie über das staatliche Vorgehen und die fehlende Solidarität aus dem Westen des Landes zutiefst enttäuscht sind.

Die AKP-Regierung weitete ihren militärischen Konfrontationskurs auch jenseits der türkischen Grenze gegen die PYD und ihren mi-

¹¹ Menschenrechtsorganisationen beanstanden die Kollektivstrafen für die kurdische Zivilbevölkerung, das harte Vorgehen der Armee und Polizei sowie die Missachtung des Rechts auf Leben in den kurdischen Gebieten. Vgl. Berichte von Amnesty International, Amnesty Report 2016, o.D., www.amnesty.de/jahresbericht/2016/tuerkei; dies., Südost-Türkei droht Rückfall in düstere Zeiten der 1990er Jahre, 8.7.2016, www.amnesty.de/2016/7/8/suedost-tuerkei-droht-rueckfall-duestere-zeiten-der-1990er-jahre?destination=node%2F3031. Zur Bilanz des Krieges vom Juli 2015 bis Oktober 2016 siehe Berichte des türkischen Menschenrechtsvereins İHD vom 30.8. und 19.10.2016, <http://hakikatadalethafiza.org/kaynak/dogu-ve-guneydogu-anadolucatismali-ortamlarda-meydana-gelen-insan-haklari-ihalleri-arastirma-raporu-24-temmuz-2015-24-temmuz-2016>. Siehe auch International Crisis Group, The Human Cost of the PKK Conflict in Turkey: The Case of Sur, Crisis Group Europe Briefing 80/2016; Berkay Mandiracı, Turkey's PKK Conflict Veers onto a More Violent Path, 10.11.2016, www.crisisgroup.org/europe-central-asia/western-europemediterranean/turkey/turkeys-pkk-conflict-veers-more-violent-path.

litärischen Arm YPG aus. Am 24. August 2016 startete das türkische Militär gemeinsam mit von ihr unterstützten islamistischen und dschihadistischen Kräften der Freien Syrischen Armee unter dem Codenamen „Schutzschild Euphrat“ eine Militäroffensive in der nordsyrischen Dscharabulus-Region.¹² Sie reagierte damit auf den militärischen Erfolg der YPG, unter deren Führung die Demokratischen Kräfte Syriens mithilfe von US-Luftangriffen im August 2015 die strategisch wichtige Stadt Manbidsch an der Grenze zur Türkei vom IS befreit und unter ihre Kontrolle gebracht hatten. Damit hatte die YPG eine weitere Verbindungslinie des IS zur Türkei abgeschnitten und sich zugleich die Chance erkämpft, in die strategisch wichtige Dscharabulus-Region vorzürücken und eine territoriale Zusammenlegung ihrer Kantone zu erreichen.

Mit der Bodenoffensive wollte die Türkei den Vormarsch der YPG stoppen, die territoriale Zusammenlegung der kurdischen Kantone verhindern und in diesem Gebiet, welches das kurdische Kanton Afrin im Nordwesten vom Rest der übrigen Kantone trennt, de facto eine Sicherheits- und Flugverbotszone errichten.¹³ Die Regierung hatte schon zuvor ein Vorrücken der YPG westlich des Euphrats als ihre „rote Linie“ bezeichnet und drohte mit allen Mitteln den Vormarsch zu verhindern.¹⁴ Bereits im Februar 2016 hatte die türkische Luftwaffe Stellungen der YPG nördlich der umkämpften syrischen Stadt Aleppo bombardiert.

DEMONTAGE DER HDP UND DER LOKALEN DEMOKRATIE

Mit der Gewalteskalation geriet vor allem die HDP zunehmend zwischen die Fronten und faktisch ins politische Abseits. Staatspräsident Erdoğan forderte wiederholt die Aufhebung der Immunität

¹² Nach der Eroberung von Dscharabulus weitete das türkische Militär die Bodenoffensive auf die vom IS kontrollierte nordsyrische, strategisch wichtige Stadt Al-Bab aus.

¹³ Vgl. Murat Kelkitlioğlu, Suriye sınırlarının içerisinde güvenli bölge şehri kurabiliriz (Wir können innerhalb der Grenzen Syriens eine Sicherheitsregion errichten), 7.2.2016, www.aksam.com.tr/ekonomi/suriye-sinirlarinin-icerisinde-guvenli-bolge-sehri-kurabiliriz/haber-487885.

¹⁴ Der Nationale Sicherheitsrat legte im Sommer 2015 die „rote Linie“ fest. Vgl. Fırat'ın batısı kırmızı çizgi (Der Westen des Euphrats ist die rote Linie), 1.7.2015, www.milliyet.com.tr/firat-in-batisi-kirmizi-cizgi/siyaset/detay/2081424/default.htm.

von HDP-Abgeordneten mit der Begründung, dass „Handlanger der PKK“ im Parlament nichts zu suchen hätten. So hob das türkische Parlament am 20. Mai 2016 mit Unterstützung der kemalistischen Republikanischen Volkspartei und der ultranationalistischen Partei der Nationalistischen Bewegung die Immunität von mehr als einem Viertel der Parlamentsabgeordneten auf. Zwar waren davon alle Parteien betroffen, insbesondere jedoch die HDP. 50 ihrer 59 Parlamentsabgeordneten verloren durch das Gesetz ihre Immunität.

Der nach dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli 2016 verhängte und bis heute andauernde Ausnahmezustand lieferte letztendlich die Handhabe dafür, per Dekret umfassende „Säuberungen“ im gesamten politischen und zivilgesellschaftlichen Spektrum der Kurden vorzunehmen. So wurden am Ende des Sommers 2016 zahlreiche kritische Medien und Zeitungen und im November zudem zivilgesellschaftliche Einrichtungen verboten.¹⁵ Bis zu 14 000 kurdische Lehrerinnen und Lehrer im Südosten wurden suspendiert.

Bei nächtlichen Razzien und unter Blockierung des Zugangs zu sozialen Medien wurden am 4. November die Vorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yükkeddağ sowie zehn weitere Abgeordnete der HDP wegen „Unterstützung des Terrorismus“ festgenommen. Für Demirtaş fordert die türkische Staatsanwaltschaft eine Haft von 142 Jahren, für Yükkeddağ 83 Jahre. Die HDP sprach von „politischer Lynchjustiz“ und setzte daraufhin zeitweilig ihre parlamentarische Arbeit in Ausschüssen und im Plenum aus. Im Zuge der laufenden Antiterroroperationen werden immer wieder HDP-Büros durchsucht und zahlreiche Personen festgenommen, insbesondere nach Terroranschlägen der PKK. So wurden nach den Bombenanschlägen durch die sogenannten Freiheitsfalken Kurdistans am 10. Dezember 2016 in Istanbul mehr als 300 Personen aus dem kurdisch-politischen Spektrum festgenommen.

Die Demontage der HDP läuft derzeit auf Hochtouren. Betroffen sind nicht nur die Führungsriege und Aktivisten der Partei, sondern auch ihr lokaler Ableger, die Demokratische Partei der Regionen (DBP), sowie ihre regierenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die seit Jahren von 65 bis 95 Prozent der türkischen Kur-

¹⁵ Siehe hierzu auch den Beitrag von Kristina Karasu in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

den gewählt werden. Per Dekret wurden im September 2016 in über zwei Dutzend mehrheitlich kurdischen Städten oder Gemeinden mehr als 70 Bürgermeister, Tausende von lokalen Verantwortlichen und Mitglieder der HDP und DBP inhaftiert.¹⁶ Mittlerweile wurden zahlreiche Kommunalverwaltungen unter staatliche Kontrolle gebracht und abgesetzte Bürgermeister durch Treuhänder ersetzt.

Auch der Kampf gegen die HDP auf lokaler Ebene wird mit dem Vorwurf des „Terrorismus“ und der „Bedrohung für die nationale Sicherheit“ begründet: Die lokalen Vertretungen hätten die Gelder aus Ankara zur Unterstützung des Terrorismus verwendet.¹⁷ Die PKK reagierte daraufhin mit mehr Gewalt und weitete ihre Anschläge auf die staatlichen Verwalter und Vertreter der AKP in der Region aus.¹⁸ Durch ihre repressiven Maßnahmen gelingt es der Regierung, die HDP mundtot zu machen und die demokratiepolitischen Errungenschaften der kurdischen Politik insbesondere im Bereich der lokalen Demokratie zu zerstören. Damit werden die Kurden politisch um Jahre zurückgeworfen, während die staatliche Blockade der politischen Partizipation der Kurden durch die Demontage der HDP und der lokalen Demokratie die Eskalation befördert.

SUBSTANZIELLE INTERESSENDIVERGENZEN

Die gewachsene Rivalität zwischen Ankara und der erstarkten PKK beziehungsweise PYD im Selbstverwaltungsgebiet Rojava sowie grundlegende Interessengegensätze hatten einen entscheidenden Einfluss darauf, dass der fragile Friedensprozess endgültig zusammenbrach. *Erstens* lief der Prozess ohne einen offiziell formalisierten „Friedensplan“, also eine Art Roadmap, der den gesamten Prozess inhaltlich und zeitlich strukturiert und gleichzeitig beide Seiten zu bestimmten

¹⁶ Am 26. Oktober 2016 wurden die Bürgermeister von Diyarbakır Fırat Anlı und Gülten Kışanak verhaftet.

¹⁷ Vgl. İçişleri Bakanlığı, 28 belediyeye kayyum atandığını açıkladı (Das Innenministerium kündigte an, dass 28 Bezirksverwaltungen unter staatliche Treuhänder gestellt sind), 11.9.2016, www.sabah.com.tr/gundem/2016/09/11/icisleri-bakanligi-28-belediyeye-kayyum-atandi.

¹⁸ Am 9. Oktober 2016 töteten PKK-Milizen den stellvertretenden AKP-Vorsitzenden vom Distrikt Özalp in der Provinz Van und am 10. Oktober den AKP-Vorsitzenden vom Distrikt Dicle in Diyarbakır.

Maßnahmen verpflichtet hätte. Folglich stockte der Friedensprozess, und beide Seiten richteten ihr Handeln primär nach strategischen Kalkülen aus, um ihre militärische Handlungsfähigkeit zu erweitern. So stellte die Regierung während des Friedensprozesses neue sogenannte Dorfschützer ein und forcierte den Bau neuer Militärstationen, Sicherheitsstrecken und sogenannter Sicherheits-Staudämme, was wiederum den Verdacht auf kurdischer Seite bestätigte, dass die Regierung den Friedensprozess lediglich als Instrument zur Machtkonsolidierung und Eindämmung der kurdischen Autonomiebestrebungen nutzte.¹⁹ Die durch die militärischen Erfolge in Rojava gestärkte PKK baute währenddessen ihre städtischen Strukturen aus, wappnete sich quasi für einen Städtekrieg und erklärte in einigen Gebieten ihre Selbstverwaltung.

Zweitens vertreten beide Seiten Positionen, die diametral entgegengesetzt sind und Kompromisse erschweren. Grundsätzlich will die Regierung eine bedingungslose Entwaffnung der PKK. Sie lehnt weitere Zugeständnisse ab und will gleichzeitig vermeiden, dass die PKK beziehungsweise PYD im Zuge dieses Prozesses an Legitimation hinzugewinnt. Sowohl Staatspräsident Erdoğan als auch die Regierung sind der Überzeugung, dass die bislang verabschiedeten Reformen zur Stärkung der individuellen Freiheiten und der Nutzung der Sprache ausreichen. Sie lehnen föderale oder autonome Formen der Selbstverwaltung, das Recht auf Erziehung in kurdischer Sprache sowie die Beobachtung und das Monitoring der Verhandlungen durch Dritte strikt ab. Für die kurdische Seite (Öcalan, PKK-

¹⁹ Allein 2013 beschloss die Regierung den Bau von insgesamt 341 neuen Militärstationen und stellte 2000 neue Dorfschützer ein. Vgl. İnsan Hakları Derneği Geri Cekilme ve çözüm Sürecini İzleme Komisyonu bir yıllık süreci değerlendirme Raporu (Jahresbericht der Kommission der IHD zur Beobachtung des Rückzugs und des Lösungsprozesses), 8.5.2014, www.ihddiyarbakir.org/UserFiles/38789908-05-2014-geri-cekilme-yildonumu-aciklama.pdf. Das Dorfschützersystem wurde 1985 unter dem damaligen Staats- und Ministerpräsident Turgut Özal eingeführt. Dabei handelt es sich um Milizen, die aus überwiegend der Türkei gegenüber loyal stehenden kurdischen Stämmen gebildet wurden, um diese gezielt im Kampf gegen die PKK einzusetzen. Seither werden sie vom Staat bewaffnet, ausgebildet und bezahlt. Auch die AKP-Regierung hielt dieses Milizensystem bei und weitete es aus. Im Oktober 2016 entschied die Regierung, 5000 neue Dorfschützer einzustellen und den bisherigen Begriff „Dorfschützer“ durch „Sicherheitsschützer“ zu ersetzen. Nach Angaben des Türkischen Präsidialamtes waren 2015 in insgesamt 22 Städten 45880 Dorfschützer tätig, und 1620 wurden bislang bei den Kämpfen getötet.

Führung und HDP) sind diese Forderungen hingegen unverzichtbar. Sie will grundsätzlich eine „demokratische Lösung“ innerhalb der Türkei durch eine Stärkung von Autonomie und Dezentralisierung erreichen. Aus kurdischer Sicht sind vor allem drei Forderungen von vitaler Bedeutung, über die ein weitgehender Konsens innerhalb der kurdischen Politik und Zivilgesellschaft besteht: die verfassungsmäßige Anerkennung der kurdischen Identität, das Recht auf Erziehung in Kurdisch im staatlichen Erziehungssystem sowie die Stärkung der lokalen und regionalen Selbstverwaltung, was mit „demokratischer Autonomie“ umschrieben wird.

Bereits 2007 unterbreitete die Vorgängerpartei der HDP einen Vorschlag, in dem das Konzept der „demokratischen Autonomie“ konkretisiert wurde. Der Vorschlag sah den Aufbau einer föderalen Staatsstruktur und Einteilung in 20 bis 25 Regionen mit eigener Regierung und eigenem Parlament vor. Weitere Forderungen der kurdischen Seite sind unter anderem die Auflösung des Dorfschützersystems, die Abschaffung des Antiterrorgesetzes und der Zehnprozenthürde, die Freilassung politischer Häftlinge und Öcalans. Schließlich besteht die kurdische Seite auf einem formalisierten Friedensprozess mit Verpflichtungen für beide Seiten. Dies sollte im Rahmen der Zehnpunkteerklärung von Dolmabahçe durch die Einschaltung Dritter und die Beteiligung des Parlaments gewährleistet werden. Zur Beobachtung und zum Monitoring der Verhandlungen sollte ein unabhängiges Komitee gebildet werden, um die beschlossenen Maßnahmen unabhängig zu prüfen und zu bewerten sowie um einer einseitigen Interessenkalkulation der Konfliktparteien vorzubeugen. Aus Sicht der PKK könne erst dann die endgültige Waffenniederlegung stehen, wenn diese Bedingungen erfüllt und im Rahmen einer neuen Verfassung verankert sind.

AUSBLICK

Bislang ist noch kein Ende der Gewalt in Sicht. Jenseits der unterschiedlichen Zielvorstellungen ist davon auszugehen, dass der Ausgang der Rivalität zwischen der Türkei und der PKK in Syrien und im Irak darüber entscheidet, ob der Friedensprozess wieder aufgenommen wird. Allerdings ist ein Friedensprozess unter Ausschluss der PKK und der HDP, wie ihn die Regierung anstrebt, nicht zu erreichen. Ein erneuter Friedens-

prozess braucht wirksame Mechanismen wie das Monitoring, um drohenden Gefahren rechtzeitig entgegenzuwirken.

Gleichwohl ist eine dauerhafte Lösung des Konfliktes mit der Gewährung individueller und kultureller Freiheiten allein nicht möglich. Denn die Frage um die politische Zukunft der Kurden ist im Kern eine historische Erblast der Friedensregelungen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Zerfall des Osmanischen Reiches. Weil die Kurden als Verlierer weder Autonomie noch Staatlichkeit erhielten, sind die Nachbeben der Friedensregelung auch gegenwärtig besonders deutlich zu spüren. Die Bestrebungen der Kurden um Autonomie und Selbstbestimmung sind historisch gewachsen und können nicht ignoriert werden. Als Grundlage für jedwede Konfliktlösung ist die Anerkennung der kurdischen Bestrebungen unabdingbar. Nur mit einer solchen Herangehensweise hat die türkische Regierung eine Chance, die Gewalt endgültig zu beenden. Dazu braucht es nicht nur politischen Willen, sondern auch neue Wege der Machtverteilung, um eine Lösung durch mehr Autonomie zu erzielen. Derzeit ist die Regierung jedoch von einem solchen Ansatz weit entfernt.

GÜLISTAN GÜRBEY

ist Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Friedens- und Konfliktforschung, Defekte Demokratien, De-facto-Staaten, internationaler Minderheitenschutz, die Türkei, Zypern und Kurdistan.
dapir@web.de

DIE WAHRHEIT HINTER GITTERN

Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei

Kristina Karasu

„Wer nicht gegessen hat, wird nicht Schriftsteller genannt“ – an diese türkische Redensart erinnert sich der Journalist Can Dündar in seinen Aufzeichnungen aus dem Gefängnis von Silivri.⁰¹ Unterdrückung kritischer Journalistinnen und Autoren hat lange Tradition in der Türkei. Doch einen so massiven Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit, wie ihn das Land seit dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 erlebt, hat es in der Republik noch nicht gegeben. Zahlreiche Journalisten sitzen in Haft, 157 Medien wurden verboten. Wer noch Widerspruch wagt, wird als Terrorist oder Landesverräter diffamiert. Dündar, der seit Juni 2016 im Exil in Deutschland lebt, ist dafür nur das bekannteste Beispiel.

Seit Jahren versucht die Regierung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan, kritische Medien und Stimmen zu unterdrücken, und sie bedient sich dabei einer Reihe wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Druckmittel. Von der einst lebendigen, vielfältigen türkischen Medienlandschaft ist wenig übrig geblieben. Die meisten Zeitungen und TV-Sender sind mittlerweile auf Regierungslinie, während die wenigen verbliebenen unabhängigen Medien, wie etwa die Tageszeitung „Cumhuriyet“, ums Überleben kämpfen. Laut der Organisation Reporter ohne Grenzen befindet sich die Türkei weltweit beim Thema Pressefreiheit nur noch auf dem 151. von 180 Plätzen.⁰² Die politischen Ereignisse von 2016 haben dazu massiv beigetragen.

PUTSCHVERSUCH UND AUSNAHMEZUSTAND

Am 15. Juli 2016 begannen Teile des türkischen Militärs einen Putschversuch, bei dem über 260 Menschen ums Leben kamen – die meisten von ihnen waren Zivilisten, die sich den Putschisten entgegengestellt hatten. Die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) machte die Bewegung des in den USA lebenden islami-

schen Predigers Fethullah Gülen für den Putschversuch verantwortlich – die meisten Türkinnen und Türken teilen diese Meinung. Die Gülen-Bewegung präsentiert sich insbesondere im Westen als moderate islamische Bewegung mit dem Fokus auf Bildung. In der Türkei gilt sie jedoch auch unter Oppositionellen als Sekte, die seit Jahrzehnten den Sicherheits- und Justizapparat des Landes unterwandert, aber auch im Bereich Medien große Macht besitzt beziehungsweise besaß.⁰³ Die Regierung bezeichnet sie mittlerweile als „Fethullahistische Terrororganisation“, kurz FETÖ.

So gab es zunächst kaum Proteste, als die Regierung wenige Tage nach dem Putschversuch den Ausnahmezustand ausrief und mit harter Hand gegen mutmaßliche Gülen-Anhänger vorgeing. Tausende Gülen-nahe Militärs, Polizisten, Richter und Geschäftsleute wurden festgenommen. Schulen, Krankenhäuser und Unternehmen mit Verbindung zur Bewegung wurden verstaatlicht und auch Dutzende Gülen-nahe Medien verboten und ihre Mitarbeiter verhaftet. In ihrer Trauer und Wut über den blutigen Putschversuch hielten viele Türken das Vorgehen für legitim, obwohl dabei auf Rechtsstaatlichkeit kaum Wert gelegt wurde. Die Justiz unterschied nicht zwischen wirklichen Putschisten, bloßen Sympathisanten der Gülen-Bewegung oder Autoren, die lediglich zuweilen für ein Gülen-nahes Medium schrieben – in den Augen der türkischen Justiz waren alle schuldig.

Doch dabei blieb es nicht: In den folgenden Wochen und Monaten nutzte die Regierung den Ausnahmezustand, um auch andere ihnen missliebige Medien und Stimmen per Dekret zu verbieten, insbesondere prokurdische und linke Medien. So wurden 2016 laut einem Bericht der Türkischen Journalistenvereinigung (TGC) insgesamt 157 Medienorgane verboten und geschlossen.⁰⁴

Eines davon war der kleine sozialistische Fernseh- und Radiosender „Hayatın Sesi“ mit Sitz in Istanbul. Am 1. Oktober 2016 wurde seine

Schließung angeordnet und seine komplette Einrichtung und Technik beschlagnahmt. Ihm wurde die Unterstützung der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) vorgeworfen. Der Vorwurf sei absurd, erklärt Programmkoordinator Arif Koşar „Wir haben Gewalt und Terror immer verurteilt. Doch darum geht es nicht. Wer es wagt, noch irgendetwas gegen die Regierung zu sagen, wird zum Terroristen erklärt.“⁰⁵ Die Entscheidung sei für ihn daher kaum überraschend gewesen, sondern das Resultat monatelangen politischen und wirtschaftlichen Drucks. Eine Chance auf Verteidigung habe „Hayatın Sesi“ nicht gehabt – weder habe es ordentliche Ermittlungen noch ein Gerichtsverfahren gegeben.

Zugleich schreckt die türkische Regierung bislang nicht davor zurück, oppositionelle Politikerinnen, Journalisten, Schriftstellerinnen und Wissenschaftler jeder Couleur zu inhaftieren. Im Juli 2016 wurde die maximale Dauer der Untersuchungshaft von vier auf 30 Tage verlängert. Während der Haft ist es den Gefangenen nur selten erlaubt, ihre Anwälte zu sehen. Schon die Anklageschrift eines Staatsanwalts genügt für eine Haft von bis zu fünf Jahren, bevor der Prozess überhaupt beginnt. Überfüllte Gefängnisse und der massive Umbau des Justizsystems lassen jede Hoffnung auf schnelle und faire Prozesse schwinden. Angst und Ungewissheit ersticken jeden journalistischen Mut. „2016 wird als Jahr in Erinnerung bleiben, in dem der Präsident der Türkei versuchte, alle kritischen und unabhängigen Medien im Land zum Schweigen zu bringen“, erklärt Emma Sinclair-Webb, die Türkei-Beauftragte der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch.⁰⁶

Unter den Festgenommenen befanden sich viele prominente Autoren – etwa die weltbekannte Schriftstellerin Aslı Erdoğan. Weil sie Mitglied im Beirat der prokurdischen Tageszeitung „Özgür

Gündem“ war, für die sie regelmäßig Kolumnen schrieb, wirft man ihr vor, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein. Dabei ist sie als feinsinnige Autorin bekannt, die sich stets für Frieden und gesellschaftlichen Dialog eingesetzt hat. Sie musste trotz gesundheitlicher Probleme über vier Monate in Untersuchungshaft verbringen, bevor am 29. Dezember 2016 ihr Prozess begann. Sie wurde zunächst aus der Untersuchungshaft entlassen, jedoch nicht freigesprochen. Der Prozess soll fortgesetzt werden, und ihr droht lebenslange Haft.

Am selben Tag wurde der prominente Journalist Ahmet Şık in Istanbul festgenommen. Er gilt als einer der wichtigsten Investigativjournalisten des Landes. Ihm wurde vorgeworfen, in seinen Artikeln und Tweets Propaganda für die PKK, die linksextremistische Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front und die Gülen-Bewegung betrieben zu haben. Die Anklage mutet absurd an, denn nicht bloß verfolgen alle drei Organisationen höchst unterschiedliche Ideologien, Şık gilt auch als scharfer Kritiker aller drei. Insbesondere mit seinen Recherchen über die illegalen Strukturen der Gülen-Bewegung machte er sich in der Türkei einen Namen und saß deswegen 2011 sogar ein Jahr in Untersuchungshaft, wohl wegen eines Buchmanuskripts, in dem er beschreibt, wie die Gülen-Bewegung systematisch die Sicherheitsbehörden des Landes unterwandert haben soll. Gülen-nahe Staatsanwälte und Richter brachten ihn damals hinter Gitter, davon ist nicht nur Şık überzeugt. Die AKP-Regierung schaute zu, war sie doch damals noch ein enger Verbündeter der Gülen-Bewegung. Diese Partnerschaft prangert Şık bis heute an. Im Sommer 2016 erklärte er, dass er deshalb große Schwierigkeiten habe, Aufträge von türkischen Medien zu bekommen: Journalisten wie er seien derzeit unerwünscht.⁰⁷ An seiner Haltung änderte er nichts – das brachte ihn nun erneut ins Gefängnis.

WIRTSCHAFTLICHE DRUCKMITTEL

Die Einschüchterungsmethoden der türkischen Regierung beschränken sich nicht auf Festnahmen und Schließungen, sondern sind auch in den Redaktionsräumen noch arbeitender Medien zu spüren. Der ebenfalls im europäischen Exil lebende Journalist Yavuz Baydar bezeichnete türkische Nachrich-

01 Can Dündar, *Lebenslang für die Wahrheit. Aufzeichnungen aus dem Gefängnis*, Hamburg 2016.

02 Vgl. Reporter ohne Grenzen (ROG), *Rangliste der Pressefreiheit 2016*, www.reporter-ohne-grenzen.de/rangliste/2016.

03 Siehe hierzu auch den Beitrag von Kristina Dohrn in dieser (*Anm. d. Red.*).

04 Vgl. TGC, *2017 yılında gazetecilik yapabilir olmayı umut ediyorum*, o.D., www.tgc.org.tr/18-slider/1186-tgc-2017-yilinda-gazetecilik-yapabilir-olmayi-umut-ediyoruz.html.

05 Interview mit der Autorin, 1. 11. 2016.

06 Zit. nach Prozess wegen „Terror-Propaganda“, 29. 12. 2016, www.heute.de/-46212976.html.

07 Interview mit der Autorin, 18. 8. 2016.

tenredaktionen schon 2014 als „Freiluftgefängnisse“.⁰⁸ Die Lage der Pressefreiheit sei in der Türkei schon immer schlecht gewesen, insbesondere während der Militärregime, so Baydar. Doch mit wachsender Macht schreckte die AKP-Regierung nicht mehr davor zurück, direkt und offen Einfluss auf die Berichterstattung im Land zu nehmen.

So berichten Redakteure, die lieber anonym bleiben wollen, dass Telefonanrufe der Regierung keine Seltenheit seien. Mittlerweile legendär ist ein Telefonat Erdoğan's, damals noch als Premierminister, mit Erdoğan Demirören, dem Herausgeber der Tageszeitung „Milliyet“, aus dem Frühjahr 2013, dessen Mitschnitt ein Jahr später im Internet auftauchte. Darin beschimpft Erdoğan den Medienmogul wegen eines Enthüllungsberichts über brisante Gespräche zwischen Kurdenpolitikern und dem inhaftierten PKK-Chef Abdullah Öcalan. Weinend verspricht Demirören, die Verantwortlichen des Berichts zu bestrafen. Erdoğan kritisierte die Zeitung auch öffentlich. Als der Journalist Hasan Cemal daraufhin die Enthüllungsgeschichte in einem „Milliyet“-Kommentar verteidigte, wurde er zur Kündigung gezwungen. Demirören ist es auch, der einige Monate später den langjährigen Kolumnisten Can Dündar entließ. Zwei von Tausenden Journalisten, die in den folgenden Monaten und Jahren ihre Jobs verloren. Eine neue Anstellung zu finden, ist für die meisten sehr schwer. Vielen Redaktionen sollen „schwarze Listen“ mit Namen von kritischen Journalisten vorliegen, die man lieber nicht einstellen sollte, wenn man Probleme mit der Regierung vermeiden will.

Doch warum lassen sich türkische Medien-Bosse politisch so unter Druck setzen? Fast 40 Prozent der türkischen Medien gehören acht großen Mischkonzernen, die nicht nur in verschiedene Medientypen investieren, sondern auch in medienfernen Sektoren wie der Bau-, Energie-, Tourismus- und Finanzbranche aktiv sind.⁰⁹ In ihren Medien berichten sie in der Regel so, wie es ihren Geschäftsinteressen nutzt. Das sei das Resultat einer Entwicklung, die schon vor Erdoğan eingesetzt habe, sagt die Publizistin Karen Krüger: „Große Konzerne kauften damals Medi-

en, um durch regierungsfreundliche Inhalte die Chance auf lukrative Regierungsaufträge zu erhöhen. Erdoğan griff diese Idee nach 2002 auf und zwang ihm nahestehende Unternehmer, Medienhäuser zu erwerben. Über die Jahre wurden so aus vormals kritischen Zeitungen und Fernsehsendern Sprachrohre Ankaras.“¹⁰

Bekanntes Beispiel für diese Form wirtschaftlicher Verflechtung ist der Kauf der auflagenstarken Tageszeitung „Sabah“ und des privaten Fernsehsenders Aktüel Televizyonu (ATV). 2013 wurden sie von regierungsfreundlichen Managern des Baukonzerns Kalyon erworben – wohl auf Weisung Erdoğan's. Selbst nicht liquide genug, bildete er zusammen mit anderen Unternehmen einen Kapitalpool zur Finanzierung der Übernahme. Wenig später erhielten Kalyon und die anderen Unternehmen den Zuschlag zum Bau des gigantischen dritten Istanbuler Flughafens. „Sabah“ und ATV gelten mittlerweile als die wichtigsten Sprachrohre Erdoğan's und der AKP-Regierung. Viele Türken bezeichnen diese Medien abschätzig auch als „Pool-Medien“.

Chefredakteure oppositioneller Medien berichten außerdem, dass ihre Anzeigenkunden unter Druck gesetzt werden oder lukrative staatliche Werbeanzeigen nicht mehr in ihren Medien geschaltet werden. Die größte Mediengruppe, Doğan Media Group, zu der unter anderem die Tageszeitung „Hürriyet“ und der Fernsehsender CNN Türk gehören, wurde 2009 zu Steuerstrafen in Milliardenhöhe verurteilt. Sie hatte bis dahin regierungskritisch berichtet, seither sind ihre Kommentare milder geworden.

NAZIS UND PINGUINE

Nicht selten übertragen Dutzende TV-Sender gleichzeitig die Reden des Präsidenten oder Premierministers, während oppositionelle Politiker und unliebsame Themen keinen Sendeplatz erhalten. Am deutlichsten wurde diese Form der Zensur bei den Gezi-Protesten: Als am 31. Mai 2013 in Istanbul Tausende Demonstranten mit Tränengas beschossen wurden, sendete NTV eine Dokumentation über den Nationalsozialismus und CNN Türk eine über Pinguine. Vielen Türken wurde erst da bewusst, wie es um die Medien

08 Yavuz Baydar, *The Newsroom as an Open Air Prison: Corruption and Self-Censorship in Turkish Journalism*, Shorenstein Center on Media, Politics and Public Policy, Discussion Paper 91/2015.

09 Vgl. ROG/Bianet, *Media Ownership Monitor Turkey*, o. O., <http://turkey.mom-rsf.org>.

10 Karen Krüger, *Die Türkei ist unser Land*, in: Dündar (Anm. 1), S. 283–294, hier S. 286.

ihres Landes bestellt ist. Laut Journalisten, die lieber anonym bleiben wollen, führt der politische Druck zur Selbstzensur: „Ein Anruf aus Ankara ist gar nicht mehr nötig, die Redakteure berichten schon von alleine so, wie sie glauben, dass es der Regierung gefällt“, schildert eine leitende Redakteurin.¹¹ Zu groß sei die Angst, den Job oder die Freiheit zu verlieren. Wer sich nicht einschüchtern lässt, muss mit Anklagen rechnen.

Die Türkische Journalistenvereinigung spricht von 839 Journalisten, die 2016 wegen ihrer Veröffentlichungen vor den Richter treten mussten.¹² Die häufigsten Vorwürfe sind Terrorpropaganda, Verunglimpfung der türkischen Nation, Präsidentenbeleidigung, Spionage oder Anstiftung zu Hass und Feindschaft – alles Straftaten, die in der türkischen Gesetzgebung nur vage formuliert sind. Dies hat die Europäische Union wiederholt angeprangert.¹³

Die Kritik an regierungsnahen Medien soll nicht den Eindruck erwecken, oppositionelle türkische Medien seien alle ein Hort des Qualitätsjournalismus. Sie sind es nämlich nur in den seltensten Fällen. Auch ausgelöst durch den Druck von oben verstehen sich viele der verbliebenen kritischen Medien und Journalisten mehr als Kämpfer für ihre eigene Sache denn als unabhängige Berichterstatter. Yavuz Baydar bezeichnet sie treffend als *partisan-media*: Sie sind „das Spiegelbild der regierungsfreundlichen Presse, auch sehr meinungsstark, und sie sehen ihre Aufgaben mehr darin, die Regierung zu attackieren als zu informieren.“¹⁴ Journalistische Grundsätze, wie etwa beide Seiten zu Wort kommen zu lassen oder die Nachricht vom Kommentar zu trennen, werden häufig missachtet. Wie die regierungsnahen Medien nehmen sie es mit der Wahrheit oft nicht so genau. Für das türkische Publikum ist es deshalb umso schwerer, an ausgewogene Informationen zu kommen. Das vertieft die Gräben innerhalb der türkischen Gesellschaft und gefährdet die Demokratie des Landes.

KURDENKONFLIKT

Den staatlichen Druck bekommen vor allem Journalisten zu spüren, die über den Kurdenkonflikt

im Südosten des Landes berichten. Im Sommer 2015 brach der Kampf zwischen der PKK und dem türkischen Staat mit größter Brutalität wieder aus.¹⁵ Der Friedensprozess, den Erdoğan 2013 selbst initiierte, scheiterte. Beide Seiten heizten den Konflikt weiter an, anstatt zu Friedensgesprächen zurückzukehren. Das türkische Militär griff PKK-Stellungen im Nordirak an, PKK-nahe Gruppen erklärten in vielen kurdischen Städten der Türkei ihre Selbstverwaltung und errichteten Barrikaden. Die Sicherheitskräfte reagierten aufs Härteste: Zahlreiche Städte im Südosten der Türkei wurden bombardiert, auf den Straßen tobten heftige Gefechte, und wochenlange Ausgangssperren wurden verhängt. Verliererin in diesem Konflikt war die Bevölkerung, die in den umkämpften Städten ausharrte oder migrieren musste.

In dieser Auseinandersetzung ist der türkischen Regierung eine Presse, die beide Parteien beobachtet und beurteilt, ein Dorn im Auge. Die meisten großen Medien zogen mit und berichteten sehr einseitig, meist nationalistisch und zuweilen kriegstreiberisch über die Kampfhandlungen. Kurdische Journalisten und Reporter, die in die Region reisen, werden beobachtet, Polizeikontrollen und Schikanen sind dabei Routine. Wer kritisch über den Kurdenkonflikt schreibt, egal wie moderat, macht sich rasch zum Terrorverdächtigen. Viele der dort arbeitenden Journalisten fürchten um ihre Freiheit, manche gar um ihr Leben.

Einer von ihnen ist der Fotograf Refik Tekin des prokurdischen Senders İMC TV. Als Tekin im Januar 2016 eine Gruppe von Zivilisten und Politikern filmte, die Tote in der umkämpften Stadt Cizre bergen wollten, eröffneten Sicherheitskräfte das Feuer, „ohne Vorwarnung und obwohl wir weiße Fahnen schwenkten“, so Tekin gegenüber der Deutschen Welle. Obwohl er angeschossen wurde, filmte er weiter: „Wir gerieten nicht ins Kreuzfeuer, sondern wurden von den Polizisten gezielt als Journalisten angeschossen (...) Das kommt davon, wenn man als Kurde und Journalist auch in den regierungsnahen Medien ständig als Staatsfeind hingestellt wird“, sagt er.¹⁶

Auf der anderen Seite soll auch die PKK wenig zimperlich mit unliebsamen Journalisten umgehen:

¹¹ Interview mit der Autorin, 4. 12. 2016.

¹² Vgl. TGC (Anm. 4).

¹³ Siehe hierzu auch den Beitrag von Funda Tekin (Anm. d. Red.).

¹⁴ Baydar (Anm. 8), S. 9.

¹⁵ Siehe hierzu auch den Beitrag von Gülistan Gürbey in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

¹⁶ Zit. nach DW Nachrichten, Kurdische Journalisten zwischen den Fronten, 25. 3. 2016, www.dw.com/de/kurdische-journalisten-zwischen-den-fronten/av-19142878.

Laut Medienberichten entführten PKK-Kämpfer Anfang 2016 drei Reporter der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu und ließen sie erst nach Tagen wieder frei.¹⁷ Mittlerweile berichten türkische Medien kaum noch über den Kurdenkonflikt, weshalb die Bevölkerung vollkommen uninformatiert über die Lage in der Region ist.

Seit Ausrufung des Ausnahmezustands wurden Hunderte Kurdenpolitiker festgenommen – darunter die Führungsriege der prokurdischen Partei HDP – und Dutzende kurdische Bürgermeister abgesetzt. Zudem sind seit dem 15. Juli 2016 zahlreiche zivilgesellschaftliche kurdische Organisationen verboten und fast alle kurden-nahen Medien geschlossen. Der kurdischen Seite wurde damit jeder Zugang zur Öffentlichkeit genommen. „Die Situation ist entsetzlich“, so eine Journalistin aus dem Kurdengebiet gegenüber der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch: „Jeder Journalist, der in der Region arbeitet, schaut sich nun nach anderen Jobs um. Jeder hat Angst. Der Druck ist immens. Es gibt viele Dinge über die man berichten sollte, aber es gibt keine Medien mehr, in denen man das veröffentlichen könnte.“¹⁸

FREIHEIT IM INTERNET?

Im Zuge der Pressezensur hat das Internet in der Türkei zunehmend an Bedeutung gewonnen. Internetportale wie „T24“, „Diken“ oder „Bianet“ berichten über Themen, die etablierte Medien verschweigen. Besonders wichtig sind die Social-Media-Kanäle: 53 Prozent der Türken nutzen sie regelmäßig, rund 35 der knapp 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger sind aktive Facebook-Nutzer. So wurden auch die meisten Informationen über die Gezi-Proteste über Facebook und Twitter verbreitet.

Allerdings wird auch hier die Meinungsfreiheit zunehmend beschnitten. Anklagen wegen kritischer Posts nehmen ebenso zu wie die Sperrung von Internetseiten. Gängiges Zensurmittel sind Nachrichtensperren: Insbesondere nach Ter-

roranschlägen werden sie beinahe routinemäßig von der Regierung verhängt, angeblich um die Ermittlungen nicht zu behindern und Panik in der Bevölkerung zu verhindern. Häufig werden dann Facebook und Twitter vorübergehend gesperrt. Doch auch bei unangenehmen Themen greift die türkische Regierung zu diesem Mittel: etwa beim AKP-Korruptionsskandal 2013 oder beim Missbrauchsskandal um einen Lehrer der islamischen, regierungsnahen Ensar-Stiftung, der 45 Kinder missbraucht haben soll. Es herrscht kein Zweifel: Die Regierung will darüber entscheiden, über was und wie berichtet wird – ob in den etablierten Medien oder im Netz.

AUSBLICK

„Mittlerweile sitzen so viele gute und erfahrene Journalisten in türkischen Gefängnissen, dass sich dort eine ziemlich gute neue Zeitung machen ließe.“¹⁹ Damit bringt die „Zeit“-Journalistin Özlem Topcu die Lage der türkischen Presse auf den Punkt. Mit Ironie, Erfindungsgeist und Mut versuchen einige türkische Journalisten, die schweren Zeiten zu überstehen. Doch solange sich das politische Klima nicht ändert, der Ausnahmezustand nicht aufgehoben wird und kein faires Rechtssystem greift, stehen der türkischen Presse- und Meinungsfreiheit weiterhin dunkle Tage bevor. Im Frühjahr 2017 soll die Bevölkerung über die Einführung eines Präsidialsystems abstimmen, das alle Macht in Präsident Erdogans Händen vereinen soll. Doch ohne freie Medien wird die Bevölkerung nur schwer eine durchdachte Entscheidung über die Zukunft ihres Landes treffen können.

KRISTINA KARASU

arbeitet als freie Journalistin und Filmemacherin in Istanbul. Sie ist Türkei-Korrespondentin von „eurotopics“.
mail@kristina-karasu.com

¹⁷ Vgl. Birgün, AA: 3 muhabirimiz PKK'lilar tarafından kaçırıldı, 21. 2. 2016, www.birgun.net/haber-detay/aa-3-muhabirimiz-pkk-lilar-tarafindan-kacirildi-104367.html.

¹⁸ Zit. nach Silencing Turkey's Media. The Government's Deepening Assault on Critical Journalism, 15. 12. 2015, www.hrw.org/report/2016/12/15/silencing-turkeys-media/governments-deepening-assault-critical-journalism.

¹⁹ Özlem Topcu, Stachel im Fleisch, 31. 12. 2016, www.zeit.de/politik/ausland/2016-12/pressefreiheit-tuerkei-journalist-festnahme-ahmet-sik.

ERDOĞAN UND DIE „FROMME GENERATION“

Religion und Politik in der Türkei

Markus Dreßler

Die Genese des türkischen Säkularismus führt bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück.⁰¹ Schon vor der Etablierung eines säkularen Staates in der frühen Republik Türkei bewegte die Frage des Verhältnisses von Religion und Politik osmanische Staatsmänner und muslimische Intellektuelle. Im Folgenden werden die wesentlichen Stationen dieser Auseinandersetzung nachgezeichnet: von der Entstehung des türkischen Säkularismus über die Etablierung des kemalistischen Laizismus bis hin zur aktuellen Religionspolitik der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), die anhand verschiedener aktueller Spannungsfelder verdeutlicht wird. So offenbaren sich trotz inhaltlicher Gegensätze zwischen der postkemalistischen jungen Republik Türkei und der AKP-Ära auch erstaunliche Parallelen.

SÄKULARISIERUNG IM OSMANISCHEN REICH

Im späten Osmanischen Reich war die religionspolitische Debatte geprägt von den Auswirkungen des Nationalismus, der den Vielvölkerstaat seit dem frühen 19. Jahrhundert bedrohte und dem sich zunächst insbesondere christliche Völker des Balkans zuwandten. Teilweise als Reaktion auf diese Bedrohung wurden in der Reformperiode zwischen 1839 und 1876, die unter dem Namen „Tanzimat“ zusammengefasst wird, erstmals allgemeine Bürgerrechte formuliert und die Gleichheit aller Osmanen unabhängig von der Religionszugehörigkeit garantiert. Säkularisierungsmaßnahmen bezogen sich im ausgehenden Osmanischen Reich vor allem auf das Rechtssystem. Dieses wurde stärker zentralisiert und zivile Gesetzbücher nach europäischem Vorbild schrittweise adaptiert. Dabei wurde das bestehende islamische Rechtssystem jedoch nicht abgelöst, sondern vielmehr säkulares und religiöses

Recht miteinander kombiniert, sodass man hier von der Herausbildung eines pluralen Rechtssystems sprechen kann.⁰²

Säkularisierende Reformen erreichten einen ersten Höhepunkt unter dem jungtürkischen Regime des Komitees für Einheit und Fortschritt, das die letzten zwei Dekaden des Osmanischen Reichs politisch dominierte. Als Nationalisten brachten die Jungtürken gegen Ende des Ersten Weltkriegs, in den sie das Reich an der Seite Deutschlands geführt hatten, eine Reihe historischer Reformen auf den Weg. Ein 1917 verabschiedetes Reformpaket verfügte über vier Punkte, welche die höchste staatlich anerkannte Autorität des osmanisch-sunnitischen Islams, den Scheichülislam, betrafen: *Erstens* sollte der Scheichülislam aus dem Kabinett ausgeschlossen werden. *Zweitens* sollten die bisher unter seiner Oberaufsicht befindlichen Scharia-Gerichtshöfe dem Justizministerium übertragen werden. Die Verwaltung der religiösen Stiftungen, die ihm bisher ebenfalls unterstellt waren, sollte *drittens* in ein neues Ministerium verlegt und *viertens* die Verwaltung und Aufsicht über die religiösen Seminare, gleichfalls bisher dem Scheichülislam unterstellt, an das Erziehungsministerium abgegeben werden.⁰³

ETABLIERUNG DES KEMALISTISCHEN LAIZISMUS

Oft wird angenommen, dass die türkische Republik 1923 nach der Zerschlagung des Osmanischen Reichs infolge des Ersten Weltkriegs und dem anschließenden Türkischen Befreiungskrieg zwischen 1919 und 1922 als säkularer Staat gegründet worden ist. Diese Vorstellung geht einher mit der Annahme, dass der neue Staat von Beginn an radikal mit den politischen Traditionen des Osmanischen Reichs gebrochen hätte. Jedoch ist

SÄKULARISIERUNGSMASSNAHMEN IN DER TÜRKISCHEN REPUBLIK

- 1922 Abschaffung des Sultanats
- 1923 Ausrufung der Republik
- 1924 Abschaffung des Kalifats; Säkularisierung des Erziehungssystems (religiöse Schulen und Seminare werden geschlossen); Schließung des Ministeriums für Islamisches Recht und Fromme Stiftungen; Gründung des Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten
- 1925 Schließung der Sufi-Orden und Konvente; Verbot sufischer Praktiken und Titel sowie traditionell-religiöser Bekleidung
- 1926 Einführung des gregorianischen Kalenders; Schließung der Scharia-Gerichtshöfe; Annahme europäischer Vorlagen von Zivil-, Straf- und Handelsrecht
- 1928 Austausch der Arabischen durch Lateinische Schrift; Verfassungsänderung: Islam ist nicht mehr Staatsreligion
- 1937 Einführung des Laizismus als Verfassungsprinzip

dies eine stark vereinfachte Deutung komplexer historischer Sachverhalte. Zunächst war der neue Staat nämlich noch stark von den politischen Strukturen des Osmanischen Reichs geprägt. Artikel zwei der Verfassung von 1924 verdeutlicht dies: „Die Religion der türkischen Republik ist der Islam.“ Die Säkularisierung der Republik erfolgte schrittweise im Kontext der kemalistischen Kulturrevolution (*Kasten*). Artikel zwei wurde erst 1928 durch eine Verfassungsänderung gestrichen. 1937 wurde die Republik dann auch in der Verfassung als laizistisch definiert.

Konservativen Bürgern waren nicht nur die Geschwindigkeit und Radikalität der Reformen ein Dorn im Auge, sondern auch die religions skeptische, bisweilen gar religionsfeindliche

01 Säkularismus kann dabei als Überbegriff für politische Programme verstanden werden, welche die Rolle von Religion in Staat und Gesellschaft klar definiert und beschränkt sehen möchten und dies als eine Voraussetzung für die Modernisierung eines Landes ansehen.

02 Siehe Avi Rubin, *Ottoman Nizamiye Courts. Law and Modernity*, New York 2011.

03 Vgl. Markus Dressler, *Rereading Ziya Gökalp. Secularism and Reform of the Islamic State in the Late Young Turk Period*, in: *International Journal of Middle Eastern Studies* 47/2015, S. 512–518.

Haltung, die diese oft begleitete. So erklärte der Begründer der türkischen Republik Mustafa Kemal, der spätere Atatürk: „Wir werden nicht vom Himmel oder von unsichtbaren Dingen, sondern direkt vom Leben inspiriert!“⁰⁴ Der religionskritische Vorbehalt der jungtürkischen Ideologie trat im frühen Kemalismus wieder deutlich zutage. Dies zeigte sich auch im türkischen Säkularismus oder Laizismus, der vom französischen Modell inspiriert war und einen Pfeiler des kemalistischen Reformprogramms bildete.⁰⁵

Im Namen des Laizismus wurde der Staat säkular legitimiert, das Recht vollständig säkularisiert und die Religion der Politik untergeordnet, dabei vom Staat organisiert und kontrolliert. Religion wurde weitestgehend aus dem öffentlichen Leben verbannt und öffentliche Religionspraxis außerhalb der Organisation des Staates untersagt. Die Möglichkeiten zur islamischen Unterweisung wurden drastisch reduziert und zwischenzeitlich sogar die Schulen zur Imam-Ausbildung geschlossen. Sufische Ordenstraditionen und alevitische Religionspraktiken wurden gänzlich verboten. Die Marginalisierung sufischer Traditionen sowie der sich vom Sunnitentum abgrenzenden Aleviten ist Ausdruck der angestrebten Homogenisierung legitimer islamischer Religionspraxis. Damit erhob man einen modern-säkular ausgerichteten, sunnitisch-hanafitischen und türkischen Islam de facto zur Staatsreligion. Schließlich wurde die Religion als gemeinschaftsfördernde Identität dem Nationalismus untergeordnet und der Islam nun fast nur noch über seine unterstützende Rolle bei der Schaffung eines türkischen Nationalbewusstseins gewürdigt.⁰⁶

RELIGIONSPOLITIK IN DER REPUBLIKGESCHICHTE

In den Jahrzehnten zwischen der stark von Atatürk geprägten Frühphase der Republik und den 1990er Jahren, in denen die islamistische Bewegung zur führenden politischen und gesell-

04 Atatürk, *Söylev ve Demeçler (Speeches and Statements) 1919–1938*, Bd. 1, Istanbul 1945, S. 389.

05 Vgl. Matthias Koenig, *Religiosität in laizistischen Staaten. Frankreich und die Türkei im Vergleich*, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), *Woran glaubt die Welt? Analysen und Kommentare zum Religionsmonitor 2008*, Gütersloh 2009, S. 387–409.

06 Zur frühen Entwicklung des türkischen Laizismus siehe Umut Azak, *Islam and Secularism in Turkey: Kemalism, Religion and the Nation State*, London 2010.

schaftlichen Kraft avancierte, hat sich die Türkei stark verändert. Schon in den späten 1940er Jahren wurde das rigide Laizismusverständnis des frühen Kemalismus schrittweise aufgeweicht. Dies ist beispielsweise an den ausgeweiteten Befugnissen des staatlichen Präsidiums für Religionsangelegenheiten (Diyanet) zu sehen. Das Diyanet war 1924 geschaffen worden, um die durch die Auflösung der Institution des Scheichülislam entstandene Lücke zu füllen – allerdings mit weitaus weniger Kompetenzen. Wichtigste Aufgabe des Diyanet war die Organisation der öffentlichen Belange islamischer Religionspraxis. Nachdem ihm 1931 zunächst wichtige Aufgabenbereiche wie die Oberaufsicht über den Moscheebetrieb abgenommen worden waren, erhielt er diese 1950 wieder zurück. Die Behörde erfuhr in dieser Zeit ihre erste wesentliche öffentliche Aufwertung.

Der Staat begann im Zuge der Demokratisierung nach dem Zweiten Weltkrieg, die positiven Aspekte der Religion für die nationale Moral und Identität hervorzuheben. Die in der frühkemalistischen Phase verbreitete religionskritische Haltung wich einem pragmatischeren Umgang, bei dem das Hauptaugenmerk darauf lag, die religiösen Bedürfnisse der Bevölkerung kontrolliert zu befriedigen und den nationalistischen Einheitsstaat zu stärken. Dabei blieb die Religion nationalistisch inspirierten staatlichen Interessen untergeordnet, was ein wesentliches Charakteristikum des türkischen Laizismus ist. Dies zeigte sich in zugespitztem Maße auch nach dem Militärputsch 1980, als die sogenannte Türkisch-Islamische Synthese (TIS) zur inoffiziellen neuen Ideologie des Staates wurde. Während der Kemalismus eine Verbindung zwischen der westlichen Moderne und dem türkischen Nationalismus anstrebte, bemüht sich die TIS, Letzteren symbiotisch mit einer sunnitisch-islamischen Identität zu verknüpfen.

Die Militärjunta und die nachfolgenden zivilen Regierungen der 1980er Jahre sahen in der systematischen Stärkung islamischer Institutionen ein Mittel gegen die Polarisierung in rechts- und linksradikale Flügel, die in den späten 1970er Jahren zu anarchischen Zuständen geführt hatten, die dann die Militärintervention von 1980 legitimierten. So förderten sie den Ausbau der Fachschulen für Moscheepersonal – die İmam-Hatip-Schulen – und den Bau von Moscheen. In keiner Phase der Republik wurden in der Türkei so vie-

le neue Moscheen gebaut wie zwischen 1980 und 1999, insgesamt mehr als 27 000.⁰⁷

Mit Unterstützung der neuen islamfreundlichen Staatsräson gelang es der islamischen Bewegung, allmählich aus ihrem Mauerblümchendasein herauszutreten.⁰⁸ Ihr Anführer war der in Deutschland promovierte Ingenieur Necmettin Erbakan, der schon Ende der 1960er Jahre die islamistische Bewegung Millî Görüş gegründet hatte. Ihren politischen Durchbruch feierte sie in den 1990er Jahren mit der 1983 gegründeten Wohlfahrtspartei (RP). Unter der charismatischen Führung Erbakans gewann sie bei den Kommunalwahlen 1994 wichtige Großstädte. Als neuer Bürgermeister der Metropole Istanbul betrat Erbakans Zögling Recep Tayyip Erdoğan erstmals die große politische Bühne. Bei den Parlamentswahlen 1995 wurde die RP stärkste Partei und Seniorpartner einer Regierungskoalition.

Die folgenden 15 Jahre waren geprägt von harten Konflikten zwischen der Staatsbürokratie, dem Militär und der Justiz, die allesamt dem kemalistischen Erbe verpflichtet waren, auf der einen Seite und der im Aufwind befindlichen islamischen Bewegung, die gleichberechtigten Zugang zu staatlichen und gesellschaftlichen Positionen einforderte, auf der anderen Seite. Gleichzeitig entwickelten sich in der anatolischen Provinz ein konservativ-religiöses Unternehmertum und eine fromme Mittelschicht, welche die kemalistische Leitkultur infrage stellten. Die religiöse Bewegung um den Prediger Fethullah Gülen fand hier ihre Basis. Während Erbakans islamistischer Diskurs als Bedrohung der laizistischen Republik wahrgenommen wurde, instrumentalisierte der Staat die vermeintlich unpolitische Gülen-Bewegung gegen den Islamismus und erlaubte ihre Ausbreitung in seinen Organen.⁰⁹

Am 28. Februar 1997 diktierte der vom Militär dominierte türkische Sicherheitsrat Erbakan und seiner Regierung einen Maßnahmenkatalog,

07 Auskunft des Präsidiums der Türkischen Nationalversammlung auf eine Anfrage von Asım Aykan vom 26. 3. 2005, www2.tbmm.gov.tr/d22/7/7-5454s.pdf.

08 Vgl. Günter Seufert, *Politischer Islam in der Türkei. Islamismus als symbolische Repräsentation einer sich modernisierenden Gesellschaft*, Istanbul 1997.

09 Vgl. ders., *Überdehnt sich die Bewegung von Fethullah Gülen? Eine türkische Religionsgemeinde als nationaler und internationaler Akteur*, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studien 23/2013. Siehe hierzu auch den Beitrag von Kristina Dohrn in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

der sich gegen die islamische Bewegung richtete. Im Sommer trat Erbakan vom Ministerpräsidentenamt zurück, und im Januar 1998 wurde die RP verboten. Nachdem auch ihre Nachfolgerpartei, die Tugendpartei, 2001 vom Verfassungsgericht geschlossen worden war, spaltete sich die Bewegung. Der gemäßigte Flügel gründete unter Erdoğan Anleitung im gleichen Jahr die AKP, die schon im folgenden Jahr die Parlamentswahlen gewann und seither die türkische Politik dominiert.¹⁰ Erdoğan mauserte sich in dieser Zeit zum charismatischen und alleinigen Anführer der islamischen Bewegung, die ihm bis heute bedingungslos folgt.

SPANNUNGSFELDER AKTUELLER TÜRKISCHER RELIGIONSPOLITIK

Diyamet

Zu Beginn der Regierungsübernahme der AKP war deren Verhältnis zum Diyanet, das die Kontrolle des öffentlichen Islams im Namen des Laizismus verkörperte, sehr angespannt. Nach dem Staatsstreich 1980 war dem Diyanet eine wichtige Funktion bei der Integration radikaler politischer Kräfte im Sinne der nun propagierten TIS zugewiesen worden. Außerdem erhielt es auch internationale Aufgaben, wie zum Beispiel die Unterstützung des Baus türkischer Moscheen in Europa und die religiöse Betreuung der türkischen Diaspora.¹¹

Über parteinahe Stellenbesetzungen gelang es den AKP-Regierungen, das Diyanet schrittweise stärker an sich zu binden. In den vergangenen Jahren wurde es immer weiter ausgebaut und seine Kompetenzen erweitert. Heute hat das Diyanet fünf Hauptaufgaben. Die Bezeichnungen lauten: Religiöse Dienste, Religiöse Erziehung, Wallfahrtswesen, Religiöse Publikationen und Außenbeziehungen. Das Präsidium bietet unter anderem Korankurse an, verfasst die Freitagspredigten, entsendet Prediger, Imame und Muezzins an die von ihr unterhaltenen Moscheen. Über ein breites Netzwerk aus Organisationen übernimmt es mittlerweile eine religiöse Botschafterfunktion gegenüber islamischen Staaten – vor allem ehemals osmanischen

10 Auch der weiterhin Erbakan und Milli Görüş verpflichtete islamistische Flügel formierte sich in einer neuen Partei, die jedoch rasch an Bedeutung verlor.

11 Vgl. Ahmet E. Öztürk, Turkey's Diyanet Under AKP Rule. From Protector to Imposer of State Ideology?, in: Southeast European and Black Sea Studies 16/2016, S. 619–635, hier S. 627.

Ländern, um die sich die AKP besonders bemüht. Dies stößt auch auf Kritik: Die Juristin und Sozialwissenschaftlerin İstar Gözaydın hat die Internationalisierung der Aufgaben des Diyanet unlängst als Ausdruck einer kulturimperialistischen Neigung der „neuen Türkei“ interpretiert.¹²

Während sich das Diyanet vor der Ära der AKP primär dem Staat und der laizistischen Ordnung verpflichtet sah und als staatliche Institution auch eine gewisse Unabhängigkeit von wechselnden Regierungen besaß, änderte sich dies im vergangenen Jahrzehnt. Das Diyanet ist mittlerweile das wichtigste Instrument für die religiöse Legitimation der AKP-Politik.¹³ Nach dem gescheiterten Militärputsch vom Juli 2016 half es bei der Denunzierung der Putschisten und der Gülen-Bewegung, die rasch als dessen Drahtzieher ausgemacht wurde.

Die AKP verfolgt mittlerweile ein postkemalistisches Projekt, das sich nicht am Laizismus orientiert, sondern die religiös-konservative Umgestaltung der Gesellschaft in Einklang mit osmanischer Politiktradition und islamischen Werten anstrebt. Das Projekt wird bisweilen unter dem Begriff „neue Türkei“ präsentiert.¹⁴ Hat das Diyanet in der Vergangenheit noch ein laizistisches Islamverständnis religiös legitimiert, so unterstützt es heute die politische Führung des Landes bei deren islamistischem Projekt, insbesondere bei der anvisierten Schaffung einer „frommen Generation“.

Islamisierung des öffentlichen Raums

Zwischen 2005 und 2015 stieg die Zahl registrierter Moscheen nach Angaben des Diyanet von 77777 auf 86762.¹⁵ Der Fokus der Islamisierungspolitik liegt jedoch woanders. Mit dem Ziel der Schaffung einer „neuen Türkei“, aufgebaut auf einer „frommen Generation“, werden seit 2011 islamische Praktiken und Symbole von der Regierung sowie lokalen AKP-Stadtverwaltungen gezielt gefördert,

12 Zit. nach Kadri Gürsel, Turkey's Official Islamic Body Extends Influence Abroad, 11.3.2015, www.al-monitor.com/pulse/en/originals/2015/03/turkey-official-islamic-body-cultural-imperialism.html. Vgl. auch Gözde Kazaz, İstar Gözaydın: Diyanet'in tekel olmaması gerekir, 14.5.2015, www.agos.com.tr/tr/yazi/11580/istar-gozaydin-diyanetin-tekel-olmaması-gerekir.

13 Vgl. Öztürk (Anm. 11).

14 Vgl. Cengiz Çandar, Erdoğan'ın 'Yeni Türkiye'si'ne giriş ..., 13.8.2014, www.radikal.com.tr/yazarlar/cengiz-candar/erdogan-yeni-turkiyesine-giris-1206516.

15 Diyanet, Cami sayısı, o.D., www.diyamet.gov.tr/UserFiles/CKUpload/Upload/istatistik_2016/2_1_cami_sayisi.xls.

während als unislamisch und moralisch verwerflich betrachtete Praktiken unter Beschuss geraten.¹⁶

Der Begriff „fromme Generation“ etablierte sich in den vergangenen fünf Jahren zu einem der wichtigsten programmatischen Slogans der AKP. Gegen die an westlichen Wertvorstellungen ausgerichtete kemalistische Moderne gerichtet, steht der Begriff für konservative Sitten- und Moralvorstellungen sowie politische Loyalität gegenüber der von Erdoğan angeführten islamischen Bewegung.¹⁷ Die „fromme Generation“ soll primär über religiöse Erziehung, Koranschulen und das öffentliche Schulsystem geschaffen werden. Der AKP gilt die Vermittlung von religiösem Wissen und religiösen Werten als Voraussetzung für die Charakterbildung und Erziehung frommer und verantwortungsvoller Bürger in einem konservativen Sinn. Aus Sicht der AKP haben nicht zuletzt die Gezi-Protteste 2013 die Notwendigkeit einer religiösen Grunderziehung für Kinder und Jugendliche drastisch vor Augen geführt.¹⁸

Gleichzeitig wurden die Imam-Hatip-Schulen für Mittel- und Oberstufe, ursprünglich Fachschulen für zukünftiges Moscheepersonal, aufgewertet und qualifizieren nun wie herkömmliche Schulen für die zentralisierten Universitätseignungsprüfungen. Ihr Ausbau geht zu Ungunsten säkularer Schulen, deren Anteil am Schulbetrieb in den vergangenen Jahren schrittweise reduziert wurde. Die Zahl der in Imam-Hatip-Schulen eingeschriebenen Schülerinnen und Schüler stieg von 65 000 im Jahr 2002 auf über eine Million 2015. Gleichzeitig wurde in den vergangenen Jahren auch der Religionsunterricht in allgemeinen Schulen ausgeweitet, 2015 wurden die Wahlfächer „Leben des Propheten“ und „Koran“ dem Lehrplan hinzugefügt.¹⁹ Die Zahl registrierter Korankurse stieg von knapp über 13 000 im Schuljahr 2012/13 auf über 15 000 2014/15.²⁰

16 Vgl. Demet Lüküslü, *Creating a Pious Generation. Youth and Education Policies of the AKP in Turkey*, in: *Southeast European and Black Sea Studies* 16/2016, S. 637–649.

17 Vgl. Svante E. Cornell, *The Islamization of Turkey: Erdoğan's Education Reforms*, 2.9.2015, www.turkeyanalyst.org/publications/turkey-analyst-articles/item/437-the-islamization-of-turkey-erdo%C4%9Fan%E2%80%99s-education-reforms.html.

18 Siehe Lüküslü (Anm. 16), S. 644.

19 Vgl. Cornell (Anm. 17).

20 Vgl. Turkish Statistical Institute, *Yaygın Eğitim İstatistikleri. Non-Formal Education Statistics 2012/13*, Ankara 2014, S. 154; *Diyanet İşleri Başkanlığı, Kur'an Kursları İstatistik Bilgileri*, 15.11.2015, www.dinihaberler.com/diyanet/diyanet-isleri-baskanligi-kuran-kurslari-istatistik-bilgileri-h84295.html.

Dass die Islamisierungspolitik der AKP System hat und das politische Projekt der AKP in diesem Sinne als „islamistisch“ bezeichnet werden kann, ist kaum mehr von der Hand zu weisen.²¹ Der türkischen Soziologin Demet Lüküslü zufolge basiert die Jugendpolitik der AKP, verbunden mit deren Projekt, die kemalistische Meistererzählung durch eine türkisch-islamische zu ersetzen, „auf der Idee eines existenziellen Kampfes zwischen Christentum und Islam, wobei die Türkei und das Osmanische Reich die Avantgarde des letzteren“ repräsentierten.²² Während sich viele konservativ-sunnitische Staatsbürger in dieser neuen Geschichts- und Weltdeutung wiederfinden, ist sie insbesondere für säkular orientierte Teile der Bevölkerung befremdlich. Diese fürchten um ihren Lebensstil, ihre sozioökonomische Stellung und ihren politischen Einfluss in einer sich islamisierenden Türkei.

Religionsfreiheit und Kopftuch

War Freiheit *von* Religion eine wichtige Leitidee des kemalistischen Laizismus, so haben sich in den vergangenen Jahrzehnten sowohl Vertreter der islamischen Bewegung als auch liberale Eliten für das Ideal der Freiheit *für* Religion stark gemacht. Die Diskussion um aktive Religionsfreiheit wurde dabei vor allem über das Kopftuch geführt. Nach der Republikgründung war die Einführung westlicher Kleidungsnormen ein wichtiger Bestandteil der kemalistischen Kulturrevolution und sollte die Modernität der Türkei auch nach außen, dem Westen gegenüber, verdeutlichen. Der türkischen Religionssoziologin Alev Çınar zufolge war in der Logik des Kemalismus „die Entschleierung des weiblichen Körpers das ultimative Zeichen der Emanzipation der Frau und der Befreiung der Nation“.²³ Gleichwohl wurde erst seit den 1980er und vor allem in den 1990er Jahren die Kopftuchfrage zu einem weite Teile der Gesellschaft polarisierenden Politikum. In dieser Zeit wurde das Kopftuch, auch infolge der Debatten um seine Legitimität, zu einem Symbol der islamischen Bewegung.

21 Vgl. Ayhan Kaya, *Islamisation of Turkey Under the AKP Rule. Empowering Family, Faith and Charity*, in: *South European Society and Politics* 20/2015, S. 47–69.

22 Lüküslü (Anm. 16), S. 642.

23 Alev Çınar, *Modernity, Islam, and Secularism in Turkey. Bodies, Places, and Time*, Minneapolis 2005, S. 63.

Betrachtete der kemalistische Laizismus Religion in der Öffentlichkeit als ein Problem, so wurde der Islam in der postkemalistischen AKP-Ära zu einem positiven öffentlichen Orientierungspunkt für Fragen der Moral und der Politik. Das Kopftuchverbot an Schulen und Universitäten wurde schon 2011 aufgehoben. Mittlerweile besteht es nur noch für Richterinnen und Staatsanwältinnen. Mit der Anerkennung von mehr positiver Religionsfreiheit unter der AKP – wenn auch hauptsächlich auf die Bedürfnisse praktizierender sunnitische Muslime ausgerichtet – hat sich die Kopftuchdebatte in der Türkei weitgehend erledigt: Die Legitimität des Kopftuchs in der Öffentlichkeit wird heute auch von oppositionellen Kräften kaum noch infrage gestellt. Kleidung und öffentliches Verhalten können jedoch weiterhin zu sozialen Konflikten führen. Die heute viel diskutierte Frage ist, inwiefern sich Frauen, die sich nicht an konservative Kleidungsnormen halten, sozialem Druck ausgesetzt sehen und nun ihrerseits diskriminiert werden. Welche Kleidernormen und welches soziale Verhalten in der Öffentlichkeit sozial akzeptabel sind, bleibt dabei in starkem Maße abhängig von örtlichen Sozialstrukturen.

Aleviten und nichtmuslimische Minderheiten

Religionsfreiheit ist auch für Aleviten sowie für die nichtmuslimischen Minderheiten der Türkei ein wichtiges Thema. Als sozio religiöse Gemeinschaft, die zwar historisch enge Verbindungen zu Randsträngen der islamischen Religionstradition aufweist, aber nicht auf diese reduziert werden kann, und deren Zuordnung zum Islam deshalb umstritten ist, waren die Aleviten in besonderer Weise von homogenisierender Religionspolitik betroffen.²⁴ Der türkische Staat hat immer versucht, die Aleviten – rund zehn bis 15 Prozent der Bevölkerung – zu assimilieren, wobei sich die Assimilationsstrategien mit der Zeit veränderten. Alevitische Religionspraxis war 1925 im Zuge des Verbots der Sufi-Orden und ihrer Praktiken als illegitim erklärt worden. Danach haben sich viele Aleviten in der sunnitisch dominierten Öffentlichkeit aus Furcht vor Diskriminierung nicht als solche zu erkennen gegeben.

²⁴ Vgl. Markus Dreßler, Die Aleviten. Eine Religionsgemeinschaft im Spannungsfeld türkischer Politik, 4.9.2014, www.bpb.de/184986.

Seit den späten 1980er Jahren erlebt die Türkei parallel zur Formierung einer sunnitisch-islamischen Bewegung auch den Beginn einer alevitischen Renaissance, die sich im Aufbau lokaler bis hin zu transnationalen alevitischen Organisationen und in dem Bau von *cemevis*, zunächst vor allem in den Städten, niederschlug. *Cemevis* sind wichtige soziale Räume für die Aleviten, in denen diese auch ihr wichtigstes Ritual feiern, die „Feier der Gemeinschaft“. Die Entstehung einer aktiven alevitischen Öffentlichkeit war nicht zuletzt auch Produkt eines zunehmenden Bedrohungsempfindens unter der alevitischen Bevölkerung, vor allem nach dem Brandanschlag von Sivas am 2. Juli 1993, bei dem während eines alevitischen Festivals ein aufgewiegelter Mob ein Hotel in Brand setzte, in dessen Folge 37 Menschen ums Leben kamen.

Aleviten fordern, dass der Staat sie im Sinne der Gleichberechtigung genauso unterstützt wie die sunnitischen Muslime. Über materielle Aspekte hinaus verlangen sie auch die symbolische Anerkennung, und hier ist die Frage des Status der *cemevis* von großer Bedeutung. In der Türkei werden nur Moscheen, Kirchen und Synagogen als Gebetshäuser anerkannt. In ihrer Ablehnung der Gleichstellung der Aleviten mit den Sunniten, symbolisch reflektiert in der Nichtanerkennung der *cemevi*, steht die AKP in kemalistischer Tradition. Die Regierung kann sich hier auf die Unterstützung des Diyanet verlassen, aus dessen Sicht das Alevitentum keine eigenständige Religion ist, sondern eine „heterodoxe“ Spielart des Islams. Was das Alevitentum vom Sunnitentum unterscheidet, seien dabei nicht religiöse Faktoren, sondern seine spezifisch „kulturelle“ Färbung. Da der Islam keine anderen Gebetshäuser anerkenne, sei auch für die Aleviten, da Muslime, die Moschee das einzig legitime Gebetshaus, so die Argumentation des Diyanet.

Der Syrienkrieg hat die Situation für die Aleviten insofern verschärft, als von Erdoğan und anderen führenden AKP Politikern gelegentlich eine ideologische Nähe der Aleviten der Türkei zu dem Regime von Baschar al-Assad, selbst Alawite, unterstellt wird. Allerdings gibt es zwischen den Aleviten der Türkei und den Alawiten Syriens weder religionsgeschichtlich noch politisch eine große Nähe.

Das Beispiel der Diskussion um die Legitimität der religiösen Andersartigkeit der Aleviten zeigt, dass auch die AKP am religiösen Einheits-

diskurs der kemalistischen Tradition festhält und keine Pluralität innerhalb der türkischen Religionsnation zulässt. Die Grenzen der Nation werden nach wie vor primär über die Religion definiert. Im Vergleich zu den Aleviten ist die Lage der nichtmuslimischen Minderheiten insofern etwas besser, als deren Religion anerkannt wird, auch wenn die Religionsfreiheit eingeschränkt bleibt. Es leben allerdings nur noch rund 100 000 Christen (vornehmlich Armenier, Griechen und Syrer) und knapp 17 000 bis 18 000 Juden in der Türkei. Die Situation der nichtmuslimischen religiösen Minderheiten schien sich in den ersten Jahren der AKP-Regierung zunächst zu verbessern, und es gab Hoffnung auf einen weiteren Abbau bestehender Diskriminierungen. Da sie weniger als religiöse Bedrohung denn, historisch bedingt, als Feinde der Nation angesehen werden, wirkt sich erstarkender Nationalismus in der Türkei wie in der gegenwärtigen Phase jedoch immer auch negativ auf Nichtmuslime aus.

ERSTAUNLICHE PARALLELEN

Trotz aller Unterschiede finden sich auch erstaunliche Parallelen zwischen dem kemalistischen Staats- und Gesellschaftsmodell der frühen Republik und der postkemalistischen Ordnung der AKP-Ära. In beiden ist der Glaube, das unbedingt Richtige für die türkische Gesellschaft zu wissen, und daraus abgeleitet der Auftrag, diese entsprechend umzuformen, Legitimationsgrundlage eines Projekts kultureller und politischer Erneuerung.²⁵ Beide Modelle basieren auf einem exklusiven nationalistischen Ideal, das auf die eigene Bewegung und ihren charismatischen Führer (Atatürk respektive Erdoğan) projiziert wird, der damit zum Symbol des Projekts als Ganzes wird.

Auch in Bezug auf den Laizismus lässt sich feststellen, dass dieser von der AKP in bestimmten wichtigen Aspekten umdefiniert, keineswegs aber gänzlich abgeschafft wurde. So ist die Türkei zumindest insofern auch heute noch ein säkulares Land, als der Staat weiterhin ohne Bezug auf Religion legitimiert wird und trotz der Islamisierungspolitik unter der AKP die Religion bisher prinzipiell dem Politischen untergeordnet bleibt.

Nach wie vor wacht das Diyanet über islamische Religionspraxis im öffentlichen Raum. Eine Kontinuität zur kemalistischen Politiktradition zeigt sich jenseits der Religionspolitik auch im zunehmenden Autoritarismus, der von Erdoğan verkörpert wird und inzwischen totalitäre Züge angenommen hat.

Den beschriebenen strukturellen Parallelen steht ein starker inhaltlicher Gegensatz zwischen der kemalistisch-laizistischen Türkei der Vergangenheit und dem postkemalistischen Projekt gegenüber. Während die Kemalisten eine an der Symbolfigur Atatürk und am westlichen Lebensstil orientierte laizistische Gesellschaft anstrebten, geht es bei dem islamistischen Ideal der AKP um die Formung einer der islamischen Bewegung und ihrem Anführer Erdoğan gegenüber loyalen „frommen Generation“. Die Bedeutung der Religion in der Öffentlichkeit wird schrittweise erhöht, und politische und staatliche Repräsentanten bedienen sich mehr und mehr religiöser Rhetorik und Symbole.

Die politische Zukunft der Türkei und das Ausmaß ihrer Islamisierung ist sowohl von innen- als auch von außenpolitischen Entwicklungen abhängig. Der nach den Parlamentswahlen im Juni 2015 wieder ausgebrochene und seither das Land erschütternde offene Krieg zwischen der türkischen Armee und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), das Zerwürfnis der AKP mit der Gülen-Bewegung und der gescheiterte Putsch vom Juli 2016, das türkische Engagement im Syrienkrieg, der Terror durch den sogenannten Islamischen Staat sowie die Flüchtlingskrise und das dadurch weiter verkomplizierte Verhältnis der Türkei zur EU sind alles Faktoren, die sowohl die Zukunft der türkischen Demokratie als auch den Raum und die Rolle der Religion in der türkischen Politik und in der türkischen Öffentlichkeit beeinflussen werden.²⁶

MARKUS DRESSLER

ist Religionswissenschaftler und Mitarbeiter der DFG-Kollegforschergruppe „Multiple Secularities – Beyond the West, Beyond Modernities“ an der Universität Leipzig.
markus.dressler@uni-leipzig.de

²⁵ Vgl. Armağan Çağlayan, Diyanet toplum mühendisliği yapıyor!, 17.1.2016, www.radikal.com.tr/yazarlar/armagan-caglayan/diyanet-toplum-muhendisligi-yapiyor-1498724.

²⁶ Vgl. Günter Seufert, Die Türkei als Partner der EU in der Flüchtlingskrise, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Comments 1/2016.

DIE GÜLEN-BEWEGUNG

Entstehung und Entwicklung eines muslimischen Netzwerks

Kristina Dohrn

Wohl kaum eine Person ist in der Türkei so umstritten wie Fethullah Gülen, ein muslimischer Prediger und als solcher charismatisches Zentrum eines weltweit aktiven Netzwerks, das bis vor kurzem die wohl einflussreichste religiöse Bewegung des Landes war. Von seinen Anhängerinnen und Anhängern respektvoll *hoccefendi* (verehrter Lehrer) genannt, von seinen Gegnern als Bedrohung der staatlichen Ordnung der Republik Türkei bezeichnet, inspiriert Gülen eine Vielzahl an Personen, die danach streben, seine Ideen in rund 160 Ländern in den Bereichen Bildung, Medien, Wirtschaft und Wohltätigkeit umzusetzen.

Dieses globale Netzwerk, das als Gülen-Bewegung oder *hizmet* (Dienst) bezeichnet wird, prägt sowohl die Türkei und ihre transnationalen Beziehungen als auch die Bildungslandschaften zahlreicher anderer Länder. Gleichzeitig könnte die Bewegung unterschiedlicher nicht bewertet werden: In Publikationen seiner Sympathisanten wird Gülen als leidenschaftlicher Befürworter des interreligiösen und interkulturellen Austauschs dargestellt. Die von ihm ausgehende Bewegung wird dabei häufig als eine lose und unkoordinierte Gruppe von Freiwilligen präsentiert, die sich weltweit für Dialog und Toleranz engagiert. Kritiker beschreiben Gülen hingegen als islamistischen Ideologen, der über ein strikt organisiertes Wirtschafts- und Medienimperium regiert und dessen Bewegung den Sturz der säkularen Ordnung der Türkei anstrebt.

Seit Jahrzehnten bietet die Gülen-Bewegung ihren Anhängerinnen und Anhängern eine feste Verankerung in muslimischer Frömmigkeit sowie soziale und ökonomische Mobilität. Sie entwickelte sich in den 1980er Jahren zu einer der einflussreichsten muslimischen Bewegungen der Türkei. In der konservativen Demokratie der seit 2002 regierenden Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) spielte die Gülen-Bewegung eine zentrale Rolle im Machtkampf zwischen neu-

en muslimisch-konservativen und den alten kemalistischen Eliten: In der Bewegung fließen muslimische Frömmigkeit und Nationalismus, sozialer Konservatismus und globaler ökonomischer Einfluss zusammen. Die Allianz zwischen der AKP Recep Tayyip Erdoğans und der Gülen-Bewegung begann 2013 zu bröckeln, und es entfaltete sich ein politischer und sozialer Machtkampf. Insbesondere seit dem gescheiterten Militärputsch vom 15. Juli 2016, für den die AKP-Regierung Fethullah Gülen und die Gülen-Bewegung verantwortlich macht, wurden zahlreiche Gülen-nahe Institutionen in der Türkei geschlossen. Anhängerinnen und Anhänger sehen sich seither mit einer regelrechten Hetzjagd konfrontiert.

Die politische Situation beeinflusst auch die Bundesrepublik Deutschland, das Land, in dem nach der Türkei die meisten Türkinnen und Türken leben. Der türkische Staat versucht sein Ziel, der Gülen-Bewegung ein Ende zu setzen, auch hierzulande voranzutreiben, und die türkische Community ist gespalten: Eltern melden ihre Kinder von Schulen ab, die von Gülen inspiriert sind, und es wird zum Boykott von Geschäften aufgerufen, deren Besitzer sich zu Gülens Anhängerschaft zählen. Die politisch aufgeladene Situation sowie widersprüchliche mediale Berichterstattungen und Bilder machen eine nuancierte Auseinandersetzung mit den Ursprüngen der Bewegung, ihrer Entwicklung, Organisationsstruktur sowie mit dem Konflikt zwischen der Gülen-Bewegung und der AKP erforderlich.

FETHULLAH GÜLEN UND DIE ENTSTEHUNG DER GÜLEN-BEWEGUNG

Fethullah Gülen wurde 1941 in der ostanatolischen Provinz Erzurum geboren.⁰¹ Sein religiöses Wirken nahm in den 1960er Jahren seinen

Anfang, als er sein Amt als staatlicher Imam und Prediger des türkischen Präsidiums für Religionsangelegenheiten und später als Lehrer einer Koranschule in der westtürkischen Stadt Edirne antrat. In einem ihm befremdlichen republikanisch-laizistischen Umfeld begann Gülen neben seinen Predigten in der lokalen Moschee islamische Ideen und Grundsätze durch Verteilen von islamischer Literatur zu verbreiten. Eine große Rolle spielten hierbei die Werke des kurdischen Gelehrten Said Nursi (1877–1960), die einen starken Einfluss auf Gülens Denken hatten und bis heute in der Bewegung gelesen und studiert werden.⁰²

Der eigentliche Wendepunkt zu einer eigenen Bewegung vollzog sich in Izmir, wohin Gülen 1966 versetzt wurde und wo er die Tätigkeiten als Imam und Koranlehrer fortführte. Inspiriert von seiner alltagsnahen Lesart der Schriften Said Nursis bildete sich um Gülen ein Netzwerk von jungen Männern; später kamen auch Frauen dazu. Durch die Ernennung zum Imam für die gesamte türkische Ägäisregion – ein Amt, das mit ausgedehnten Predigt- und Vortragsreisen verbunden war – hielt Gülen bald emotionale Predigten in der gesamten Region vor einem zunehmend größeren Publikum. Darin thematisierte er die Herausforderungen einer sich modernisierenden Türkei, was er mit dem Aufruf zu muslimischer Frömmigkeit verband.

Häufig stand auch sein Bildungsideal im Mittelpunkt der Predigten und Ansprachen. Angesichts aktueller gesellschaftlicher Umbrüche sieht er in Anlehnung an Said Nursi die Menschheit, insbesondere die Jugend, von einem Werteverfall bedroht, weshalb er dafür warb, islamische Ethik mit modernen Naturwissenschaften in Einklang zu bringen. *Hizmet* impliziert für Gülen das Streben, ein idealer Mensch zu werden, der Spiritualität und intellektuelles Wissen, Vernunft und Offenbarung verbindet. Somit bot Gülen eine Alternative zum kemalistischen Diskurs der noch jungen türkischen Republik, in dem Religion und Moderne als Gegensätze postuliert wurden.⁰³ Vor dem Hintergrund dieses Bildungsideals grün-

deten Gülens Anhänger Ende der 1960er Jahre die ersten Sommercamps für Jugendliche sowie Wohngemeinschaften für Studenten, *ışık evleri* (Lichthäuser) genannt; zunächst in Izmir und dann in weiteren größeren Städten der Türkei. Hier sollte den neuen Generationen islamische Bildung, Spiritualität und Disziplin vermittelt werden.⁰⁴

Ende der 1970er Jahre festigte sich die Bewegung; Neben *sobbets* (religiöse Gesprächsgruppen), Predigten in Moscheen und Sommercamps hielt Gülen nun auch öffentliche Vorträge vor Tausenden Menschen in vielen anderen Städten der Türkei. Die Großveranstaltungen, mit denen er ein nunmehr breites gesellschaftliches Publikum erreichte, wurden als Audio- und Videokassetten aufgezeichnet und im gesamten Land verbreitet und später verschriftlicht. Hierdurch entwickelten sich ein eigenes Netzwerk und eine eigene religiös-soziale Lehrpraxis.⁰⁵

Ab Ende der 1970er Jahre ermutigte Gülen seine nun gefestigte Anhängerschaft zum Engagement im privaten säkularen Bildungssektor. Die neugegründete Stiftung Akyazılı etablierte 1978 in Izmir das erste *dersane*. Hierbei handelt es sich um Nachhilfe-Institute, die auf den zentralen Aufnahmetest türkischer Universitäten vorbereiten. Mit diesen Instituten wurde die Bewegung erstmals in säkularen Bereichen der Gesellschaft aktiv.

AUFBAU VON STRUKTUREN IN MEDIEN, WIRTSCHAFT UND BILDUNG

Dank der türkischen Liberalisierungspolitik der 1980er Jahre entstanden neue gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Freiräume, welche die Bewegung für die Ausweitung ihrer Aktivitäten nutzte. Gülen-Anhänger gründeten zahlreiche säkulare Schulen, die durch ihre Erfolge in landesweiten Bildungswettbewerben stark nachgefragt waren. Zudem wurden Massenmedien und freie Marktwirtschaft zu neuen Bereichen

01 Vereinzelt wird auch 1938 als Geburtsjahr angegeben.

02 Zur Biografie und zum Wirken Said Nursis vgl. Şükran Vahide, *Islam in Modern Turkey: An Intellectual Biography of Bediuzzaman Said Nursi*, Albany 2005.

03 Siehe hierzu auch den Beitrag von Markus Dreßler in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

04 Vgl. Joshua Hendrick, *Gülen: The Ambiguous Politics of Market Islam in Turkey and the World*, New York–London 2013, S. 3; Hakan Yavuz, *Toward an Islamic Enlightenment: The Gülen Movement*, New York 2013, S. 35 f.

05 Vgl. Bekim Agai, *Zwischen Netzwerk und Diskurs. Das Bildungsnetzwerk um Fethullah Gülen* (geb. 1938): *Die flexible Umsetzung modernen islamischen Gedankenguts*, Schenefeld 2004, S. 147 f.

des *hizmet*: Ab Ende der 1980er Jahre gründeten Gülen's Anhänger Zeitungen, Fernseh- und Radiosender sowie Nachrichtenagenturen. Einige dieser Medien richteten sich explizit an eine religiöse Leserschaft – andere gingen weit darüber hinaus, wie etwa die Zeitung „Zaman“, die bis zu ihrer Schließung infolge des gescheiterten Militärputsches 2016 zu den größten Tageszeitungen des Landes gehörte.

Die Aktivitäten der Bewegung stützten sich insbesondere bei der Finanzierung auf ein Netzwerk sozial-konservativer Unternehmer, die von den ökonomischen und sozialen Transformationsprozessen und neugewonnenen Freiräumen profitierten. Bei dieser neuen und in Anatolien verwurzelten wirtschaftlichen Elite liefen traditionell-islamische Moralvorstellungen und ein Streben nach Erfolg in der globalen Marktwirtschaft zusammen, was sich ideal mit Gülen's Rhetorik und den internationalen Zielen der Bewegung vereinbaren ließ. Viele dieser Unternehmer organisierten sich unter dem Dach der Türkischen Konföderation Industrieller und Unternehmer (TUSKON), die sich zum größten Verband privater Unternehmer in der Türkei entwickelte und inzwischen Ableger in vielen Ländern hat, in denen die Gülen-Bewegung aktiv ist. Nach dem Putschversuch 2016 wurde die TUSKON von der türkischen Regierung geschlossen und der politische Druck auf die Ableger im Ausland erhöht.

In den 1980er und 1990er Jahren stand Gülen im Mittelpunkt der türkischen Öffentlichkeit: Mit Unterstützung des Erziehungsministeriums entstanden die ersten ausländischen Bildungseinrichtungen – zunächst auf dem Balkan und in Zentralasien und später weltweit. Dabei gingen die Aktivitäten der Bewegung häufig Hand in Hand mit außenpolitischen Bestrebungen des türkischen Staates. Politiker suchten Gülen's Nähe, um sich Legitimation in islamischen Kreisen zu verschaffen. Gleichzeitig waren Gülen und seine Bewegung immer wieder Gegenstand von Kritik und Verfolgung, allen voran paradoxerweise auch seitens der Staatsmacht: Ihnen wurde vorgeworfen, die säkulare Ordnung der Türkei unterwandern zu wollen. Insbesondere im Kontext der drei Militärputsche in der Türkei (1960, 1971, 1980), kam es immer wieder zu Entlassungen und Festnahmen – auch von Gülen persönlich, der 1971 sieben Monate im Gefängnis verbrachte. Die gleichzeitige Förderung und Ver-

folgung von Gülen und seiner Anhängerschaft kann als Zeichen konkurrierender religionsfeindlicher und proislamischer Politiken innerhalb des türkischen Staates angesehen werden.

1999 erreichte der politische Druck gegen Gülen einen Höhepunkt: Ein Fernsehsender strahlte ihm zugespielte Aufzeichnungen einer Gülen-Rede aus, die seine „wahren“ politischen Absichten enttarnen sollten: Er wurde beschuldigt, mithilfe seiner Anhänger die Republik Türkei durch die Hintertür islamisieren zu wollen. Fast alle Medienhäuser der Türkei sowie Personen aus Politik und Öffentlichkeit, die Gülen zuvor noch unterstützt hatten, wandten sich nun gegen ihn. Gülen befand sich zu dieser Zeit aus – nach eigenen Angaben – medizinischen Gründen in den USA. Damit entging er 2000 nur knapp seiner Verhaftung. Die Anklage wurde 2006 fallengelassen. Dennoch lebt er bis zum heutigen Tag in Pennsylvania, wo er sich von seinem Wohnsitz aus mittels Video- und Audiobotschaften sowie schriftlich an seine weltweite Anhängerschaft wendet.

NETZWERKSTRUKTUR UND ZUGEHÖRIGKEIT

Heute ist die Gülen-Bewegung in fast 160 Ländern aktiv: Es gibt über 1000 säkulare Schulen, Universitäten, Nachhilfe-Einrichtungen, Dialogzentren und Vereine im Bereich der wohl-tätigen Arbeit ebenso ein Netzwerk von Unternehmern, Medien, religiösen Gesprächsgruppen und Wohngemeinschaften. Dabei passt sich die Gülen-Bewegung flexibel an lokale Gegebenheiten an. Die transnationale Vernetzung der Akteurinnen und Akteure, die Autoritätspersonen der Bewegung sowie die Predigten und Schriften Gülen's garantieren den Zusammenhalt und vermitteln das Gefühl, Teil der *cemaat* (Gemeinschaft) zu sein.

Dabei gibt es, was die Zusammensetzung der *cemaat* und die genaue Ausgestaltung der Aktivitäten anbelangt, durchaus Unterschiede in den verschiedenen Regionen der Welt: In der Bundesrepublik wird die Gülen-Bewegung etwa in erster Linie durch Personen vorangetrieben, die in Deutschland geboren beziehungsweise sozialisiert wurden – anders als in anderen Ländern, in denen sich das Netzwerk vor allem durch Personen aus der Türkei trägt. Zudem sind die Schulen der Gülen-Bewegung in Deutschland vor allem

unter türkisch-migrantischen Bevölkerungsgruppen nachgefragt. Gesellschaftlich konnten sie sich noch nicht breit entfalten, was auch auf etablierte Vorurteile gegen „die Gastarbeiter“, „die Türken“ oder „die Muslime“ zurückzuführen ist. In anderen Ländern wie zum Beispiel in Tansania, gehören die Schulen zu den besten und teuersten des Landes. Die türkische Community vor Ort ist klein, und die Schulen werden in erster Linie von tansanischen Schülerinnen und Schülern besucht, sowohl von christlichen als auch muslimischen.⁰⁶

Die verschiedenen von Gülen inspirierten Einrichtungen sprechen eine Vielzahl von Personen mit unterschiedlichen Motivationen an, und ihre Reichweite geht dabei weit über die Kernanhängerschaft Gülens hinaus. Sie werden zwar von Anhängerinnen und Anhängern initiiert und getragen, die von den Ideen Gülens überzeugt sind, sie binden jedoch ebenso Menschen ein, für die Gülens Ideen keine vorrangige Rolle spielen. Teils gibt es etwa Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Gülen-nahen Institutionen, denen Fethullah Gülen und die Bewegung gänzlich unbekannt sind.⁰⁷

Der Soziologe Joshua Hendrick spricht deshalb von einer „strategischen Ambiguität“: Mit ihr sei es der Gülen-Bewegung gelungen, sich in vielen säkularen Bereichen als nicht explizit islamische Gruppe zu verorten.⁰⁸ In der Öffentlichkeit bleibt häufig offen, wie die einzelnen Institutionen genau zur Person und zu den Ideen Gülens stehen. So können wichtige Vertreter ein und derselben Institution ihr Haus als Teil der Gülen-Bewegung beschreiben oder die Rolle Fethullah Gülens auf eine bloße Inspirationsquelle reduzieren und dabei die finanzielle, ideelle und soziale Verzahnung mit anderen Institutionen der Bewegung außen vor lassen. Ebenso kann es vorkommen, dass eine Verbindung zu Gülen und der Bewegung völlig abgestritten wird. Diese Intransparenz war wesentlich für die Verbreitung der Bewegung in dem politisch aufgeladenen Umfeld der Türkei und hat dazu beigetragen, dass sie sich in verschie-

den sozialen, kulturellen und religiösen Kontexten erfolgreich verorten konnte.⁰⁹

Die flexible Organisationsstruktur der Gülen-Bewegung ermöglicht unterschiedliche Formen und Grade der Zugehörigkeit, deren Übergänge dynamisch und fließend sind. Der Kern der Organisation besteht aus Gülens Schülerinnen und Schülern, aus Personen, die in Institutionen der Gülen-Bewegung zentrale Positionen einnehmen, sowie aus weiteren Anhängerinnen und Anhängern, die von den Ideen Gülens inspiriert sind und deren Umsetzung die Maxime in der eigenen Lebensgestaltung ist. Personen, die diesem inneren Kreis der *cemaat* angehören, nehmen an der religiös-sozialen Praxis der Bewegung – Gesprächsgruppen in denen hauptsächlich Gülens Werke gelesen und erörtert werden (*sobhets*) – teil und sind durch enge soziale Beziehungen sowie durch Autoritätspersonen, den *ablas* (älteren Schwestern) und *ağabey*s (älteren Brüdern), miteinander verbunden. Auch die *ışık evleri*, die studentischen Wohngemeinschaften der Bewegung, sowie verschiedene Formen des Moralunterrichts, die rund um von Gülen inspirierte Bildungsinstitutionen organisiert werden und insbesondere für den Nachwuchs der Bewegung relevant sind, gehören zum inneren Kreis.

İşık evleri und Moralunterricht bilden gleichzeitig wichtige Schnittstellen zum nächsten Kreis der Bewegung, zu dem Personen gehören, die gelegentlich an den *sobbet* teilnehmen und von den sozialen und ökonomischen Netzwerken und Bildungsangeboten der Bewegung profitieren und häufig auch in diese eingebunden sind. Diese Personen sind meist aus einem muslimischen und/oder türkischen Umfeld, und sie unterstützen die Bewegung zum Teil durch Spenden. Allerdings sind das soziale Umfeld und die Lebensgestaltung dieses Kreises nicht maßgeblich durch die *cemaat* und Gülens Ideen bestimmt.

Einen weiteren Kreis bilden Personen mit diversen, nicht ausschließlich muslimischen Hintergründen, die mit den Einrichtungen und Initiativen der Gülen-Bewegung sympathisieren. Sie stehen den Idealen und Aktivitäten der Bewegung zwar positiv gegenüber und unterstützen diese gelegentlich symbolisch oder durch Spenden. Sie sind aber weniger eng in das Netzwerk integriert und nehmen nicht an der religiös-sozialen Praxis der Bewegung teil.

06 Vgl. Kristina Dohrn, *Translocal Ethics: Hizmet Teachers and the Formation of Gülen-Inspired Schools in Urban Tanzania*, in: *Sociology of Islam* 1/2014, S. 233–256.

07 Die erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit, die der Gülen-Bewegung spätestens seit dem Putschversuch 2016 entgegengebracht wird, wird dies sicherlich ändern.

08 Siehe Hendrick (Anm. 4.).

09 Vgl. ebd.

Der nächste äußere Kreis fasst letztendlich Personen, welche die verschiedenen Angebote in den Bereichen Bildung, Dialog, Wohltätigkeit, Medien und Wirtschaft nutzen und in diese teils eingebunden sind – sie wissen jedoch nichts von deren Verbindung zu Fethullah Gülen und der Bewegung. Gerade dadurch, dass die islamische Motivation, die den Einrichtungen zugrunde liegt, meist nicht nach außen getragen wird, sprechen sie eine Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren mit unterschiedlichsten Beweggründen an.¹⁰

Die diversen Personen, Aktivitäten und Institutionen der Gülen-Bewegung sind in Form eines losen Netzwerks organisiert. Für die Koordination von Aktivitäten und Personen ist die Autoritätsstruktur von *ablas* und *ağabeys* wichtig. Sie sind für unterschiedliche Bereiche verantwortlich und üben ihre Autorität auf verschiedenen Ebenen aus. So gibt es etwa *ablas*, die in Wohngemeinschaften der Gülen-Bewegung für das soziale Zusammenleben und die religiös-moralische Bildung der Bewohnerinnen verantwortlich sind. Entscheidungen können dabei verschiedene Autoritätsebenen durchlaufen. Neben diesen eng gefassten sozialen Bereichen innerhalb der Wohngemeinschaften gibt es jedoch ebenso *ağabeys*, deren Koordinations- und Verantwortungsbereich ein ganzes Land umfasst und die sich wiederum mit *ağabeys* anderer Länder koordinieren. Hierarchisch höhere Positionen werden dabei ausschließlich von Männern besetzt.

Wichtige *ağabeys* innerhalb der Gülen-Bewegung reisen gelegentlich zu Fethullah Gülen in die USA und nehmen an *sobbets* teil. Auch Frauen haben die Möglichkeit in Pennsylvania, räumlich getrennt von den Männern, einem *sobbet* von Fethullah Gülen zu folgen. Lange Zeit war jedoch die Türkei das organisatorische Zentrum der Gülen-Bewegung. Hier traf man sich regelmäßig, tauschte sich über die Aktivitäten der Bewegung weltweit aus und koordinierte diese: etwa bei Fragen zur Finanzierung oder zur Rekrutierung und Vorbereitung von Lehrerinnen und Lehrern, die in unterschiedlichen Ländern an von Gülen inspirierten Schulen eingesetzt werden. Dies änderte sich durch den Bruch mit der Regierungspartei unter Erdoğan und der Verfolgung der Gülen-Bewegung nach dem gescheiterten Militärputsch im Juli 2016.

¹⁰ Zur Organisationsstruktur der Gülen-Bewegung siehe ebd., S. 120ff. sowie Agai (Anm. 5), S. 361.

DIE GÜLEN-BEWEGUNG UND DIE AKP: VON ALLIIERTEN ZU FEINDEN

Die AKP-Regierung kam unter Erdoğan 2002 an die Macht, und das Netzwerk der Gülen-Bewegung konnte sich zunächst weiter ausbreiten. Die AKP verortete sich in der Tradition einer konservativen Demokratie, die religiöse Frömmigkeit, Marktorientierung und eine demokratische Ordnung zu verbinden suchte. Viele Teile des aufstrebenden Unternehmertums fanden sich hier mit ihren politischen und sozialen Ansichten wieder. Die Schnittstellen mit der sozio-ökonomischen Basis der Gülen-Bewegung waren evident: AKP und Gülen-Bewegung brachten das Entstehen einer neuen muslimischen Mittel- und Oberschicht voran, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der Türkei in Zukunft stark prägen sollte. Gleichzeitig zielten AKP und die Bewegung darauf ab, ihren Einfluss nicht nur in der Türkei zu zementieren, sondern sich auch auf globaler Ebene auszubreiten. Sie unterstützten sich in diesem Vorhaben gegenseitig. Die unterschiedlichen Wurzeln sowie die ideologischen und politischen Differenzen ließ man bald hinter sich, und die Allianz zwischen der AKP und Gülen-Bewegung wurde zu einer der bedeutendsten und einflussreichsten der jüngeren türkischen Geschichte.¹¹

Im Machtkampf zwischen der neuen muslimisch-konservativen und der alten kemalistischen Elite spielte die Allianz eine zentrale Rolle. Mit Unterstützung der AKP konnte die Gülen-Bewegung ihren bereits bestehenden Einfluss in der türkischen Bürokratie, vor allem im Bereich der Polizei, Justiz und des Militärs, ausbauen. Die Allianz gewann insbesondere mit dem Ergenekon-Prozess zwischen 2007 und 2012 an Bedeutung, der den Machtkampf zwischen neuer und alter Elite versinnbildlicht. Der Begriff „Ergenekon“ steht für ein klandestines Netzwerk aus pensionierten und aktiven Militärs, Journalisten, Akademikern und Politikern, denen unter anderem vorgeworfen wurde, die islamisch-konservative AKP-Regierung unter Erdoğan stürzen zu wollen, um die Macht der alten Staatselite aufrechtzuerhalten. In den öffentlich zur Schau gestellten Verfahren

¹¹ Vgl. Günter Seufert, Überdehnt sich die Bewegung von Fethullah Gülen? Eine türkische Religionsgemeinde als nationaler und internationaler Akteur, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 23/2013, S. 15f.

standen mehrere Hundert Verdächtige vor Gericht. Seitens der Opposition wurden gravierende Unregelmäßigkeiten in der Beweisführung sowie fehlende Anklageschriften geltend gemacht, und schon bald stand der Vorwurf im Raum, die Prozesse dienten in erster Linie der Entledigung von Kritikern der neuen politischen Elite, zu der auch die Gülen-Bewegung noch gehörte.¹²

Nachdem die AKP und die Gülen-Bewegung gemeinsam die Macht der alten kemalistischen Staatselite zurückgedrängt hatten, traten ihre ideologischen und politischen Unterschiede in den Vordergrund. Erste Spannungen zeigten sich spätestens 2012 während der Zeit erster Annäherungen zwischen der AKP-Regierung und kurdischen Gruppen, allen voran der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Hakan Fidan, Leiter des türkischen Inlandgeheimdienstes, der geheime Gespräche mit der PKK führte, wurde im Februar 2012 von einem Istanbul Staatsanwalt des „Geheimnisverrats“ beschuldigt.¹³ Die AKP-Regierung sah darin eine politische Aktion, die von Gülen-Anhängern innerhalb der Justiz ausging. Die AKP reagierte mit einem Gesetzesentwurf im März desselben Jahres, der die Nachhilfe-Institute der Gülen-Bewegung verbieten sollte.

Die Spannungen zwischen AKP und Gülen-Bewegung gelangten mit den Korruptionsskandalen vom Dezember 2013 schließlich an ihren Höhepunkt: Insgesamt 53 Personen, darunter hohe Staatsbeamte und Minister, von denen viele zu Erdoğan's engsten Verbündeten gehörten, wurden unter dem Vorwurf der Korruption festgenommen. Auch Erdoğan's Sohn wurde verhaftet. Die AKP sah darin einen orchestrierten Putsch durch Gülen-Anhänger, die Polizei und Justiz unterwandert hätten. Die Allianz zwischen der Gülen-Bewegung und der AKP erreichte damit ihr Ende. Seitdem wächst der Druck auf Anhängerinnen und Anhänger der Bewegung sowie auf Gülen-nahe Institutionen stetig – insbesondere nachdem es der AKP und Erdoğan trotz der brutalen Niederschlagung der Gezi-Proteste im Sommer 2013 und dem Zerwürfnis mit der Gülen-Bewegung gelang, ihre Macht weiter auszubauen.¹⁴

Der gescheiterte Militärputsch vom 15. Juli 2016, für den die AKP-Regierung Fethullah Gülen und die Gülen-Bewegung verantwortlich macht, setzte dem gesellschaftlichen Wirken der Bewegung in der Türkei endgültig ein Ende. Staatspräsident Erdoğan und Ministerpräsident Binali Yıldırım leiteten harte Maßnahmen ein, die mit massenhaften Verhaftungen und Suspendierungen sowie Enteignungen einhergingen. Sämtliche Einrichtungen der Gülen-Bewegung wurden nach und nach geschlossen, um der Bewegung die Grundlage in der Türkei gänzlich zu entziehen. Heute kann bereits eine Übernachtung in einem *ızık evi* zur Verhaftung führen.

SCHLUSS

Säuberungswellen, bei denen Personen zu Tausenden aus dem staatlichen Dienst entlassen wurden, richteten sich allerdings nicht nur gegen Anhängerinnen und Anhänger der Gülen-Bewegung, welche die Regierung nun als „Fethullahistische Terrororganisation“, kurz FETÖ, bezeichnet. Vielmehr wurden in diesem Zuge viele weitere Kritikerinnen und Kritiker der AKP aus dem Verkehr gezogen. Auch außerhalb der Türkei geht die Erdoğan-Regierung gegen die Gülen-Bewegung vor und versucht von Gülen inspirierte Schulen und andere Institutionen auf der gesamten Welt schließen zu lassen – mit unterschiedlichem Erfolg.

Die Entwicklungen seit dem 15. Juli 2016 haben die Gülen-Bewegung maßgeblich verändert: Sie befindet sich derzeit in einem Transformationsprozess, um sich mit den neuen Umständen zu arrangieren. Seit ihrem Entstehen passte sich die Gülen-Bewegung flexibel an politische und soziale Bedingungen an – die heutige Situation stellt allerdings die historisch größte Herausforderung dar.

¹² Vgl. Hendrick (Anm. 4), S. 176 ff.

¹³ Siehe Michael Martens, Kampf gegen die Soldaten des Lichts, 18.12.2013, www.faz.net/-12715816.html.

¹⁴ Zum Zerwürfnis der Allianz zwischen Gülen-Bewegung und AKP siehe Sarah El-Kazaz, The AKP and the Gülen: The End of a Historic Alliance, Crown Center for Middle East Studies, Middle East Brief 94/2015.

KRISTINA DOHRN

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozial- und Kulturanthropologie der Freien Universität Berlin.

kristina.dohrn@fu-berlin.de

QUADRATUR DES KREISES?

Hintergründe der EU-Türkei-Beziehungen

Funda Tekin

Im November 2015 bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der EU die Relevanz der Türkei als wichtiger strategischer Partner und strebten die Wiederbelebung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei an. Im November 2016 empfahl die Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments das Einfrieren der selbigen. Zwischen diesen Momentaufnahmen der EU-Türkei-Beziehungen liegen lediglich zwölf Monate. Diese waren von außen-, innen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen geprägt, welche die Komplexität dieser Beziehungen verdeutlichten. Sie können heute paradoxerweise als so eng, aber auch so schlecht wie schon lange nicht mehr beschrieben werden.⁰¹

Ein gescheiterter Putschversuch, die Umformungsprozesse des Rechtsstaates und eine Serie von Terroranschlägen in der Türkei haben nicht nur die EU-Beitrittsperspektive dieses nun „anderen Landes“ beeinflusst, sondern auch zu diplomatischen Anspannungen zwischen beiden Seiten geführt.⁰² Gleichzeitig binden die sogenannte Flüchtlingskrise und das Übereinkommen zwischen der EU und der Türkei vom 18. März 2016 als wichtigen Baustein des europäischen Krisenmanagements die EU eng an die Türkei. Der schwierige Beitrittsprozess der Türkei zur EU und die Relevanz des Landes als strategischer Partner bilden somit ein grundsätzliches Dilemma der Beziehungen. Ihre Analyse sollte daher auch von der Frage geleitet sein, ob sie als gescheitert gelten können, falls die türkische Beitrittsperspektive ihre Glaubwürdigkeit und Relevanz verliert beziehungsweise gänzlich wegbriecht, oder ob alternative Formen der Beziehungen denkbar wären. Hierfür bieten sich auch die Debatten um den Brexit als Denkmodell an.

WICHTIGER, WENN AUCH NICHT EINFACHER PARTNER

Die Rolle der Türkei als wichtiger strategischer Partner wurde nicht erst im Zusammenhang mit

der Flüchtlingskrise evident. Die Türkei und die EU teilen eine lange und gleichzeitig konfliktreiche Geschichte.⁰³ Darüber hinaus können geostrategische und wirtschaftliche Interessen als wichtige Triebfedern der EU-Türkei-Beziehungen identifiziert werden.

Aufgrund ihrer geografischen Lage gilt die Türkei allgemein als „Tor Europas zum Nahen und Mittleren Osten“, das je nach außen- und sicherheitspolitischer Großwetterlage an Relevanz gewinnt.⁰⁴ Zur Zeit des Kalten Krieges dominierten gegenseitige Sicherheitsinteressen in der Abgrenzung zur Sowjetunion die EU-Türkei-Beziehungen. Die geostrategische Rolle der Türkei musste nach dem Wegfall des Ost-West-Konfliktes Anfang der 1990er Jahre neu definiert werden. Zunehmend wurde eine aktivere türkische Außenpolitik im Sinne eines proaktiven „regionalen Stabilisators“ erkennbar.⁰⁵

In den 2000er Jahren entwickelte die türkische Außenpolitik mit dem Konzept der „strategischen Tiefe“ des damaligen Außenministers Ahmet Davutoğlu einen eigenen Machtanspruch in der Region, der sich auf die historisch-osmanische Vergangenheit der Türkei berief und ein ausgewogenes Verhältnis mit globalen und regionalen Akteuren anstrebte. Der Westen und Europa hofften ihrerseits insbesondere während des sogenannten Arabischen Frühlings, dass die zu der Zeit stabile, islamisch geprägte und gleichzeitig säkulare Demokratie der Türkei ein Vorbild für die Staaten der Region darstellen könnte.

Sowohl die türkischen als auch europäischen geostrategischen Konzepte sind jedoch nicht aufgegangen. Die Türkei konnte bisher kein ausgewogenes Verhältnis zu seinen Nachbarn herstellen, Lösungen für Konflikte in der Nachbarschaft, vor allem in Syrien, sind nicht in Sicht, und die Türkei selbst ist auf dem besten Wege, sich in ein autokratisches System zu verfassung. Darüber hinaus ist nach einer durch den Abschuss eines russischen Kampffjets im November 2015 bedingten

Eiszeit in den türkischen Beziehungen zu Russland aktuell wieder eine Annäherung zwischen diesen Staaten zu beobachten.

Die wirtschaftlichen EU-Türkei-Beziehungen sind stabil und begründen sich in gegenseitigen Interessen. 2015 stieg die Türkei zum vier wichtigsten Handelspartner für EU-Exporte auf und nahm dabei den Platz Russlands ein. Gleichzeitig rückte die Türkei auf den sechsten Platz unter den Lieferanten von EU-Importen vor. In der Regel kommen mehr als 50 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in der Türkei aus den EU-Mitgliedsstaaten. Das gegenseitige Interesse in wirtschaftlicher Hinsicht spiegelt sich auch im Formalisierungsgrad der EU-Türkei-Beziehungen wider. Das Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1963 zielte bereits auf die Gründung einer Zollunion ab. Diese trat 1996 in Kraft und führte zu einem Sonderstatus der Türkei im Vergleich zu den anderen EU-Beitrittskandidaten.

Die Entwicklungen von 2016 scheinen jedoch eine Neubewertung der EU-Türkei-Beziehungen im Lichte der geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen zu erfordern. Es stellt sich die Frage, inwieweit die Türkei angesichts der Wiederannäherungen an Russland bei gleichzeitiger Kritik an ihrer innenpolitischen Entwicklung aus dem westlichen Lager noch ein verlässlicher Partner des Westens in der Außen- und Sicherheitspolitik sein kann.⁰⁶ Ein solcher wird von der EU jedoch gerade in der Flüchtlingspolitik benötigt, was wiederum Befürchtungen um eine zu große Abhängigkeit der EU von der Türkei hervorruft.⁰⁷

Die innen- und außenpolitischen Entwicklungen von 2016 sind aber auch an der türkischen Wirtschaft nicht spurlos vorbeigegangen. Die Türkische Lira ist auf dem tiefsten Stand seit der

globalen Finanzkrise. Hinsichtlich ihrer Bonität wurde die Türkei im September 2016 empfindlich zurückgestuft, und im dritten Quartal 2016 ging das Bruttoinlandsprodukt um 1,8 Prozent zurück. Letzteres lässt sich durch einen starken Einbruch der Tourismusbranche als Resultat der diplomatischen Verwerfungen mit Russland sowie der Serie von Terroranschlägen in der Türkei erklären. Experten vermuten, dass sich diese Trends über die nächsten Jahre verfestigen könnten. Dennoch sind für 2017 Verhandlungen über einen Ausbau und eine Intensivierung der Zollunion geplant.

BESONDERER BEITRIITSKANDIDAT: FLUCH ODER SEGEN?

Die Türkei kann nicht nur aufgrund ihrer Einbindung in die Zollunion als ein besonderer Beitrittskandidat bezeichnet werden. Hierfür sprechen viele Gründe und Faktoren, die zur Komplexität der EU-Türkei-Beziehungen beitragen. So ist zunächst der steinige Weg der Türkei in den Kreis der EU-Beitrittskandidaten hervorzuheben. Die Türkei stellte ihren ersten Mitgliedsantrag bereits 1987. Dieser wurde 1989 von der Europäischen Kommission zwar aufgrund demokratischer Defizite in der Türkei abgelehnt, ohne ihr jedoch die grundsätzliche Beitrittsfähigkeit abzusprechen.⁰⁸ Nach dem Zerfall der Sowjetunion stand das zusammenwachsen Europas im Fokus der europäischen Erweiterungspolitik. Zehn mittel- und osteuropäische Staaten sowie Zypern und Malta wurden 1997 auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Luxemburg zu Beitrittskandidaten erklärt. Die Türkei wurde in diese Runde erst zwei Jahre später auf dem Gipfeltreffen in Helsinki aufgenommen.

Der Türkeibeitritt ist sowohl in der EU und insbesondere in Deutschland als auch in der Türkei Gegenstand einer intensiven politischen Debatte. Diese wird genauso von kulturellen wie von geostrategischen oder strukturellen Argumenten geprägt, die sich um die „Europafähigkeit“ der Türkei einerseits und die Erweiterungsfähigkeit der EU andererseits drehen. Kulturell wie auch geografisch wird immer wieder die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa diskutiert. Als ei-

01 Vgl. Doppelpes Spiel, in: *Der Spiegel* 5/2017, S. 24 ff.

02 Günter Seufert, Noch mehr Distanz zum Westen. Warum sich Ankara nach Moskau orientiert, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 6/2017.

03 Für einen umfassenden Überblick siehe Senem Aydin-Düzgüt/Nathalie Tocci, *Turkey and the European Union*, London 2015.

04 Manfred Weber, Partnerschaft nicht Abhängigkeit, in: Konrad Adenauer Stiftung: *Türkei. Schlüsselkraft einer Krisenregion*, Politische Meinung 537/2016, S. 25–28.

05 Ziya Önis, Turkey in the Post-Cold War Era: In Search of Identity, in: *Middle East Journal* 1/1995, S. 48–68, hier S. 51.

06 Vgl. Seufert (Anm. 2).

07 Vgl. Weber (Anm. 4).

08 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft, *Commission Opinion on Turkey's Request for Accession to the Communities*, SEC (89) 2290 final/2, Brüssel 1989, S. 8.

ner der Schlüsselbegriffe dieser Debatte kann der Vorwurf, die EU sei ein „Christenclub“, genannt werden. Der Begriff wurde Ende der 1990er Jahre geprägt und wird von türkischer Seite immer wieder ins Feld geführt.

Die geostrategischen Argumente, welche die Türkei zum wichtigen Partner Europas werden lassen, schlagen sich in der Diskussion um einen Beitritt des Landes eher negativ nieder. Als strategischer Partner stellt die Türkei eine Brücke zum Mittleren Osten dar. Im Falle eines Türkeibeitritts zur EU würde diese gemeinsame Grenzen mit einer Krisenregion besitzen. Die Bereitschaft, einen direkten Bezug zu Konflikten wie dem in Syrien herzustellen, ist zumindest in der europäischen Bevölkerung eher gering. Diese Argumente gehen mit einer der EU allgemein attestierten Erweiterungsmüdigkeit einher.

Bereits während der Vorbereitung auf die Aufnahmen der zehn mittel- und osteuropäischen Staaten sowie Zypern und Malta 2004 und 2007 wurde die Befürchtung einer (institutionellen) Überdehnung der EU immer häufiger diskutiert. Die Hauptargumentationslinie nahm also weniger die Beitrittsfähigkeit der Türkei in den Fokus als die Behauptung, dass das europäische Haus voll sei. Die EU solle erstmal die Osterweiterung verkraften, bevor weitere Mitglieder aufgenommen werden könnten. Im Lichte dieser Debatte ist es auch nicht hilfreich, dass die Türkei hinsichtlich der Bevölkerungszahlen fast der größte Mitgliedsstaat in der EU sein würde.

Der Sinneswandel zwischen den Europäischen Gipfeln von Luxemburg 1997 und Helsinki 1999 kann aus unterschiedlicher Perspektive heraus erklärt werden. Zum einen änderte sich durch die Kosovo-Kriege die politisch-strategische Lage, in der die Türkei eine wichtige Rolle spielte.⁹ Zum anderen wandelte sich das Narrativ der EU-Türkei-Beziehungen in Deutschland, wo eine Regierungskoalition aus SPD und Grünen die Ära von Helmut Kohl beendet hatte.¹⁰ Auch in der Türkei fand kurze Zeit später ein Regierungswechsel statt. Die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) gewann die Wah-

len 2002 und konnte allein die Regierung stellen. Dies setzte den Jahren fragiler Regierungskoalitionen in der Türkei ein Ende und ermöglichte die Verabschiedung einer Vielzahl an Reformpaketen. Vor diesem Hintergrund und im Vertrauen auf einen andauernden und nachhaltigen demokratischen Reformprozess in der Türkei entschieden die Staats- und Regierungschefs der EU im Dezember 2004, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu eröffnen.

Des Weiteren belastet das Paradoxon, dass die Beitrittsverhandlungen stets stagnierten sobald sie begonnen hatten, die EU-Türkei-Beziehungen. Drei Faktoren können hierfür als Erklärung herangezogen werden. *Erstens* führte die Entscheidung, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, ein Novum ein. Diese sollen „ergebnisoffen“ geführt werden, was zwar eine Vollmitgliedschaft nicht ausschließt, diese aber auch nicht garantiert. Aus türkischer Sicht war somit das Scheitern der Verhandlungen bereits im Vertragsdokument selbst angelegt.¹¹ Dies trug, *zweitens*, unter anderem zu einer Reformmüdigkeit der AKP-Regierung bei. *Drittens* blockierten einige EU-Mitgliedsstaaten die Öffnung zentraler Verhandlungskapitel. Von 33 Kapiteln sind lediglich 15 geöffnet, und nur im Bereich Wissenschaft und Forschung können die Verhandlungen als vorläufig abgeschlossen gelten. Dies ist ein eher trauriges Ergebnis eines mehr als zehn Jahre andauernden Verhandlungsprozesses, in dem jeder einzelne EU-Mitgliedsstaat sein Veto zu einzelnen Verhandlungsschritten einlegen kann. Von diesem machten bereits Frankreich und Deutschland Gebrauch. Der eigentliche Veto-Spieler ist jedoch Zypern, das nur dann bereit ist, wichtige Kernkapitel des *acquis communautaire* wie Justiz und Inneres sowie Grundrechte zu verhandeln, wenn die Türkei ihrerseits einen Zusatz zum Protokoll des Ankara-Abkommens, der zypriotischen Handelsschiffen den Zugang zu türkischen Häfen untersagt, aufhebt.

Ende 2015 schien jedoch eine Redynamisierung der Beitrittsverhandlungen möglich. Im Gegenzug für die türkische Kooperation in der Flüchtlingskrise sollten weitere Kapitel geöffnet werden. Dieses Versprechen wurde im Dezember 2015 und Juni 2016 in Form von Kapitel 17 (Wirtschafts- und Währungspolitik) und 33 (Finanz- und Haushaltsvorschriften) gehalten. Das

⁹ Vgl. Barbara Lippert, Die Türkei als Sonderfall und Wendepunkt der klassischen EU-Erweiterungspolitik, in: *Integration* 2/2005; Aydın-Düzgit/Tocci (Anm. 3).

¹⁰ Vgl. hierzu und zu Narrativen im Allgemeinen Hanna-Lisa Hauge et.al., *Mapping Milestones and Periods of EU-Turkey Relations*, FEUTURE Working Paper September 2016.

¹¹ Vgl. Der Spiegel (Anm. 1).

neue Momentum in den Beitrittsverhandlungen wurde allerdings durch den gescheiterten Putschversuch in der Türkei vom 15. Juli 2016 und das repressive Vorgehen der AKP-Regierung sowie einer Debatte um die Wiedereinführung der Todesstrafe im Anschluss jäh ausgebremst, und die EU Institutionen denken heute laut über ein Einfrieren der Verhandlungen nach.

Dieses Auf und Ab in den EU-Türkei-Beziehungen und insbesondere in den Beitrittsverhandlungen führte vor allem dazu, dass die Beitrittsperspektive für die Türkei an Glaubwürdigkeit verlor. Dies bedingte unter anderem, dass die Zustimmung zu einem Beitritt in der türkischen Bevölkerung enorm zurückging, aktuell liegt sie bei unter 30 Prozent. Viel wiegt jedoch die Tatsache, dass die Konditionalität der europäischen Erweiterungspolitik, bei der eine glaubwürdige Beitrittsperspektive Grundvoraussetzung dafür ist, dass die EU über Beitrittskriterien und Benchmarks zum Reform- und Transformationsprozess beitragen kann, hinsichtlich der Türkei ausgehebelt ist.

„DEAL“ ODER „DEAL BREAKER“?

2015 trat ein Politikbereich in den Fokus der EU-Türkei-Beziehungen, der bis dahin zwar als wichtig, aber nicht als dominierend gegolten hatte. In diesem Jahr wurden in der EU 1,3 Millionen Asylanträge verzeichnet, davon 35 Prozent in Deutschland. Diese Flüchtlingsbewegung stellte die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf eine harte Probe. Insbesondere der Schengenraum und das sogenannte Dublin-System gerieten unter starken Druck. Im Schengener Abkommen haben sich 22 EU-Mitgliedsstaaten sowie Norwegen, Island, die Schweiz und Liechtenstein dazu verpflichtet, keine Kontrollen an ihren gemeinsamen Binnengrenzen durchzuführen. Dies erfordert die Zusammenarbeit in einigen davon betroffenen Politikbereichen – unter anderem auch in der gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Die Dublin-Verordnung regelt so zum Beispiel, welcher EU-Mitgliedsstaat für das Asylverfahren eines Antragstellers verantwortlich ist – nämlich der, in dem der Antragsteller zum ersten Mal den Schengenraum betreten hat. Aufgrund ihrer geografischen Nähe zur Region des Mittleren Ostens und Nordafrikas waren über Jahre Italien und Griechenland am stärksten betroffen. Das Ausmaß der Flüchtlingsbewegung 2015 trug dann

dazu bei, dass die Dublin-Regeln außer Kraft gesetzt wurden und Länder wie Ungarn, Deutschland, Schweden und Österreich in absoluten Zahlen die meisten Asylanträge registrierten.

Den EU-Mitgliedsstaaten gelang es nicht, eine funktionierende Lösung für eine gleichmäßigere Umverteilung der Flüchtlinge zu finden. Eine grundlegende Reform der Dublin-Verordnung schien notwendig, gleichzeitig aber politisch schwierig: Im September 2015 hat der Rat der Europäischen Union zwei Beschlüsse zur Umverteilung von insgesamt 160 000 Flüchtlingen mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet. Ihre Umsetzung bleibt jedoch weit hinter den gesetzten Zielen zurück, denn nach mehr als anderthalb Jahren sieht die Umverteilungsbilanz mit lediglich knapp 12 000 Personen sehr mager aus. Dies liegt unter anderem daran, dass Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Rumänien im Rat überstimmten und sie deshalb bisher keine oder lediglich eine verschwindend geringe Anzahl an Personen aufgenommen haben. Allerdings ist die Bilanz der anderen Staaten nicht viel besser.

Aufgrund dieser EU-internen Schwierigkeiten, die eine Debatte über fehlende Solidarität in der EU – eines der Grundprinzipien des europäischen Einigungsprozesses – befeuerte und europaskeptischen Stimmen in einer Vielzahl von Mitgliedsstaaten zunehmenden Zuspruch verschaffte, suchten die EU und ihre Staats- und Regierungschefs unter der Federführung von Bundeskanzlerin Angela Merkel nach einer externen Lösung: Der Türkei kam dabei aufgrund ihrer geografischen Lage und der geringen Distanz zu den griechischen Inseln eine Schlüsselrolle zu. 2015 versuchten rund 500 000 syrische Bürgerkriegsflüchtlinge, von der Türkei aus Griechenland zu erreichen. Dabei spielten sich nicht selten Tragödien ab, bei denen Menschen ertranken. Allein 2015 wurden knapp 4 000 Todesfälle gezählt. In der ersten Hälfte desselben Jahres wurden 26 000 Flüchtlinge aus dem Meer gerettet.

Vor diesem Hintergrund hat sich die EU im Oktober 2015 mit der Türkei auf einen Gemeinsamen Aktionsplan gegen illegale Migration geeinigt, der am 29. November 2015 auf dem EU-Türkei-Gipfel in Brüssel beschlossen wurde. Dieser sieht vor, dass die Türkei die EU im Kampf gegen illegale Migration unterstützt und im Gegenzug der Prozess der Visaliberalisierung für die Türkei beschleunigt und die Beitrittsverhandlungen wiederbelebt werden. Darüber hi-

naus wurde eine Flüchtlingsfazilität von drei Milliarden Euro für die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen, insbesondere Syrern, in der Türkei eingerichtet. Die Türkei selbst hat knapp drei Millionen Flüchtlinge aufgenommen und ist daher auf Unterstützung angewiesen.

Die am 18. März 2016 getroffene Übereinkunft zwischen der EU und der Türkei ergänzt den Gemeinsamen Aktionsplan um einen sogenannten 1:1-Mechanismus, gemäß dem alle illegal aus der Türkei nach Griechenland eingereisten Flüchtlinge wieder in diese zurückgeschickt werden sollen. Im Gegenzug verpflichtet sich die EU für jeden zurückgeschickten Syrer, einen Syrer aus der Türkei aufzunehmen. Für die Flüchtlingsfazilität wurden außerdem weitere drei Milliarden Euro vorgesehen und die Visaliberalisierung bereits für Juli 2016 in Aussicht gestellt.

Dieses sogenannte Migrationsabkommen hat hinsichtlich der Flüchtlingszahlen und der Todesfälle im Mittelmeer seine Wirkung nicht verfehlt. Beide Zahlen gingen drastisch zurück. Dennoch steht das Abkommen in Bezug auf rechtliche und humanitäre Aspekte sowie die EU-Türkei-Beziehungen kontinuierlich in der Kritik.

Zunächst wird die Rechtmäßigkeit des Abkommens kontrovers diskutiert. Die Kernfrage dabei ist, ob die rechtlichen Voraussetzungen für die Rückführung von syrischen Flüchtlingen aus Griechenland in die Türkei überhaupt gegeben sind. Es gibt zwei anerkannte Gründe, die eine Rückführung rechtfertigen. Entweder erfüllt ein Antragsteller die allgemein gültigen Kriterien für ein Asyl nicht oder er kommt aus einem sicheren Drittstaat, in dem er hätte Asyl beantragen können. Da insbesondere syrische Flüchtlinge ein Anrecht auf Asyl in der EU hätten, müsste das EU-Türkei-Abkommen auf der Drittstaatenregelung fußen. Dabei ist umstritten, ob die Türkei als sicherer Drittstaat gelten kann. Denn gemäß einem für die Türkei geltenden Zusatz zur Genfer Flüchtlingskonvention erkennt diese lediglich Flüchtlingen aus europäischen Ländern einen solchen Status zu. Die Bedingungen für syrische Flüchtlinge in der Türkei wurden zwar dahingehend verbessert, dass sie temporären Schutz genießen und einen geregelten Zugang zum Arbeitsmarkt gewährt bekommen. Dies bleibt aufgrund des fehlenden offiziellen vollkommenen Flüchtlingsstatus dennoch anfechtbar. Allgemein würde eine juristische Bewertung des Migrationsabkommens folglich kritisch ausfallen. Für eine politische Betrachtung

zählt jedoch die Signalwirkung, die dieses Abkommen unabhängig von der rechtlichen Kritik und der schleppenden Umsetzung entfalten kann.¹²

In direktem Bezug zu den EU-Türkei-Beziehungen stellt sich allerdings ein ganz anderes rechtliches Problem mit potenziell weitreichenden und vieldiskutierten Konsequenzen: Obwohl das Übereinkommen zwischen der Türkei und der EU vom 18. März 2016 allgemein als „Abkommen“ bezeichnet wird, handelt es sich nicht um ein Abkommen im juristischen Sinn. Dies bedeutet, dass das Dokument keinerlei rechtlich bindende Wirkung entfalten kann und vom politischen Willen der Vertragsparteien abhängt. Vor diesem Hintergrund ist die Sorge in der EU einzuordnen, dass sich die Kräfteverhältnisse in den EU-Türkei-Beziehungen zugunsten der Türkei umgekehrt haben könnten – und dies in Zeiten, in denen die Türkei immer stärkere autokratische Tendenzen zeigt und sich zunehmend von den politischen und demokratischen Werten Europas entfernt. In der Tat benutzt die türkische Regierung das EU-Türkei-Abkommen immer wieder als Verhandlungsmasse und droht mit dessen Aufkündigung. In Brüssel sieht man dies jedoch (noch) einigermaßen gelassen, denn das Abkommen beruht auf beiderseitigen Interessen.¹³

Allerdings gehört zu den Hauptinteressen der Türkei auch die Visaliberalisierung mit der EU. Die Bedingungen für die Visaliberalisierung sind in einer Roadmap der Kommission von 2013 definiert. Der entsprechende Katalog umfasst mehr als 70 Kriterien, von denen die Türkei mittlerweile alle bis auf fünf erfüllt hat. Unter anderem müsste die Türkei noch ihr Antiterrorgesetz ändern. Dies würde eine Neudefinition von Terror und Terrororganisationen erfordern.

Die Türkei hat 2015 und 2016 eine beispiellose Serie an Terroranschlägen erfahren, wovon ein Großteil der Kurdischen Arbeiterpartei PKK zugeschrieben wird. Eine Änderung des Antiterrorgesetzes, wie von der EU gefordert, kommt daher – und auch aufgrund des Kampfes gegen die Gülen-Bewegung, die für den gescheiterten Putschversuch in der Türkei verantwortlich gemacht und

¹² Vgl. Elizabeth Collett, *The Paradox of the EU-Turkey Refugee Deal*, März 2016, www.migrationpolicy.org/news/paradox-eu-turkey-refugee-deal.

¹³ Vgl. Laura Batalla Adam, *The Refugee Card in EU-Turkey Relations: A Necessary but Uncertain Deal*, *Global Turkey in Europe*, Working Paper 14/2016.

als terroristische Vereinigung definiert wird – für die Türkei nicht infrage. Deshalb lässt das Europäische Parlament das Verfahren seit Sommer 2016 ruhen. Vor diesem Hintergrund wird dem Versprechen der Visaliberalisierung mittlerweile der gleiche Glaubwürdigkeitsgehalt wie der Beitrittsperspektive zugesprochen und das Scheitern des Migrationsabkommens als (letztes) Druckmittel eingesetzt. Seit 2015 hat die Asylpolitik folglich die Relevanz der EU-Türkei-Beziehungen erhöht. Sie haben dadurch jedoch nicht an Stabilität, sondern an Komplexität und Explosivität gewonnen.

QUADRATUR DES KREISES

Aussichten für die EU-Türkei-Beziehungen waren schon immer ungewiss – aktuell scheinen sie jedoch besonders düster. Ein EU-Beitritt der Türkei ist nicht mehr ein Szenario der fernen Zukunft, sondern höchst unwahrscheinlich, wenn nicht sogar ausgeschlossen. Dennoch muss es nicht unbedingt zu einem endgültigen Bruch – dem viel zitierten *train crash* – kommen. Es lohnt sich auch, alternative Formen der Kooperation und Einbindung der Türkei in die EU detailliert zu prüfen;¹⁴ dies nicht zuletzt deshalb, weil die europäische Einigung selbst „desintegrative Momente“ erfährt, die sich unter anderem in wachsendem Europa-skeptizismus in den Mitgliedsstaaten und im Brexit manifestieren.¹⁵ Allerdings scheint die Annahme doch realistischer, dass die EU in Zukunft stärker von differenzierter Integration als Desintegration geprägt sein wird. Je nach Ausprägung eines solchen Differenzierungsgrades könnten sich Möglichkeiten für eine engere Einbindung und Beteiligung der Türkei in den Politikbereichen anbieten, in denen sie bereits heute ein wichtiger strategischer Partner ist.

Überlegungen in diese Richtung sind weder in der Politik noch in der Wissenschaft neu. Bereits Anfang der 2000er Jahre entwarf die CDU das Konzept der „privilegierten Partnerschaft“. Dieses wurde jedoch seitens der Türkei so vehement abgelehnt, dass der Begriff heute fast als „Unwort“ der EU-Türkei-Beziehungen zu bezeichnen wäre.

Aber andere Konzepte haben diese Idee aufgegriffen, weitergedacht und mit neuen Titeln belegt. Das Konzept der „virtuellen Mitgliedschaft“ wird durch Flexibilität auf verschiedenen Ebenen bestimmt.¹⁶ So wäre der Umfang wie auch der Grad der institutionellen Einbindung der Türkei in die EU individuell festzulegen. Die „assozierte Mitgliedschaft“ wurde explizit im Lichte möglicher Desintegrationstendenzen der EU und flexibler Beteiligungschancen konzipiert.¹⁷ Dabei soll sie eine Rückfalloption für das Vereinigte Königreich und ein mögliches Sprungbrett für die Türkei darstellen.

In der Tat lohnt es sich, Parallelen zwischen den Diskussionen um den Brexit und zukünftigen EU-Türkei-Beziehungen zu ziehen. Denn für 2017 ist eine Vertiefung der Zollunion mit der Türkei geplant, während das Vereinigte Königreich auf der Suche nach einer wirtschaftlichen Anbindung an die EU ist, bei der sie vom Besten aus zwei Welten profitieren kann. Die diskutierten Modelle ermöglichen jedoch entweder keinen vollen Zugang zum Binnenmarkt oder keine Beteiligung an den relevanten Entscheidungsprozessen der EU.

Grundvoraussetzung für die tatsächliche Umsetzung solcher alternativer Modelle wäre zunächst einmal das ehrliche beiderseitige Eingeständnis, dass die Beitrittsperspektive keine reelle Option für die Türkei mehr ist, gleichzeitig aber nicht die einzige Art der Kooperation bedeutet, die für beide Seiten vorteilhaft wäre. Darüber hinaus müssen Strukturen der differenzierten Entscheidungsfindung der EU gefunden werden, die einer Teilmemberschaft einzelner Staaten gerecht wird und diese attraktiv macht.

FUNDA TEKIN

ist Vizedirektorin des Centrums für Türkei und EU Studien an der Universität zu Köln und leitende Wissenschaftlerin am Centre international de formation européenne, Berlin.
funda.tekin@uni-koeln.de

14 Für eine detaillierte Beschreibung dreier idealtypischer Szenarien der EU-Türkei-Beziehungen siehe Nathalie Tocci, *Turkey and the European Union. Scenarios for 2023*, FEUTURE Background-paper 2016.

15 Annegret Eppler, *Desintegrative Momente der europäischen Einigung*, in: APuZ 49–50/2016, S. 32–38.

16 Vgl. Sinan Ülgen, *Avoiding a Divorce. A Virtual EU Membership for Turkey*, 5. 12. 2012, <http://carnegieeurope.eu/2012/12/05/avoiding-divorce-virtual-eu-membership-for-turkey-pub-50218>.

17 Andres Duff, *The Case for an Associate Membership of the European Union*, 6. 3. 2013, <http://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2013/03/06/associate-eu-membership>.

DIE ROLLE DER TÜRKEI IN DER REGION

(Un-)Ordnungsgarant in einem neuen Nahen Osten

Roy Karadag

Die Konfliktkonstellationen und Allianzbildungen im Nahen Osten sind in den vergangenen Jahren unüberschaubar geworden. Sie sind Ausdruck sowohl regionaler Eigendynamiken als auch globaler Transformationen, und sie entscheiden über das außenpolitische Handeln der türkischen Republik. Die Folgen der Kriege in Afghanistan und Irak sowie der direkten und indirekten Eingriffe äußerer Mächte in Libyen und Syrien brachten nicht nur Leid mit sich und schufen neue Zonen der Unbeherrschbarkeit, sondern öffneten rivalisierenden Regionalmächten politischen Raum für Interventionen, die wiederum neue Unwägbarkeiten erzeugten.⁰¹ Die Grundkonflikte des post-osmanischen Raums scheinen, bezogen auf Fragen von nationaler Souveränität und Identität, auf verheerende Art und Weise dieselben Probleme in sich zu tragen wie bei seiner Entstehung nach dem Ersten Weltkrieg. Mittendrin in dieser Konstellation befindet sich eine Türkei, deren Eliten die staatlichen Institutionen, die den politischen Wettstreit und das gesellschaftliche Zusammenleben bislang auf sehr konflikthafte Weise regulierten, selbst auf fundamentale Art und Weise transformieren.⁰²

In diesem Beitrag argumentiere ich, dass die innenpolitischen Kämpfe um die Ausgestaltung einer türkischen Präsidentialrepublik und die regionalen Konflikte einander verstärken. Die Folgen sind zunehmende Verschärfungen gesellschaftlicher Konflikte. Diese resultieren aus neuen Machtchancen und sind selbst Produkte kriegerischer Gewalt im In- und Ausland einerseits und der Verhärtung politischer Identitäten andererseits. Für die Türkei steht folglich die Maximierung ihrer bestehenden Machtchancen ganz oben auf der außenpolitischen Agenda, sodass von ihr nicht mehr zu erwarten ist, dass sie sich längerfristig nur einer außen- und sicherheitspolitischen Agenda verschreibt. Dies erklärt, warum sich die Türkei im vergangenen Jahr in Irak und Syrien vom eindimensionalen Ziel der Vertretung

rein sunnitischer Interessen verabschiedet hat und sich diplomatisch der Achse Russland-Irak-Assad öffnete. Während die Türkei also versucht, in einer unsicheren Umwelt mit einer ungewissen Zukunft ihre außenpolitische Entscheidungsmacht wiederherzustellen, wird sie zwar mehr denn je auf die NATO als Sicherheitsgarantin angewiesen sein; eine Politik im Sinne eines Beitritts zur EU ist unter diesen Bedingungen aber nicht mehr realistisch.

Um die heutige Türkei in ihren außenpolitischen Positionierungen besser nachvollziehen zu können, sollen im Folgenden der Syrienkrieg und seine Auswirkungen auf die benachbarten Staaten erläutert werden. Ebenso gilt es zu erfassen, was genau solch ein regionaler Krieg den beteiligten und benachbarten Akteuren machtpolitisch abverlangt.

SYRIENKRIEG

Allein aufgrund ihrer geografischen Lage ist die Türkei unmittelbar von den Folgen des Irakkriegs seit 2003 und des syrischen Bürgerkriegs seit 2011 betroffen. Waren die Auswirkungen des Irakkriegs für die Türkei im Vergleich zu Jordanien und Syrien noch überschaubar, wurde sie ab 2011 über die Jahre zum Land, das absolut die meisten syrischen Flüchtlinge aufnehmen sollte.⁰³ Jenseits der Flüchtlingsfrage führte der Syrienkrieg aber auch zu neuen Machtverhältnissen in der Region. Dieser politischen Neuordnung konnte sich die Türkei als bereits aufstrebende Regionalmacht nicht entziehen.⁰⁴

Der Krieg in Syrien nahm mehrere Wendungen durch. Die Syrienkrise war zunächst nur Ausdruck der sehr rigiden Haltung des Assad-Regimes gegenüber Massenprotesten, deren Unterstützer in den ersten Monaten noch davon ausgingen, dass die Proteste ähnlich wie in Tunesien, Ägypten und Jemen zum Erfolg führen. Diese Annahmen stellten sich als Fehleinschätzungen

heraus, da auch die Abspaltungen innerhalb des Militärs das Regime nicht zum Umdenken bewegten und es weiterhin allein mit Repression statt Liberalisierung auf die Proteste und die Bewaffnung der Oppositionsgruppen reagierte. Die diplomatische Anerkennung des Syrischen Nationalrats ab 2011 und dessen Niederlassung zunächst in Istanbul, dann in Katar, sowie die militärische Unterstützung oppositioneller Gruppen waren das Ergebnis breit geteilter Erwartungen, dass sich das Regime 2012 nicht mehr halten können. Doch der Konflikt eskalierte und führte schließlich zu einem Krieg, der sämtliche Nachbarn auf die eine oder andere Art zu Beteiligten machte.⁰⁵ Das Regime reagierte nicht nur mit weiteren Massenverhaftungen, gezielten Tötungen und Folter, sondern auch mit Gewaltanwendungen gegen die zivile Bevölkerung in umkämpften Städten einerseits und dem Rückzug aus Teilen des eigenen Herrschaftsbereichs andererseits, um die eigenen militärischen Kräfte zu bündeln. Von letzterem Schritt profitierten vor allem die kurdische Partei der Demokratischen Union (PYD) und ihr bewaffneter Arm, die Volksverteidigungseinheiten (YPG), die nun in den mehrheitlich kurdisch-bevölkerten Gebieten in Nordsyrien territoriale Kontrolle ausüben konnten.⁰⁶

Zwei weitere Entwicklungen bestimmten den Kriegsverlauf maßgeblich: *Erstens* der Verzicht der USA auf einen Militärschlag – nach den Giftgasangriffen von Ghuta 2013 –, der den eigenen Verbündeten Saudi-Arabien, Katar und der Türkei militärische Zurückhaltung signalisierte, und *zweitens* die militärische Expansi-

on des sogenannten Islamischen Staates (IS) ab Sommer 2014 und der Ernennung von Raqqa zu seiner Hauptstadt. Dies hatte zur Folge, dass der globalen Öffentlichkeit der Kampf gegen den IS dringlicher erschien als der Kampf gegen das Assad-Regime. Somit wurde der IS zu einer mächtigen diskursiven Waffe für Russland, Iran, die Hisbollah und die verschiedenen kurdischen Organisationen in ihren Legitimierungsstrategien. Auch für die europäischen Staaten hatte der Kurs Assads keine Priorität, galt ihr Augenmerk doch der drohenden Radikalisierung junger Islamisten in Europa und deren Rekrutierung für den IS. Ab 2015 bestimmten schließlich allein die Flüchtlingsbewegungen aus der Kriegsregion die eigenen diplomatischen Anstrengungen.

WANDEL TÜRKISCHER AUSSENPOLITIK

Kriege zerstören nicht nur menschliche Gemeinschaften, physische Infrastrukturen und die Lebensentwürfe gesamter Generationen, sie bringen immer auch etablierte Machtallianzen durcheinander – auch jenseits des umkämpften Territoriums. Und je offener den beteiligten Akteuren und Beobachtern der Kriegsausgang erscheint, desto mehr sehen sich diese Akteure offenbar genötigt, mit ausreichend militärischen und finanziellen Ressourcen involviert zu bleiben.

Sämtliche Akteure sind sich bewusst, dass der Krieg eines Tages zu Ende gehen wird; und je mehr Einfluss man durch die eigenen Kampf- und Friedenseinsätze produzieren konnte, desto mehr kann man später im Vergleich zu den regionalen Konkurrenten über den Verhandlungs- und Friedensmodus mitentscheiden. Die politische Kunst besteht für Staaten und Akteure darin, sich als entscheidendes Bindeglied zwischen lokal kämpfenden Organisationen mit territorialer Kontrolle und den globalen Mächten, die den erzielten Abmachungen die materielle und symbolische Anerkennung auf internationaler Ebene gewähren können, zu etablieren.

In dem überaus komplexen Machtfeld des Nahen Ostens steht die Türkei im direkten Wettbewerb mit Iran und Saudi-Arabien und den anderen sunnitischen Golfmonarchien, die sich mit ihrem immensen Erdöl- und Erdgasreichtum allesamt als mögliche Ordnungsgaranten für die Region ins Spiel bringen.

01 Siehe Roy Karadag/Klaus Schlichte, Die Verunsicherung der Welt: Aktuelle Gewaltkonflikte und globale Ordnung, in: Politische Vierteljahresschrift 4/2016, S. 534–559.

02 Vgl. Roy Karadag, Das Ende der türkischen Demokratie, in: Südosteuropa-Mitteilungen 4/2016, S. 16–29; ders., Islam und Politik in der Neuen Türkei: Der Aufstieg der AKP aus historisch-institutionalistischer Perspektive, in: Zeitschrift für Politik 3/2012, S. 332–352.

03 Vgl. Sophia Hoffmann, Iraqi Migrants in Syria. The Crisis Before the Storm, New York 2016; Cilja Harders/André Bank, Irak-Effekte: Regionale Neuordnung, translokale Mobilität und Flüchtlingskrise im Nahen Osten, in: Leviathan 3/2008, S. 411–429.

04 Siehe André Bank/Roy Karadag, „The Ankara Moment“: The Politics of Turkey's Regional Power in the Middle East, 2007–2011, in: Third World Quarterly 2/2013, S. 287–304.

05 Siehe Raymond Hinnebusch, State De-construction in Iraq and Syria, in: Politische Vierteljahresschrift 4/2016, S. 560–585.

06 Siehe hierzu den Beitrag von Gülistan Gürbey in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

Entsprechend hat die Kriegsdynamik in Syrien einen außenpolitischen Wandel der Türkei bewirkt: Seit 2012 stellte sich die Türkei als gegen den Iran gerichtete Verfechterin sunnitischer Interessen in Syrien und Irak dar, die sogar gewillt schien, einen diplomatischen Konflikt mit Russland zu riskieren, nachdem die russische Seite zum ersten Mal entschieden hatte, direkt in einen nahöstlichen Krieg zu intervenieren. Einige Monate nach dem Abschuss eines russischen Militärjets durch türkische Raketen im November 2015 kam es jedoch zur ersten russisch-türkischen Annäherung und Aussöhnung sowie zur direkten türkischen Intervention in Nordsyrien, um weitere territoriale Gewinne der YPG zu verhindern und diese nun unmittelbar zu bekämpfen. Diese Intervention – und die Entsendung türkischer Truppen in den Nordirak – erfolgte unter der Maßgabe des Kampfs gegen den IS und leitete den russisch-iranisch-türkischen Verhandlungskomplex ein, der nun, nach der Rückeroberung Aleppos durch die syrische Armee, noch unter Beweis stellen muss, wie belastbar er ist. Er stellt aber einen großen diplomatischen Erfolg für die türkische Seite dar, die demonstrieren konnte, wie flexibel sie auf lokale und globale Veränderungen reagieren kann, um ihren eigenen Handlungsspielraum zu erhöhen. Diese Kriegsdynamiken beeinflussen nicht nur die Machtchancen der Türkei in der Region, sondern darüber hinaus auch die ungelöste Frage eines türkischen EU-Beitritts, der unter diesen Bedingungen verunmöglicht wird.

ENDE DER EU-BEITRITTS-PERSPEKTIVE

Die Antwort auf die Frage, wie es um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei steht, war zwar seit jeher vielschichtig.⁰⁷ Aber derzeit scheint eine türkische Mitgliedschaft in der Union unwahrscheinlicher denn je.

Auf der einen Seite stehen die internen Probleme und Herausforderungen einer EU, die den an sich selbst gestellten Anspruch einer vertieften Europäisierung nicht aufgegeben hat. Die Osterweiterungen seit 2004 zeigen unerwartete Widersprüche auf: Nicht erst in der Flüchtlingsfrage von 2015, sondern bereits während der Eurokrise offenbarte

sich, dass zwischenstaatliche Kooperation und kollektive Solidarität in der EU mitnichten als gegeben angenommen werden können. Die Entscheidung der Briten, kein Teil dieses Projekts mehr sein zu wollen, erfordert die Suche nach neuen realistischen Zielen, die gegenüber der zunehmend EU-skeptischen Bevölkerung kommuniziert werden müssen. Der anhaltende politische Druck durch rechtspopulistische Parteien, die einen unverhohlenen islamkritischen, wenn nicht islamfeindlichen, Diskurs pflegen, wird vermutlich zur Folge haben, dass ein Beitritt der Türkei als zu große identitäre Belastung wahrgenommen wird, gegen den sich allzu leicht politisch mobilisieren lässt.

Auf der anderen Seite stehen die innenpolitischen Entwicklungen der Türkei selbst: Die massiven Verstöße gegen die Presse-, Meinungs- und Forschungsfreiheit, die fortschreitende von oben forcierte Islamisierung öffentlicher Räume und Institutionen sowie die Autokratisierung politischer Prozesse durch Präsident Recep Tayyip Erdoğan und die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) demonstrieren, dass die türkischen politischen Eliten nicht gewillt sind, ihre Macht auf demokratische Weise zu erstreiten und sich dabei von europäischen Demokratiediskursen leiten zu lassen. Dabei wird sichtbar, dass europäische und türkische Dynamiken einander verstärken: Während beide Seiten gleichzeitig auf der Suche nach eigenen Identitäten sind, gilt die EU für die Türkei zunehmend als das abzuwehrende „Andere“, ähnlich wie die Türkei diese Rolle für Europäer bislang eingenommen hat und weiter behalten wird.

Der Syrienkrieg selbst bringt nun weitere Probleme in die ohnehin belasteten türkisch-europäischen Beziehungen: Er offenbart die Konfliktdynamiken der nahöstlichen Nachbarschaft, zu der man mit der Türkei als Mitglied eine gemeinsame Grenze haben würde. Daher hofft man auf europäischer Seite, die Türkei als Pufferstaat zu Syrien, Irak und Iran beibehalten zu können. Doch die türkische Politik in der Region zeigt, dass europäische Ziele für die Türkei keine Bedeutung haben. Dass die AKP in den Kämpfen zwischen kurdischen Organisationen und dem IS dezidiert gegen Erstere agierte und Letzteren zumindest tolerierte, um die kurdische Durchschlagskraft zu schwächen, hat ihr Image in Europa dauerhaft beschädigt. Mit der Instrumentalisierung der Flüchtlingsfrage konnte die Türkei schließlich ihre eigene geostrategische Bedeutung steigern

07 Siehe hierzu den Beitrag von Funda Tekin in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

und die EU zu Zugeständnissen in den Verhandlungen um den sogenannten Flüchtlingspakt bewegen. Aber für die zukünftigen Debatten um die „Europatauglichkeit“ der Türkei wird sich diese Strategie sicherlich als Nachteil herausstellen.

Die AKP verzichtete in den vergangenen Jahren darauf, eigene proeuropäische und prowestliche Narrative zu produzieren, mit denen sie sowohl die türkische als auch die europäische Bevölkerung hätte ansprechen können. Jenseits des Gebots des Republikgründers Mustafa Kemal Atatürk, die Zukunft des Landes im „Westen“ zu verankern, konnten türkische Eliten kaum wirkmächtige symbolische Ressourcen wie die anderen Ost- und Südosteuropäer für einen Beitritt mobilisieren, demzufolge die EU als Projekt zur Überwindung einer katastrophalen europäischen Geschichte gedacht ist. Stattdessen produzierten türkische Akteure zumeist Narrative der eigenen Rolle und Zukunft als „Brücke“, als eigenständige Vermittlerin zwischen Europa und dem Nahen Osten. Die produktive Macht dieser Mythen kollabiert jedoch, sobald kein Interesse mehr an dieser Vermittlerrolle besteht.

RIVALITÄT IM NAHEN OSTEN

Die Türkei hatte bereits bei den arabischen Umbrüchen von 2011 mit ansehen müssen, dass sie ihre regionalpolitischen Ambitionen nicht realisieren konnte. Das ist für sich genommen nicht ungewöhnlich und auch nicht allein auf „falsche“ türkische Strategien zurückzuführen, sondern war seit jeher das Schicksal aller Staaten, die nach der Vorherrschaft in dieser Region strebten.⁰⁸ Dennoch gelang es ihr, mehrere Herausforderungen zu überstehen und die eigene diplomatische Bedeutung gegenüber anderen Akteuren zu maximieren. Selbst wenn also die eigenen Ansprüche an den Realitäten abprallten und die Beziehungen zu anderen Staaten in der Region teilweise krisenhaft sind (etwa zu Ägypten), bleibt die Türkei doch ein zentraler Akteur, ohne den die Zukunft Syriens und Iraks nicht zu gestalten ist.

⁰⁸ Vgl. Ian Lustick, *The Absence of Middle Eastern Great Powers: Political „Backwardness“ in Historical Perspective*, in: *International Organization* 4/1997, S. 653–683; Barry Buzan/Ole Wæver, *Regions and Powers: The Structure of International Security*, Cambridge 2003.

Im Vergleich zu Saudi-Arabien und den anderen Golfmonarchien, die bei allen Differenzen eindeutig im proamerikanischen Lager positioniert sind, und Ägypten und Jordanien, die finanziell wesentlich von externen Zuwendungen abhängig sind, besitzt die Türkei ein weitaus höheres Maß an außenpolitischer Entscheidungs- und Verhandlungsmacht. Die Flüchtlingsfrage konnte sie gegenüber der EU in politisches Kapital umwandeln, und der militärische und diplomatische Rückhalt durch die NATO und die USA bleibt ihr bei aller Entfremdung sicher, sodass sie, trotz des besonderen Verhältnisses zu den sunnitischen Extremisten, für die Westmächte zu einer Säule im Kampf gegen den IS avancierte. Iran, das die von Saudi-Arabien forcierten Ölpreissenkungen nach 2014 besser als vermutet überstand, bleibt auf diplomatischer Ebene der bedeutendste Rivale der Türkei. Die gegenüber Russland an den Tag gelegte diplomatische Flexibilität und die von der Türkei und Iran geteilte Furcht vor einem erstarkten kurdischen Nationalismus bewirken, dass diese Rivalität vorerst nicht eskaliert. Ein Komplex an Risiken bleibt jedoch bestehen.

INNENPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Größte Herausforderung ist die ökonomisch schlechte Situation der Türkei: Die türkische Wirtschaft ist aufgrund des hohen Leistungsbilanzdefizits, der geringen Sparquote und der enormen Verschuldung von Firmen und Privathaushalten in den vergangenen Jahren bereits anfälliger für Kapitalabzug und spekulative Angriffe auf die Türkische Lira geworden. Die Folgen des Ausbleibens europäischer Touristen und die Sorge europäischer und amerikanischer Investoren werden zwar durch arabische und asiatische Unternehmen etwas abgefedert, und die Türkei ist auch in Zukunft aus der Energieversorgung Europas nicht wegzudenken. Aber die Außenpolitik der vergangenen 15 Jahre fand, bis auf Ausnahmen, unter Bedingungen eines ökonomischen Aufstiegs statt, und es ist überhaupt nicht absehbar, wie sich eine ökonomische Abschwächung außen- und sicherheitspolitisch auswirken würde.

Eine weitere große Herausforderung ist die Zunahme von Terror und Unsicherheit innerhalb der türkischen Grenzen selbst. Die AKP und Erdoğan propagierten jahrelang, dass nur

eine Konzentration der politischen Macht in ihren Händen über die innen- und außenpolitischen Unwägbarkeiten hinweghelfen könne. Dieses Machtstreben spaltete die kulturell bereits stark polarisierte Türkei weiter und verankerte den hegemonialen Block der AKP-Anhängerschaft tief im Staat. Nichtsdestotrotz konnte Erdoğan sein Versprechen von Sicherheit nicht einlösen: Das Ausbleiben von echten Friedenschancen in der türkischen Kurdenfrage und die wiederholte Militarisierung des Konfliktes bewirkten eine Radikalisierung innerhalb der kurdischen bewaffneten Organisationen, worauf die türkische Regierung wiederum nur mit Repression reagierte, um die nationalistischen Gefühle der eigenen Anhängerschaft zu bedienen. Aber ohne einen echten Friedensprozess wird der Terror als kurdische Strategie nicht nachlassen. Wenn die türkische Regierung die erzielten kurdischen Erfolge in Nordsyrien bedroht, wird die Gewalt vermutlich sogar noch zunehmen.

In jüngster Zeit verübten auf türkischem Territorium auch Dschihadisten mehrere verheerende Anschläge, die zunächst die verfeindeten Kurdenorganisationen zum Ziel hatten. Doch seitdem sich die Türkei militärisch gegen den IS positioniert, richtet sich der Terror auch gegen die türkische Bevölkerung. Dabei ist nicht nur der IS eine Gefahr für die türkische Sicherheit, sondern eben auch andere syrische bewaffnete Gruppierungen: Diese sehen sich durch die laufenden türkisch-iranisch-russischen Friedensbemühungen verraten, nachdem sich Erdoğan jahrelang als Garant sunnitischer Interessen und Identitäten in Irak und Syrien profiliert hatte. Das Attentat auf den russischen Botschafter in Ankara am 19. Dezember 2016, bei dem der Schütze vor laufender Kamera rief „vergesst Aleppo nicht“, gilt als erster Rückschlag des gemeinsamen russisch-türkischen Ansatzes in Syrien.

AUSBLICK

Es ist längst nicht ausgemacht, ob die Friedensbemühungen in Syrien und die seit Januar 2017 stattfindenden Friedensgespräche in Astana glaubhafte Erfolge mit sich bringen. Entscheidend wird für die Türkei sein, wie sich Saudi-Arabien und Katar verhalten werden und wieviel Einfluss sie in Konkurrenz zur Türkei auf lokale Rebellengruppen ausüben können. Schließlich ist noch nicht absehbar, inwiefern sunnitische In-

teressen nach Ende des Syrienkriegs politisch repräsentiert sind. Denn die politischen und sozialen Bedingungen, die den Krieg in Syrien und das Erstarken des IS hervorbrachten, sind nach wie vor dieselben. Eine dominante russisch-iranische Achse, die sich zwischen Libanon und Irak gegen jeden vorgebrachten militärischen und diplomatischen Widerstand durchsetzen konnte, unterstützt diese Bedingungen.

Für viele Beobachter von außen wirkt der türkische außen- und sicherheitspolitische Kurs schlimmstenfalls übertrieben ideologisch, bestenfalls leicht verirrt. Rückt man jedoch das regionale Machtfeld in den Mittelpunkt der Betrachtung, wird sichtbar, was hinter den zahlreichen diplomatischen Verwerfungen mit europäischen Staaten und den USA steht: die Angst, die territorialen Veränderungen der eigenen Nachbarschaft nicht gestalten zu können. Ganz oben auf der Agenda bleibt die Kurdenfrage, da diese unmittelbar mit innenpolitischen Machtdynamiken verbunden ist. Die Prämissen türkischer Außenpolitik bleiben somit auf absehbare Zeit: die Bestrebungen kurdischer Organisationen im In- und Umland zu bekämpfen, die eigene Unverzichtbarkeit gegenüber globalen und lokalen Akteuren zu demonstrieren und die relationalen Vorteile gegenüber den anderen regionalen Akteuren auszuspielen.

ROY KARADAG

ist wissenschaftlicher Geschäftsführer und Mitarbeiter am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien der Universität Bremen. karadag@uni-bremen.de

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. Februar 2017

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash (verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne-Sophie Friedel
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ
Nächste Ausgabe
11-12/2017, 13. März 2017

FREMD IN DER HEIMAT?

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fs-medien@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar;
sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X



Die Beiträge dieser Ausgabe stehen unter
einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine
Bearbeitung 3.0 Deutschland.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz